

MITTWOCH, 15. JULI 2009

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet)

2. Unterzeichnung von Rechtsakten, die im Mitentscheidungsverfahren angenommen wurden: siehe Protokoll

*
* *

Daniel Cohn-Bendit (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, das litauische Parlament hat gestern ein Gesetz über Homosexualität und dem Propagieren von Homo- und Bisexualität angenommen. Der litauische Präsident hatte sich zuvor geweigert, dieses Gesetz zu unterzeichnen. Es wurde anschließend wieder dem Parlament vorgelegt. Dieses Gesetz steht im direkten Widerspruch zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union und zu Artikel 6 Absatz 1 des Vertrags von Lissabon.

Ich ersuche Sie, Herr Präsident, im Namen dieses Parlaments und unter Berufung auf die europäischen Werte gegen dieses Gesetz zu protestieren, da in der Charta der Grundrechte, so wie im Vertrag von Lissabon wiedergegeben, die Nichtdiskriminierung hinsichtlich sexueller Ausrichtung verankert ist, und das besagte Gesetz eine Diskriminierung sexueller Minderheiten darstellt.

Im Namen dieses Parlaments bitte ich Sie, an das litauische Parlament zu schreiben und darauf hinzuweisen, dass dieses Gesetz dem europäischen Grundgedanken widerspricht.

(Beifall)

Der Präsident. – Vielen Dank. Wir gehen über zu einer Präsentation des Arbeitsplans.

Daniel Cohn-Bendit (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, können Sie mir sagen, ob Sie handeln werden oder nicht? Ich habe Sie ersucht, etwas zu unternehmen; Sagen Sie mir bitte, ob Sie das tun werden oder nicht. Ich habe Sie darum gebeten.

Der Präsident. – Ich werde mich darüber informieren, was genau das litauische Parlament angenommen hat und werde dann entscheiden, was zu tun ist. Ich werde Sie auf dem Laufenden halten.

3. Arbeitsplan: siehe Protokoll

4. Ergebnisse des Europäischen Rates (18.-19. Juni 2009) - Tätigkeitshalbjahr des tschechischen Ratsvorsitzes (Aussprache)

Der Präsident. – Nächster Punkt ist die gemeinsame Aussprache zu folgenden Themen:

- Der Bericht des Europäischen Rates und die Erklärung der Kommission über die Ergebnisse des Europäischen Rates (18.-19. Juni 2009)

- Die Aussprache des scheidenden Ratsvorsitzes über das Tätigkeitshalbjahr des tschechischen Vorsitzes.

Ich möchte an dieser Stelle den Premierminister der Tschechischen Republik, Herrn Jan Fischer, willkommen heißen. Ich möchte auch den Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn José Manuel Barroso, herzlich begrüßen.

Es folgt nun die Aussprache des scheidenden Ratsvorsitzes über das Tätigkeitshalbjahr des tschechischen Vorsitzes. Gestatten Sie mir eingangs ein paar Worte. Gestern wurde die siebte Wahlperiode des Europäischen Parlaments eingeläutet. Sie haben mir die Aufgabe, die Verantwortung, das große Privileg

und die Ehre übertragen, für die nächsten zweiundhalb Jahre den Vorsitz im Europäischen Parlament zu übernehmen. Ich möchte Ihnen heute, an diesem zweiten Tag, noch einmal meinen herzlichen Dank aussprechen. Danke für das Vertrauen, das Sie in mich setzen. Ich werde alles tun, um Ihnen zu zeigen, dass Ihre Entscheidung richtig war.

Im ersten Halbjahr 2009 hatte den Vorsitz ein weiteres Land aus der Gruppe inne, das der Europäischen Union vor kaum fünf Jahren beigetreten ist. Wir haben dadurch die Möglichkeit, noch stärker geeint zu sein und uns einander noch mehr anzunähern. Uns ist bewusst, dass es ein kein leichter Ratsvorsitz war, aufgrund der Krise und auch aufgrund der Energieprobleme. Es gab auch eine Krise im Gaza-Streifen. Und wir hatten die Wahlen zum Europäischen Parlament. Wie Sie wissen, gibt es während der EU-Wahlen generell weniger Kontakt zwischen dem Ratsvorsitz, dem Parlament und der Europäischen Kommission. Heute wollen wir hören, wie der tschechische Ratsvorsitz am Ende seines Amtstermins die vergangenen sechs Monate beurteilt und wie seine Schlussfolgerungen und allgemeinen Bemerkungen über Aktivitäten in der nahen Zukunft lauten.

Ich bitte daher den Premierminister der Tschechischen Republik, das Wort zu ergreifen, und den Standpunkt des Ratsvorsitzes hinsichtlich der vergangenen sechs Monate und der in der nahen Zukunft zu ergreifenden Maßnahmen darzustellen.

Jan Fischer, *amtierender Präsident des Rates*. – (CS) Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, es ist eine große Ehre für mich, Sie zu Beginn Ihres Fünfjahresmandats begrüßen zu dürfen. Der tschechische Ratsvorsitz ist zu Ende gegangen, ein neues Europäisches Parlament steht in den Startlöchern. Ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um Sie zu Ihrer Wahl zu beglückwünschen, und dazu, dass Sie von den Wählerinnen und Wählern in Ihren Ländern mit der Aufgabe betraut wurden, sie in dieser wichtigen europäischen Einrichtung zu vertreten. Ich beglückwünsche Jerzy Buzek zu seiner Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments, gemeinsam mit allen Vizepräsidenten, die gestern gewählt wurden, und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer wichtigen Arbeit und der Umsetzung aller Ideen, mit denen Sie Ihre Tätigkeit im Europäischen Parlament antreten.

Die Tschechische Republik zieht eine Bilanz über ihren sechsmonatigen Vorsitz des Europäischen Rates, und zwar für ein anderes Parlament als das, das im Amt war, als sie diese Aufgabe übernahm. Dies ändert selbstverständlich nichts an unserer Bewertung unseres Ratsvorsitzes. Im Gegenteil, ich sehe dies vielmehr als eine Bestätigung der Kontinuität der europäischen Politik. In diesem Sinne wird der schwedische Ratsvorsitz sich ebenfalls mit den Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise und den Problemen im Zusammenhang mit Energie und Energiesicherheit auseinandersetzen – zwei zentrale Themen, die auch uns beschäftigt haben. Die erste Hälfte dieses Jahres wird in die Annalen der Europäischen Union als eine Zeit großer Herausforderungen, die sich uns aufgrund komplexer wirtschaftlicher und politischer Vorgänge stellen, eingehen. Einige dieser Herausforderungen konnten wir voraussehen, insbesondere die anhaltende und bereits in vollem Ausmaß spürbare Wirtschaftskrise sowie die Notwendigkeit, die institutionelle Reform der EU zu vollenden. Andere kamen unerwartet, andere wiederum kamen gänzlich überraschend, wie der Konflikt im Gaza-Streifen und die Krise im Zusammenhang mit den russischen Gaslieferungen in den allerersten Stunden des tschechischen Ratsvorsitzes. Unser Vorsitz wurde natürlich aufgrund der politischen Ereignisse in unserem Land auf die Probe gestellt, als in der Tschechischen Republik, gerade zu dem Zeitpunkt, an dem wir zwei Drittel des Ratsvorsitzes hinter uns hatten, ein Regierungswechsel stattfand. Im Gegensatz zu vielen anderen glaube ich nicht, dass die politische Krise in der Tschechischen Republik der EU als Ganzes ernsthaft Schaden zugefügt hat, aber ich stimme darin überein, dass der Fall der Regierung ein unglückliches Ereignis war. Nichtsdestotrotz bin ich fest davon überzeugt, dass wir die Abwicklung unseres Vorsitzes gut gemeistert und es in den vergangenen sechs Monaten geschafft haben, unsere Prioritäten – die in der EU-Agenda festgelegten Aufgaben – umzusetzen und uns auch mit unerwartet aufgetretenen Problemen unermüdlich und mit vollem Engagement auseinandergesetzt haben. Dies gelang auch dank der Arbeit der Expertenteams in der Tschechischen Republik, die mit absoluter Hingebung, Loyalität und hundertprozentiger Professionalität unbeirrt weitermachten. Ferner die Tatsache, dass der tschechische Vorsitz auch nach dem Regierungswechsel volle Rückendeckung von der Kommission erhielt, war ein entscheidender Faktor. Ich selbst erhielt die Unterstützung vom Präsidenten der Kommission, José Manuel Barroso, und – gestatten Sie mir diesen persönlichen Kommentar – auch in hohem Maße von Vertretern verschiedener Mitgliedstaaten. Dies bedeutete damals eine außerordentlich wichtige Stütze, sowohl für die tschechische Regierung als auch für mich persönlich.

Ich schicke voraus, dass ich mich nicht in philosophischen oder politischen Analysen ergehen werde. Ich möchte keinen Vergleich bezüglich politischer Dimensionen oder der Qualität des EU-Vorsitzes von großen gegenüber kleinen Ländern, bzw. alten gegenüber neuen Ländern anstellen. Auch möchte ich nicht die Vor-

und Nachteile von politischen gegenüber bürokratischen Regierungen im Land des amtierenden Ratsvorsitzes abwägen. Dies sei anderen überlassen. Ich möchte nur sagen, dass eine angemessene und vorurteilsfreie Analyse eine gewisse Distanz und das Wegfallen von Emotionen und kurzfristigen Interessen verlangt. Doch von jetzt an werde ich große Worte und Pathos vermeiden. Ich konzentriere mich lieber auf klare Fakten, gegebenenfalls belegt durch Statistiken – schließlich habe ich mich mein Leben lang beruflich mit Statistik beschäftigt und ist dies wohl auch eine meiner Leidenschaften – und auf das, was Tomáš Garrigue Masaryk, der erste Präsident der Tschechoslowakischen Republik, die „kleinen alltäglichen Aufgaben“ nannte. Wie Sie wissen, hat die Tschechische Republik ihre wesentlichen Prioritäten im Rahmen des Vorsitzes als „die drei E's“ bezeichnet: „Economy“, also Wirtschaft, Energiepolitik und die Rolle der EU in der Welt. Ich denke, die Umstände haben gezeigt, dass es sich hierbei um hochaktuelle, sinnvolle Schwerpunkte handelt, und dass ihre Gültigkeit in keiner Weise auf das erste Halbjahr 2009 beschränkt ist. Es sind Bereiche, die auch in Zukunft unsere gemeinsamen Bemühungen erfordern werden, damit die Union auch in Zeiten der Instabilität stark bleibt und ihren Bürgerinnen und Bürgern Vorteile bringt – was schließlich der wesentliche Grund für ihre Existenz ist. Es handelt sich dabei um Prioritäten, die den Integrationsgedanken auf die Probe stellen und mit denen wir in der Praxis unseren Respekt gegenüber den Werten demonstrieren, die den Ursprung der Gemeinschaft auszeichneten, und die Europa als gemeinsamen Raum für Frieden, Sicherheit und Wohlstand ausmachen. Wir wählten das Motto „Europa ohne Barrieren“ als Symbol für diese Bemühungen. Die Wirtschaftskrise stellte unseren Glauben an den Integrationsgedanken hart auf die Probe, und verlieh dem Motto des tschechischen Ratsvorsitzes eine noch stärkere Dringlichkeit. Die Ergebnisse der zahlreichen Debatten, die im letzten Halbjahr geführt wurden, und die Schlussfolgerungen der Europäischen Ratstreffen zeigen, dass die siebenundzwanzig Mitgliedstaaten diese Probe mit Bravour bestanden haben. Unter dem tschechischen Vorsitz erteilten wir dem Protektionismus eine klare Absage und einigten uns auf einen gemeinsamen und koordinierten Ansatz im Umgang mit den Auswirkungen der Krise, sowohl innerhalb der EU als auch auf internationaler Ebene.

Ebenso kamen wir einer Aufgabe nach, die uns nur wenige zutrauten: der Frage der institutionellen Reform. Die Tschechische Republik brachte erfolgreich die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon durch beide Kammern des Parlaments zum Abschluss. Dies war ein klarer und überzeugender Ausdruck politischen Willens und eröffnete die Möglichkeit einer glaubwürdigen Lösung der Frage der Garantien an Irland. Ich bin der festen Überzeugung, dass, als Ergebnis der beim Europäischen Rat im Juni vereinbarten Garantien, die Chancen für eine Ratifizierung des Vertrags durch Irland gut stehen, sodass dieser Ende 2009 in Kraft treten kann. Der tschechische Ratsvorsitz unternahm auch einen ernsthaften Vorstoß zur Erfüllung einer Aufgabe, die mit der Wahl dieses neuen Europäischen Parlaments im Zusammenhang steht, nämlich die Einleitung des Prozesses zur Benennung einer Kommission für die nächste Legislaturperiode 2009-2014. Beim Europäischen Rat im Juni bestand allgemeine politische Zustimmung über José Manuel Barroso als Kandidat für die Präsidentschaft der nächsten Kommission. Die Amtsbefugnis des tschechischen Ratsvorsitzes und des beginnenden schwedischen Vorsitzes, um Gespräche mit dem Europäischen Parlament zu führen, schafft die Voraussetzungen für eine Wahrung der institutionellen Kontinuität. Insgesamt hat der tschechische Ratsvorsitz es geschafft, eine Reihe konkreter Ergebnisse oder sichtbare Fortschritte in allen drei prioritären Bereichen zu erzielen. Im legislativen Bereich kamen die Verhandlungen zu über 80 konkreten Maßnahmen zum Abschluss, vor allem dank der engen Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen, insbesondere dem Europäischen Parlament. Im nichtlegislativen Bereich wurden ebenfalls zahlreiche bemerkenswerte Erfolge erzielt, darunter die Bewältigung der Außenpolitik und der Energiekrise zu Beginn des Jahres, die Ablehnung protektionistischer Tendenzen, entscheidende Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Wirtschaft, Schritte hin zu einer Diversifizierung im Bereich der Energieversorgung und des Klimaschutzes und die Ergebnisse von Verhandlungen mit wichtigen Partnern in der Europäischen Union.

Was die Prioritäten im Einzelnen betrifft, war die wichtigste Aufgabe im wirtschaftlichen Bereich die Bewältigung der Auswirkungen der weltweiten Krise und die Fortsetzung der Umsetzung des europäischen Konjunkturprogramms als wesentliches Instrument für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wohlstands. Wir bestanden auch die Probe im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors. Die von uns ergriffenen Maßnahmen sind wirkungsvoll. In Form von Garantien und Rekapitalisierungen erhielten die Banken von den Mitgliedstaaten eine potenzielle Unterstützung im Umfang von über 30 % des BIP der Europäischen Union. Mit dem Kompromiss, der hinsichtlich des 5 Milliarden Euro-Pakets für Vorhaben in den Bereichen Energie und Breitbandinternet und über Maßnahmen zur Überprüfung der Effizienz der gemeinsamen Agrarpolitik erreicht wurde, setzte der Europäische Rat im Frühling ein positives Signal. Die Einigung über den Beitrag der EU-Mitgliedstaaten zum 75 Milliarden Euro-Kredit zur Aufstockung der Mittel des Internationalen Währungsfonds war von wesentlicher Bedeutung für die Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise. Unter dem tschechischen Vorsitz und tatkräftig unterstützt durch die Kommission, trug die EU in erheblichem Ausmaß zu den exzellenten

Vorbereitungen und dem erfolgreichen Verlauf des G20-Gipfels in London bei, bei dem ein Übereinkommen über die Aufstockung der IWF-Mittel und über die Mittel für andere internationale Einrichtungen zur Eindämmung der Folgen der weltweiten wirtschaftlichen Rezession getroffen wurde. Dank der gemeinsamen Schussfolgerungen, die im Rahmen des Europäischen Rates im Frühling angenommen wurden, konnte die EU beim Gipfeltreffen ihre Position stärken und so ihre Rolle als Global Player geltend machen. Wie bereits erwähnt, müssen alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise, die während des tschechischen Vorsitzes eingeleitet wurden, vor dem Hintergrund der gemeinsamen und klaren Ablehnung des Protektionismus betrachtet werden.

Was die legislativen Maßnahmen betrifft, konnte der tschechische Ratsvorsitz im Rahmen des Konjunkturprogramms eine gemeinsame Linie hinsichtlich der Möglichkeit einer verminderten Mehrwertsteuer für arbeitsintensive, lokal erbrachte Dienstleistungen erreichen. Dieses Abkommen ist ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in den besonders verletzlichen Wirtschaftssektoren und sollte vor allem kleine und mittelgroße Unternehmen unterstützen. Die Änderungen im Zusammenhang mit der Finanzmarktregulierung und Marktaufsicht sind ein Kapitel für sich im Bestreben, die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise in Angriff zu nehmen. Während des tschechischen Vorsitzes wurden große Fortschritte bei der Wiederherstellung des Vertrauens erzielt. Wir führten Verhandlungen über alle wichtigen Gesetzesvorschläge, welche der Ratsvorsitz sich zum Ziel gesetzt hatte. Besonders hervorzuheben ist dabei die Solvabilität II-Richtlinie für den Versicherungssektor, Regulierungen für Ratingagenturen usw. Im Zuge der anspruchsvollen Debatte über die Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte, wurde in den wesentlichen Punkten der Reform, die in den Mitgliedstaaten und auf Ebene der einzelnen Finanzinstitutionen und ihrer Regeln Stabilität schaffen sollte, eine Einigung erzielt. Der Europäische Rat im Juni bestätigte den Weg, der von der Kommission eingeschlagen wurde. Dank der Unterstützung, die der Kommission bei der Umsetzung ihrer Pläne zugesagt wurde, sollte es zur Erarbeitung konkreter Gesetzesvorschläge und ihrer Annahme im Herbst dieses Jahres kommen.

Die Energiepolitik, die zweite Priorität des tschechischen Vorsitzes, wurde gleich in den ersten Tagen des Ratsvorsitzes hart auf die Probe gestellt. Gleichzeitig mussten wir erkennen, dass es nicht immer ratsam ist, durch Energiekrisen ausgelöste Probleme ad hoc zu lösen, da solche Krisen ungefähr alle sechs Monate auftreten. Vielmehr sollten wir systematische Maßnahmen einleiten, damit die EU in puncto Energieversorgung geschützt und belastungsfähig ist. Unter dem tschechischen Vorsitz setzten wir Schritte zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit und konzentrierten uns dabei auf Aktivitäten zur stärkeren Diversifizierung von Energiequellen und -versorgungswegen über den so genannten südlichen Korridor. Die unterstützenden Maßnahmen zugunsten von Energieeffizienz, die in die überarbeiteten Verordnungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung aufgenommen wurden, stellen auch einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit dar. Sie ermöglichen finanzielle Investitionen in eine bessere Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energiequellen in Wohnhäusern. Dies stellt eine Verbindung zum schwedischen Ratsvorsitz her, welcher die Energieeffizienz zu einer seiner Prioritäten erklärt hat. Die Kontinuität, die für das Funktionieren der gesamten EU erforderlich ist, wird hier noch einmal evident. Nicht zuletzt die Ratstreffen im März und Juni bestätigten, wie wichtig es ist, dass wir auch weiterhin unsere ehrgeizigen Ziele für die Verringerung von Treibhausgasemissionen oder für die Finanzierung von Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern verfolgen. Wir legten auch klare Prioritäten und Ziele fest, die im Vorfeld zur UNO-Klimaschutzkonferenz kommenden Dezember in Kopenhagen erreicht werden müssen, damit die EU ihre führende Position im Klimawandel verteidigen kann.

Die dritte Priorität – oder sozusagen das dritte „E“ – des tschechischen Ratsvorsitzes stand im Zusammenhang mit der Position der EU in der Welt, und die Ereignisse zeigen deutlich, wie wichtig es ist, dass die EU eine gemeinsame Außenpolitik entwickelt und verfolgt. Dies bestätigte sich während des tschechischen Vorsitzes in vielerlei Hinsicht. Während die EU dank ihrer Einheit die Gaskrise in den Griff bekam, zeigte die zweite Krise seit Jahresbeginn, die Krise im Gaza-Streifen, dass die EU, wenn Sie ein echter Global Player sein möchte, lernen muss, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen. Beide Krisen traten unter dem Vorsitz der Tschechischen Republik auf, was zeigt, dass die Frage, wer gerade an der Spitze der EU steht, gar nicht so wesentlich ist – viel wichtiger ist, dass alle 27 Mitgliedstaaten geeint vorgehen. Der tschechische Ratsvorsitz gab den Startschuss für das Projekt der Östlichen Partnerschaft, einer Fortsetzung der Nachbarschaftspolitik, diesmal in Richtung Osten. Wichtigste Priorität des tschechischen Vorsitzes im Bereich der Außenbeziehungen war es, den Prozess der EU-Erweiterung fortzusetzen. Im Wesentlichen bezog dies eine europäische Perspektive für die Länder des westlichen Balkans mit ein. In Anbetracht der Situation in dieser Region, hatte der Vorsitz nur einen begrenzten Handlungsspielraum. Trotz der Verschiebung der Beitrittsgespräche mit Kroatien, konnten bei der Liberalisierung der Visabestimmungen Fortschritte erzielt werden. Ich habe Ihnen eine knappe und sachliche Zusammenfassung über die Prioritäten des tschechischen Ratsvorsitzes und seiner

Umsetzung gegeben. Detailliertere Informationen stehen selbstverständlich zur Verfügung und ich selbst werde gerne Ihre Fragen und Kommentare entgegennehmen.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Herr Präsident, Herr Premierminister, verehrte Damen und Herren, die erste Plenartagung eines frisch gewählten Europäischen Parlaments ist ein einzigartiger politischer Augenblick. Sie steht am Beginn einer neuen Legislaturperiode, die das tägliche Leben Hunderter Millionen von europäischen Bürgerinnen und Bürgern und das Schicksal eines ganzen Kontinents beeinflussen wird.

Ich möchte allen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die vor Kurzem gewählt wurden, meine Glückwünsche aussprechen. Ihre Anwesenheit an diesem Ort ist ein Ergebnis der größten Ausübung grenzüberschreitender Demokratie, die jemals auf dieser Welt stattgefunden hat. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre Amtszeit.

Die Herausforderungen, vor denen Europa steht, und die sich in den kommenden Jahren stellen werden, sind gewaltig. Zuerst die Wirtschafts- und Finanzkrise, die erfordert, dass wir die systematischen und koordinierten Maßnahmen weiterführen, die wir eingeleitet haben. Da ist der soziale Preis dieser Krise – unsere oberste Priorität. Da ist der Kampf gegen den Klimawandel und der Übergang zu einer grüneren und nachhaltigeren Wirtschaft, der uns die politische Richtung weist, in die wir uns bewegen müssen.

All diese Herausforderungen haben auch den tschechischen Ratsvorsitz ausgezeichnet, der soeben zu Ende gegangen ist. Ich möchte Premierminister Fischer und seinem Vorgänger Mirek Topolánek zu den Erfolgen gratulieren, die sie während dieser besonders schwierigen Zeit erzielt haben. Ich möchte Ihnen und Ihrem ganzen Team für die Zusammenarbeit danken, die trotz einiger innenpolitischer Schwierigkeiten hervorragend war.

Und ich möchte die politische Bedeutung des tschechischen Vorsitzes hervorheben. Zum ersten Mal stand ein Land, das noch vor wenigen Jahren Mitglied des Warschauer Pakts war, an der Spitze unseres europäischen Projekts für Frieden und Solidarität. Dies ist ein wichtiger Aspekt, der zeigt, welche großen Fortschritte wir in unserem Europa gemacht haben.

Während des tschechischen Ratsvorsitzes konnten wir auch einige beeindruckende praktische Erfolge erzielen: 54 Texte wurden im Mitentscheidungsverfahren angenommen. Besonders hervorheben möchte ich dabei die Einigung über umfangreiche Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte und auf die 5 Milliarden EUR im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms – Sie alle wissen sehr gut, wie sehr wir, die Kommission und das Parlament, darum kämpfen mussten. Erwähnen möchte ich auch die Überarbeitung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Ich begrüße zudem den Ausbau des Energie- und des Verkehrsbinnenmarktes.

In all diesen Bereichen legte die Kommission ehrgeizige Vorschläge vor, die von diesem Parlament unterstützt wurden. Ich begrüße die einhellige Unterstützung des Fahrplans, den die Kommission für die Überwachung der Finanzmärkte vorgeschlagen hat, durch den letzten Europäischen Rat. Wir haben somit einen vielversprechenden Konsens erreicht, den sich noch vor einigen Monaten, als ich eine hochrangige Expertengruppe unter dem Vorsitz von Herrn de Larosière einsetzte, kaum jemand erhofft hätte. Auf diese Weise führen wir die Reform des internationalen Finanzsystems an. Darüber hinaus nahmen wir mit der gleichen Haltung am G20-Gipfel in London teil, wo wir einige wichtige Entscheidungen erreichen konnten.

Neben seinen legislativen Aufgaben war der tschechische Ratsvorsitz auch in der Lage, Herausforderungen politischer Natur zu meistern, von denen einige extrem heikel, bestimmte bisweilen sogar sehr besorgniserregend waren. Wir mussten die Gaskrise zwischen der Ukraine und Russland bewältigen, die ein weiteres Mal gezeigt hat, wie wichtig es ist, dass Europa seine Energieversorgung sicherstellt. In den vergangenen sechs Monaten haben wir große Fortschritte gemacht, zum Beispiel durch die Entwicklung des Ostseeverbundplans.

Vorgestern wohnte ich der Zeremonie anlässlich der Unterzeichnung des Nabucco-Projekts bei, das zwischen der Türkei und vier unserer Mitgliedstaaten – Österreich, Ungarn, Bulgarien und Rumänien – geschlossen wurde, und es waren viele Länder vertreten, von denen wir in Zukunft hoffentlich Gas importieren werden. Es handelt sich dabei um ein wahrhaftig europäisches Projekt, und ich bin stolz, dass die Kommission in dieser Angelegenheit als Vermittlerin agieren konnte, eine Rolle, die von allen Teilnehmern als wesentlich anerkannt wurde.

Präsident der Kommission. – Herr Präsident, während des tschechischen Vorsitzes gab es auch einige wichtige Entwicklungen hinsichtlich des Vertrags von Lissabon. Der letzte Europäische Rat einigte sich auf die

notwendigen Garantien, die es der irischen Regierung ermöglichen sollen, ein zweites Referendum einzuberufen, in der Überzeugung, dass den Bedenken der irischen Bevölkerung gebührend Rechnung getragen wurde. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass es unter dem tschechischen Vorsitz war, dass der tschechische Senat die parlamentarische Ratifizierung zum Abschluss brachte, wodurch die Anzahl der Mitgliedstaaten, die das parlamentarische Zustimmungsverfahren abgeschlossen haben, auf 26 gestiegen ist.

Der tschechische Ratsvorsitz hat nun den Stab dem schwedischen Ratsvorsitz übergeben, aber die Herausforderungen, vor denen Europa steht, bleiben und werden über die Möglichkeiten eines einzelnen Vorsitzes weit hinausgehen.

Das Projekt Europa war immer auf lange Sicht ausgelegt. Wir können nur dann Fortschritte erzielen, wenn wir zusammenarbeiten. Wie in einem Team ist jedes einzelne Mitglied wesentlich für den Erfolg. Der Rat, die Kommission und das Parlament spielen alle eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, unsere gemeinsamen europäischen Ambitionen im Dienste der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu verwirklichen.

Das Europa, an dem wir gemeinsam weiterarbeiten müssen, ist ein starkes, ein offenes Europa, ein Europa der Solidarität. Es ist ein Europa, das seinen Bürgerinnen und Bürger eine größtmögliche Anzahl von Möglichkeiten bietet; ein Europa, das auf seiner europaweiten Dimension aufbaut, und einen größtmöglichen Nutzen aus dem Potenzial seines Binnenmarktes zieht, der für Verbraucher und für kleine und mittelgroße Unternehmen so wichtig ist; ein Europa des Wissens und der Innovation; ein Europa, das die Umwelt achtet und seine Energieversorgung sicherstellt; ein Europa, das anderen globalen Akteuren partnerschaftlich die Hand reicht, um gemeinsame Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

In einer Zeit der weltweiten Krise brauchen wir mehr denn je ein starkes Europa – und ein starkes Europa bedeutet ein geeintes Europa, das bereit ist, sein Schicksal in die Hand zu nehmen und zu gestalten. Lassen Sie uns alle – Parlament, Rat, Kommission – zusammenarbeiten, um zu beweisen, dass die Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger bei uns gut aufgehoben sind; dass ihr Wunsch nach Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität nicht unbeachtet bleibt.

(Beifall)

Ádám Kósa, im Namen der PPE-Fraktion. – (HU) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin tief bewegt in diesem Augenblick, in dem ich hier im Europäischen Parlament stehe, und zwar als erster gehörloser Mensch, der sich an Sie in seiner Muttersprache richten darf, in meinem Fall in ungarischer Gebärdensprache. Ich tue dies nicht nur für mich selbst und für die Gemeinschaft der Gehörlosen, sondern für alle benachteiligten Menschen. Ich habe jetzt wirklich das Gefühl, zu einer Europäischen Gemeinschaft zu gehören, in der auch Vertreter von Minderheiten erfolgreich sein können. Denken wir an Robert Schumann, der aus der Region Elsass-Lothringen stammte und schließlich, vor 50 Jahren, zum Gründervater der EU wurde. Gegen Ende des tschechischen EU-Ratsvorsitzes ereignete sich unglücklicherweise eine Wende der Ereignisse, auf die ich den schwedischen Ratsvorsitz aufmerksam machen möchte. Vor zwei Wochen nahm das slowakische Parlament einen Gesetzestext an, mit dem das Recht der in diesem Land lebenden Minderheiten, ihre eigene Sprache zu verwenden, erheblich eingeschränkt werden wird. Da ich die Gebärdensprache verwende, sehe ich es als meine Pflicht an, das Recht der Menschen in Europa, um ihre eigene Sprache zu verwenden, sowie die Wichtigkeit dessen, zu verteidigen. Dies ist der Grund, weshalb ich hier im Europäischen Parlament tätig sein werde. Ich möchte noch eine Botschaft an jeden einzelnen europäischen Bürger richten. Ich wünsche mir ein Europa, in dem jeder das Recht hat, ein erfülltes Leben zu leben und die eigenen Potenziale voll auszuschöpfen. Ich wünsche mir ein Europa, in dem die von mir vertretenen gehörlosen Menschen und alle Menschen mit einer Behinderung tatsächlich in den Genuss von Chancengleichheit kommen. Ich möchte besonders Joseph Daul danken, dem Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), und zwar dafür, dass er mir die Möglichkeit gegeben hat, heute an diesem besonderen Tag zu Ihnen zu sprechen. Dies zeigt auch, dass es in Europa wirklich um Vielfalt, Toleranz und Chancengleichheit geht.

Libor Rouček, im Namen der S&D-Fraktion. – (CS) Herr Premierminister Fischer, Herr Kommissionspräsident Barroso, meine Damen und Herren, im Januar dieses Jahre warnte ich die ehrenwerte Versammlung, dass der tschechische Ratsvorsitz kein leichter und dass er wahrscheinlich von starker Instabilität gekennzeichnet werden würde. Grund für meine Besorgnis war die Instabilität der tschechischen Koalitionsregierung, die Unstimmigkeiten zwischen Regierung und Opposition und die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und dem Präsidenten. Die Rede des tschechischen Präsidenten Václav Klaus vor dieser ehrenwerten Versammlung bestätigte leider meine Besorgnis und zeigte, dass der

Ratsvorsitz tatsächlich von Instabilität gekennzeichnet werden würde, und dies nicht nur aufgrund des Falls der Regierung. Nichtsdestotrotz gab es in diesen sechs Monaten einige erfolgreiche Momente neben den weniger erfolgreichen. Zu den positiven Punkten zählt sicherlich die Energiepolitik, die vorher bereits erwähnt wurde. Ich bin der Meinung, dass die Tschechische Republik die Gaskrise im Januar dieses Jahres sehr gut gemeistert hat. Die Unterzeichnung des Nabucco-Abkommens, die Herr Barroso erwähnt hat, war auch ein des tschechischen Ratsvorsitzes zu verdankender Erfolg. Der Umgang mit der Wirtschaftskrise erfüllte leider nicht die Erwartungen Europas und des Europäischen Parlaments. Erinnern Sie sich an die Rede des ehemaligen tschechischen Premierministers Topolánek, in der er US-Präsident Obama gemeinsam mit seiner Wirtschaftspolitik zum Teufel schickte.

Nichtsdestotrotz möchte ich abschließend insbesondere Premierminister Fischer für die Rettung des tschechischen Ratsvorsitzes danken. Das Gipfeltreffen im Juni zeigte dies deutlich, schließlich konnte die gesamte Agenda des Treffens erfolgreich umgesetzt werden. Ich möchte auch den Hunderten tschechischen Beamten, nicht nur in Brüssel sondern auch in allen tschechischen Ministerien, danken. Meiner Meinung nach haben sie ihre Tätigkeit sehr gut und professionell ausgeführt, und können sie nicht für die Ereignisse in der tschechischen Innenpolitik verantwortlich gemacht werden.

Alexander Graf Lambsdorff, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Erlauben Sie mir, Ihnen zuallererst meine Glückwünsche zu Ihrer Wahl auszusprechen. Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen und viel Erfolg für die nächsten zweieinhalb Jahre! Auch ohne Kopfhörer habe ich Ihre letzte Mahnung verstehen können: Wir sollen uns an unsere Redezeit halten.

Herr Premierminister, Ihr Vorgänger hatte keinen leichten und auch keinen guten Start. Die Schwerpunkte waren mit Energie, Wirtschaft und Außenbeziehungen richtig gesetzt, aber wie so oft im Leben sind Planung und Wirklichkeit manchmal zwei verschiedene Paar Schuhe. Im Gaza-Konflikt preschte die Ratspräsidentschaft vor, ohne vorher eine gemeinsame europäische Linie organisiert zu haben. Im Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine mussten erst Millionen von Menschen frieren, bevor Ihre Regierung ihre Zurückhaltung aufgab und vermittelte. Dann jedoch durchaus mit Erfolg!

Erfolg gab es bei aller Kritik auch anderswo. Es ist das bleibende Verdienst der tschechischen Präsidentschaft, dass die Europäische Union nicht den Fehler beging, wie in den 30er Jahren in den Protektionismus abzugleiten. Das war und das ist bis heute eine reale Gefahr. Hier hat die Präsidentschaft, unterstützt insbesondere von der Wettbewerbskommissarin, eine klare Linie gezeigt. Manche wollen die Krise für einen neuen Wirtschaftsnationalismus nutzen. Das wäre fatal! Für Liberale und Demokraten ist der freie und unverfälschte Wettbewerb, wie ihn die Verträge vorsehen, der Weg zu Wachstum und Wohlstand.

Aber wenn unsere Bürgerinnen und Bürger freien Wettbewerb akzeptieren sollen, wollen und müssen sie sich sicher sein, dass er zu gleichen Regeln für alle stattfindet. Wettbewerbsverzerrung, Abschottung, die Bevorzugung eigener nationaler Unternehmen – all das führt nicht aus der Krise, sondern geradewegs in die Sackgasse. Tschechien als neues Mitglied hat in seiner Präsidentschaft manch altem Mitgliedstaat einen leider erforderlichen, aber richtigen Ordnungsruf erteilen müssen: Der Binnenmarkt darf nicht ausgehöhlt und Regeln müssen beachtet werden.

Nur gegen die ständigen Störfeuer aus der Prager Burg und das Misstrauensvotum war die tschechische Regierung am Ende hilflos. Ihr Sturz mitten in der Präsidentschaft, das hatte es vorher noch nicht gegeben. Ganz Europa blickte mit Verwunderung nach Prag. Die tschechische politische Klasse hat mit diesem Schritt weder ihrem Land noch Europa einen Dienst erwiesen.

Herr Premierminister, Sie haben allerdings gezeigt, dass man wie im Fußball auch in der Politik ein Spiel noch drehen kann, wenn man erst in der Nachspielzeit eingewechselt wird. Auf dem Europäischen Rat im Juni wurden die Weichen für eine Neuordnung der Finanzmarktaufsicht gestellt. Jetzt ist es an der Kommission, diese Initiative mit Entschlossenheit weiterzuführen. Sie haben die Garantien für Irland ausgehandelt, sodass das Referendum am 2. Oktober hoffentlich erfolgreich sein wird. Die Mitgliedstaaten haben sich formell auf einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten geeinigt und damit eine wichtige Forderung unserer Fraktion erfüllt.

Herr Premierminister, Sie persönlich haben gute Arbeit geleistet und sich großen Respekt erworben. Die erste tschechische Ratspräsidentschaft allerdings wird wohl nicht den Platz in der Geschichte einnehmen, den wir uns alle erhofft hätten. Was uns jedoch erhalten bleiben sollte, ist ihr Motto „Ein Europa ohne Grenzen“.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Kommissionspräsident! Es fällt ziemlich schwer, Fortschritte zu bilanzieren, die zu Zeiten der tschechischen Ratspräsidentschaft hätten stattfinden sollen. Ich habe mir da für meine Fraktion durchaus Mühe gegeben, aber das, was wir uns gewünscht hätten – nämlich, dass die tschechische Ratspräsidentschaft an den Herausforderungen wächst –, das ist tatsächlich nicht eingetreten.

Zur Finanzkrise: Wenn wir uns nach der Sommerpause im September hier wieder treffen werden, dann reden wir seit gut einem Jahr immer wieder über die notwendige Neuregulierung der Finanzmärkte, kommen aber nicht einmal im Schnecken-tempo voran. Da gibt es viele Ankündigungen, die die Bürger beruhigen sollen, aber wenige Taten.

Zur Wirtschaftskrise: Der europäische *recovery plan* – es ist mir fast peinlich, dass immer darauf verwiesen wird – ist doch nur ein Alibi-programm, damit man überhaupt von europäischer Konjunkturprogramm-ematik reden kann; wirkliche Inhalte gibt es nicht! Er beläuft sich nur auf fünf Milliarden EUR und dann gibt es den kleinkarierten Streit darüber, wie diese fünf Milliarden ausgegeben werden sollen. Ich finde nicht, dass man sich damit schmücken sollte! Ein Programm, für das wir uns sehr eingesetzt haben, nämlich ein konsequentes Programm für Energieeffizienz in Europa, das uns Millionen von Arbeitsplätzen sichern würde, dieses Programm wurde nicht wirklich berücksichtigt.

Zur Klimakrise: Da muss ich gar nicht grüne Politiker bemühen, um die Politik in diesem Bereich zu bewerten. Ivo de Boer, der Chefunterhändler der Vereinten Nationen, und Ban Ki-moon haben uns nach Ende der letzten Bonner Konferenz ins Stammbuch geschrieben, dass alle Länder auf der Welt, die bisher behauptet haben, sie würden in dieser weltweiten Politik zur Bekämpfung der Klimakrise Führungsverantwortung übernehmen, weit davon entfernt sind zu tun, was wirklich notwendig wäre. Wenn wir die europäische Energiepolitik als Gradmesser der Bereitschaft dafür nehmen, was wir als Europäer wirklich tun wollen, glaube ich nicht, dass wir die ewige konkurrierende Strategie, die an den Projekten Northstream oder Nabucco so deutlich wird, tatsächlich als Aufbruch in eine gemeinsame zukunftsfähige europäische Energiepolitik sehen können.

Woran liegt das? Was sind die Ursachen? Ich glaube, man muss hier gar nicht wirklich an Ihnen Kritik üben, Herr Fischer, aber das Land, in das mein Fraktionsvorsitzender, Daniel Cohn-Bendit, die europäische Flagge im Rucksack tragen und dem Präsidenten übergeben musste, war tatsächlich schwach. Und leider: Herr Kommissionspräsident Barroso, auch wenn jetzt oft über Ihre Stärke gesprochen wird, wo war denn Ihre Stärke in Zeiten der Schwäche dieser Ratspräsidentschaft? Wir haben sie nicht gespürt!

(Beifall)

Jan Zahradil, im Namen der ECR-Fraktion. – (CS) Herr Premierminister, Herr Kommissionspräsident, es ist eine große Ehre für mich, heute hier als erster Redner der zahlreichen neuen Fraktionen der Europäischen Konservativen und Reformisten und auch als tschechisches Mitglied des Europäischen Parlaments, das Wort zu ergreifen, um mich zum tschechischen Ratsvorsitz zu äußern. Ich wende mich jedoch als Mitglied des Europäischen Parlament an Sie, und nicht als Vertreter eines rein nationalen Standpunktes. Gleichzeitig ergreife ich als Vertreter meiner Fraktion das Wort und werde daher unseren politischen Prioritäten Rechnung tragen. Ich hatte bereits einmal, im Januar, die Gelegenheit, vor dem Plenum zu sprechen, als nämlich der tschechische Premierminister Topolánek die Prioritäten des tschechischen Ratsvorsitzes hier vorstellte, und ich spreche am heutigen Tage wieder vor Ihnen, an dem der tschechische Premierminister Fischer den Bericht über die Leistungen der Tschechischen Republik vorlegt. Ich erwähne dies nicht zufällig. Ich möchte darauf hinweisen, dass die tschechische Regierung es geschafft hat, sowohl die politische als auch die organisatorische Kontinuität des Ratsvorsitzes zu wahren, trotz des Falls der Regierung, der auf rein innenpolitische Faktoren zurückzuführen ist. Ich möchte den Ton unterstreichen, der die Rede des Premierministers kennzeichnete, da sie genau den Ton widerspiegelte, der den tschechischen Ratsvorsitz selbst ausgemacht hat, nämlich ein sachlicher und ergebnisorientierter. Meiner Meinung nach entsprangen einige der kritischen Äußerungen dem subjektiven Empfinden gewisser europäischer Abgeordneter oder Mediengestalten, und trugen in keiner Weise zu unserem vielgerühmten europäischen Zusammenhalt bei, sondern gehörten vielmehr zu privaten politischen Kampagnen für lokale Zielgruppen.

Ich möchte nun wieder auf die drei Prioritäten des tschechischen Ratsvorsitzes zu sprechen kommen. Was die wirtschaftliche Dimension betrifft, möchte ich erneut betonen, dass die Tschechische Republik es geschafft hat, eine bedrohliche Flut an nationalen protektionistischen Maßnahmen abzuwenden, welche die wesentlichen Werte der europäischen Integration und insbesondere die Prinzipien des gemeinsamen Binnenmarktes ernsthaft untergraben hätten. Was die Energiepolitik betrifft, stellte sich die Frage der sicheren

und nachhaltigen Versorgung im Energiesektor als ein gut gewähltes Thema heraus. In den ersten Tagen des tschechischen Ratsvorsitzes wurde die drohende Gasversorgungskrise erfolgreich abgewendet, wobei man nicht vergessen darf, dass ernsthafte Fortschritte in diesem Bereich langfristige strategische Maßnahmen erfordern, einschließlich einer Diversifizierung der Versorgungsquellen und der Liberalisierung des Energiebinnenmarktes. Unter einem symbolischen Blickwinkel möchte ich hinsichtlich eines weiteren Ziels im Zusammenhang mit den EU-Außenbeziehungen einige Gipfeltreffen mit wichtigen Global Players hervorheben, wie den EU-US-Gipfel, bei dem die wesentliche Bedeutung der transatlantischen Beziehungen erneut bekräftigt wurde, und auch den EU-Russland- sowie den EU-China-Gipfel. Ich möchte auch die Bedeutung der Initiative der Östlichen Partnerschaft und deren Umsetzung betonen. Ich denke, zusammenfassend kann man sagen, dass der tschechische Ratsvorsitz den Beweis geliefert hat, dass auch mittelgroße und so genannte neue Mitgliedstaaten diese Rolle mit Würde und auf hohem Niveau erfüllen können.

VORSITZ: FRAU KRATSA-TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

Miloslav Ransdorf, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion - (CS)* Lassen Sie mich anmerken, dass es die Regierung Fischer und Herr Fischer selbst gewesen sind, die den tschechischen Ratsvorsitz gerettet haben. Bedenken Sie, dass der Ratsvorsitz zeitlich mit dem zwanzigsten Jahrestag der von den Medien zu einer Befreiung stilisierten politischen Umbrüche zusammengefallen ist. Dabei blicken wir jedoch ebenfalls auf zwanzig Jahre unerfüllter Versprechen zurück, denn das Kompetenzniveau in der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten ist in der Tschechischen Republik stark gesunken. Ich möchte weiterhin bemerken, dass sich die Regierung Fischer von diesem Standpunkt aus gesehen als eine angenehme Überraschung erwiesen hat. Als Premierminister ist er ein Mann, der sich der Lüge verweigert. Ich wurde zum ersten Mal auf ihn aufmerksam, als er gegen die Fälschung statistischer Daten in der Tschechischen Republik Stellung bezog. Er ist ein Mann, der große Worte - wie sie im Rahmen so manches Ratsvorsitzes gemacht wurden - vermeidet und überlegt handelt. Meiner Meinung nach ist es ein Glücksfall, dass ein solcher Mann letztlich an die Spitze des tschechischen Ratsvorsitzes getreten ist. Nun, da wir den 500. Geburtstag des am 10. Juli 1509 in Frankreich geborenen Calvin schreiben, möchte ich Ihnen sagen, dass das Einzige, was uns wirklich in dieser schwierigen, von zwei Krisen gekennzeichneten Situation retten wird ...*(der Sprecher wird von der Präsidentin unterbrochen)*

Nigel Farage, *im Namen der EFD-Fraktion.* - Frau Präsidentin, der tschechische Ratsvorsitz ist einem frustrierend gewohnten Muster gefolgt: Kontinuität, noch mehr Altbekanntes, eine andauernde Fixierung auf den Klimawandel und ein stetiges Drängen auf neue Rechtsvorschriften. Sie haben vorgebracht, dass während dieses Ratsvorsitzes an Rechtsvorschriften in 18 neuen Bereichen gearbeitet wurde und Sie scheinen darauf stolz zu sein. Meiner Meinung nach wäre es an der Zeit gewesen, einige Schritte kürzer zu treten und festzustellen, dass wir es in der Europäischen Union mit einem überregulierten Modell zu tun haben, das uns am Boden der Rezession recht schlechte Dienste erweist.

Und dennoch wird der Status quo aufrechterhalten. Es gab die von Ihnen unterstützte Strategie, Herrn Barroso als einzigen Kandidaten ohne jegliche Form von angemessenem Wettbewerb vorzuschlagen, aber was mich am meisten interessiert hat, war der Vertrag von Lissabon. Sie haben den Vertrag in Ihren eigenen Kammern des Parlaments ratifiziert, selbstverständlich ohne einen Gedanken daran zu verschwenden, es den Menschen in Ihrem eigenen Land zu ermöglichen, ihrer Meinung mittels eines Referendums Ausdruck zu verleihen. Erst bei dem Thema Irland wird es hier jedoch richtig interessant für mich. Ihrer Aussage nach wollten sie dort eine glaubhafte Politik für das zweite Referendum und erarbeiteten daher diese Garantien, und zwar Garantien in Bezug auf das Lebensrecht des Ungeborenen, das Steuerwesen und die Sicherheit und Verteidigung.

Dieses Dokument hat keine Rechtsgültigkeit. Es ist nicht einmal das Papier wert, auf dem es steht. Sie zeichnen für den schändlichen Versuch verantwortlich, die Iren zu ködern, damit sie bei dem anstehenden Referendum für den Vertrag von Lissabon stimmen. Natürlich haben Sie hierbei die Unterstützung von Herrn Barroso erhalten. Er respektiert nie das Ergebnis demokratischer Referenden, sei es in Frankreich, den Niederlanden oder Irland. Ihm zufolge sollen wir diese ignorieren und weitermachen. Hier geht es nur um Macht. Es geht darum, dass er und die Gemeinschaftsorgane mehr Macht auf Kosten der Mitgliedstaaten erhalten. Ich hoffe, dass die Iren Ihnen allen bei ihrem zweiten Referendum am 2. Oktober zeigen werden, wo es langgeht - und das könnte glatt passieren!

(Gemischte Reaktionen)

Trotzdem möchte ich nicht übel gesinnt erscheinen, denn es gab einen wundervollen, strahlenden, erhebenden Moment während des tschechischen Ratsvorsitzes, einen Moment, in dem alle unter uns, die an Nationalstaaten glauben, die an die Demokratie glauben, die wirklich an Rechtsstaatlichkeit glauben, in diesen Plenarsaal kommen konnten und meiner Erfahrung nach das erste Mal stolz darauf sein konnten, zu diesem Europäischen Parlament zu gehören. Ich meine natürlich den Besuch von Václav Klaus. Was war das für eine wundervolle Rede: sein Auftreten in diesem Plenarsaal und die Äußerung einiger unbequemer Wahrheiten sowie der Hinweis darauf, dass die Europaparlamentarier und politischen Führer den Völkern Europas nicht zuhören - an dieser Stelle standen 200 von den Anwesenden auf und verließen den Saal. Zumindest was Václav Klaus angeht, danken wir Ihnen herzlich für die letzten sechs Monate.

(Beifall)

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission -Frau Präsidentin, ich möchte lediglich eine Frage äußern. Dies soll keine Kritik sein, aber sind Flaggen im Plenarsaal erlaubt?

(Einwände. Herr Farage hielt eine Nationalflagge des Vereinigten Königreichs hoch.)

Denn wenn es gestattet ist, würde ich mit Ihrer Erlaubnis heute gerne die europäische Flagge aufstellen.

(Herr Barroso stellte eine europäische Flagge auf sein Pult. Beifall)

Andreas Mölzer (NI). - *(DE)* Frau Präsidentin! Im Sinne der europäischen Integration war es zweifellos begrüßenswert, dass mit Tschechien eines der neuen EU-Länder die Ratspräsidentschaft innehatte. Weniger begrüßenswert war hingegen das Chaos, in das uns diese Ratspräsidentschaft zum Teil geführt hat.

Natürlich wird gerade von einem neuen Land mit wenig europäischer Erfahrung keine Perfektion erwartet, ein Mindestmaß an Sensibilität aber schon. Den Kunstskandal etwa, mit dem der Vorsitz eingeleitet wurde, mag die Regierung in Prag nicht verschuldet haben, die halbherzige Reaktion und die Tatsache, dass die Werke installiert blieben, kann man der Ratspräsidentschaft allerdings durchaus anlasten.

Politische Führung zeichnet sich aber insbesondere durch den Umgang mit Schwierigkeiten aus, durch Krisenmanagement eben. Und gerade hier gab es wirklich große Defizite: 20 Tage Energienotstand in Europa im Zuge des Gasstreits zwischen Russland und der Ukraine konnten ja noch irgendwie überwunden werden; das Management der Nahostkrise aber war dann meines Erachtens schon mehr als holprig. Und als wäre der US-Raketenschirm in Tschechien nicht schon schlimm genug, hat sich die US-Hörigkeit Tschechiens auch im Ratsvorsitz niedergeschlagen, etwa indem man die israelische Offensive im Gazastreifen als Defensivaktion verniedlicht hat.

Selbst der Vertrag von Lissabon wurde von der Prager Führung nur halbherzig kritisiert und verzögert. Man hat damit die große Chance vertan, dass wieder mehr Demokratie in die Europäische Union Einzug hält.

Dass schließlich keine Einigung zwischen Slowenien und Kroatien in der Frage der Seegrenze gefunden werden konnte, ist ebenso mehr als bedauerlich. Schließlich ist Kroatien keinesfalls schlechter auf den EU-Beitritt vorbereitet, als es die zehn neuen Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt ihres Beitritts waren, im Gegenteil, wahrscheinlich ist es sogar besser vorbereitet! Noch viel bedauerlicher ist meines Erachtens, dass Schweden die Vermittlungsversuche nicht weiterführen will. Das hat Kroatien nicht verdient.

Insgesamt muss man also eine einigermaßen zwiespältige Bilanz über die tschechische Ratspräsidentschaft ziehen!

Jan Fischer, amtierender Präsident des Rates. - *(CS)* Meine Damen und Herren, ich möchte sehr kurz im Namen des Rates und des vorherigen tschechischen Ratsvorsitzes antworten. Zunächst - dies ist eine persönliche Anmerkung - stellt die Konfrontation mit der Atmosphäre eines Parlaments, sei es das Tschechische Parlament oder das Europäische Parlament, immer ein großes Lehrstück für einen Mann dar, der im wesentlichen Expertenwissen gepaart mit einer starken akademischen Ausrichtung mitbringt. Es ist ein Lehrstück darüber, wie unterschiedlich die Vorstellungen über Geschwindigkeit und Umfang der europäischen Integration oder die Natur der EU zuweilen sein können. All dies spiegelt ganz einfach das sehr breite Spektrum ihrer Ansichten wider und ist meiner Meinung nach wesentlicher Bestandteil wahrer Demokratie. Daher möchte ich Ihnen dafür, dass Sie Ihren Meinungen Ausdruck verliehen haben und letztendlich auch für die von Ihnen hier vorgebrachten kritischen Anregungen danken.

Was die Rede von Herrn Kósa angeht, so möchte ich nicht im Detail darauf eingehen, ich denke jedoch, dass sie die Bedeutung unseres Mottos „Europa ohne Barrieren“ widerspiegelt und ich hoffe, dass die EU diesem

Motto auch weiterhin gerecht werden wird. Ich glaube fest daran, dass die auf eine Abmilderung der Auswirkungen der sehr schweren wirtschaftlichen und finanziellen Krise abzielenden Maßnahmen zum Zeitpunkt ihrer Annahme angemessen und sinnvoll waren. Kritik wurde hier dem Tempo der Finanzmarktregulierung angepasst. Wir haben wesentliche Maßnahmen in diesem Bereich getroffen und ihre Vereinbarung erfolgte nach einer sehr ernsten, herausfordernden und kontroversen Debatte, in deren Verlauf wir die Details bis zum Zeitpunkt der Tagung des Europäischen Rates im Juni koordiniert haben. Dabei kam ein Ergebnis heraus, dass vielleicht nicht jeden zufriedengestellt hat, da für manche die Welt ja überreguliert ist. Nichtsdestotrotz sind wir im kommenden Herbst für die vorläufigen gesetzgeberischen Lösungen der Kommission zum Thema Finanzmarktregulierung und Bankenaufsicht auf europäischer Ebene bereit. Die Tatsache, dass keinerlei Protektionismus offenbar wurde, ist - ich wiederhole es noch einmal - von entscheidender Bedeutung, ebenso wie die Tatsache, dass wir eine Einigung über die Anwendung der Solidaritätsprinzipien, besonders in Hinblick auf einige Länder, deren Wirtschaft in größte Not geraten ist, erzielt haben.

Ich werde mich heute Abend mit Präsident Klaus treffen und das Lob des Herrn Abgeordneten an ihn weitergeben. Ansonsten ist die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in der Tschechischen Republik selbstverständlich in völliger Übereinstimmung mit der tschechischen Verfassung vonstatten gegangen. Der Vertrag ist in beiden Kammern des Parlaments ratifiziert worden und wir erwarten seine Unterzeichnung durch den Präsidenten der Republik. Ich hoffe auf einen endgültigen, maßgeblichen und regelkonformen Akt. Die Tatsache, dass in der Tschechischen Republik kein Referendum abgehalten wurde, um den Vertrag zu ratifizieren, stellt eine gänzlich interne Angelegenheit der Tschechischen Republik dar und ist hundertprozentig mit der tschechischen Verfassung kompatibel und geht völlig mit dieser konform. Hiermit beende ich meinen Exkurs in die innenpolitischen Angelegenheiten.

Ich möchte den vielen Sprecherinnen und Sprechern danken, die den durch den tschechischen Ratsvorsitz erreichten Grad an Kontinuität gelobt haben. Persönlich habe ich dies als eine große Herausforderung für mein Kabinett und auch für mich selbst angesehen. Für das neue Kabinett und sämtliche Minister sowie Expertenteams war dies eine Feuerprobe, die alle mit Bravour bestanden haben - was bereits in meiner eigenen Rede und den Einschätzungen bestimmter Abgeordneter zum Ausdruck gebracht wurde. Ich habe meinen Anteil von einem Drittel des Ratsvorsitzes als eine persönliche Aufgabe angesehen und bin über die ehrenhafte Bewältigung der Rolle des tschechischen Ratsvorsitzes erfreut.

Zuzana Roithová (PPE). - (CS) Herr Kommissionspräsident, Herr amtierender Ratspräsident, meine Damen und Herren, ich bin stolz auf die Tatsache, dass der tschechische Ratsvorsitz als ein Vorbild für eine entgegenkommende, professionelle, unparteiische und gut vorbereitete Amtsführung in die Geschichte der EU eingehen wird. Trotz der rücksichtslosen Kritik in den europäischen Medien und seitens der tschechischen Opposition konnten die Tschechen in erfolgreicher Weise abschließende Einigungen über Dutzende Gesetzgebungsstandards erzielen. Dies haben die Tschechen nach der Hälfte ihrer Amtsperiode erreicht - vor dem Ende des Wahlkampfes im Parlament. Die Einigungen deckten beispielsweise Themenbereiche wie Roaming, das Energiepaket und Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise ab. Es waren die Tschechen, die letztendlich erfolgreich die harte Nuss der Einführung eines geringeren Mehrwertsteuersatzes für arbeitsintensive Dienstleistungen geknackt haben, wobei es sich hierbei um eine wachstumsfördernde und der Krise entgegenwirkende Maßnahme handelt. Es gelang den Tschechen ebenfalls, sowohl unterstützend auf die Wiederaufnahme der Öl- und Gaslieferungen von Russland nach Europa einzuwirken, als auch eine Einigung über die südlich verlaufende Nabucco-Gaspipeline zu erzielen und eine unterschriftsreife Version dieser Einigung für eine gemeinsame Unterzeichnung mit dem Kommissionspräsidenten vorzubereiten.

Leider wird die Tschechische Republik aber auch als ein Beispiel für politische Instabilität in die Geschichte der EU eingehen, da der Sozialdemokrat Paroubek seine eigenen Ambitionen über die Interessen der EU gestellt und - zusammen mit einigen Abtrünnigen - den Sturz der tschechischen Regierung auf halbem Weg ihres erfolgreichen Ratsvorsitzes eingefädelt hat. Ich möchte den Teams der Premierminister Topolánek und Fischer sowie der tschechischen Mission in Brüssel für ihre harte Arbeit in Hinblick auf die Förderung der Interessen der EU und der Tschechischen Republik danken. Die Teams haben gezeigt, dass sich diese Interessen sogar in Krisenzeiten nicht gegenseitig ausschließen. Darüber hinaus wurde der französische Präsident u. a. davon überzeugt, dass Protektionismus ein Schimpfwort ist. Ihnen und uns allen möchte ich dazu gratulieren.

Ich möchte nun an den schwedischen Ratsvorsitz appellieren, sofort Gespräche über eine Aufhebung der kanadischen Visumpflicht für tschechische Staatsbürger zu beginnen. Ich bin davon überzeugt, dass diese Gespräche auch erfolgreich verlaufen werden. Schließlich ist Solidarität die größte Stärke der Europäischen Union.

Edite Estrela (S&D). - (PT) Frau Präsidentin, laut Premierminister Fischer ist der tschechische Ratsvorsitz sehr erfolgreich gewesen. Herr Fischer, ich bedauere sagen zu müssen, dass ich diese Ansicht nicht teile. Den Premierminister trifft in diesem Zusammenhang zwar die geringste Verantwortung, aber der tschechische Ratsvorsitz war alles andere als harmonisch. Ich möchte zunächst die Kontroverse über Kunstwerke anführen, eine Kontroverse, die sich als vorteilhaft für Künstler, nicht aber für den Ratsvorsitz erwiesen hat. Dann war da die innenpolitische Instabilität, welche das Bild der Europäischen Union, oder anders gesagt, das Image von uns allen, befleckt hat. Herr Fischer, es ist zutreffend, dass die Tschechische Republik bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon Erfolg hatte, aber die Unterschrift des Präsidenten Václav Klaus fehlt immer noch und wir alle sind uns darüber einig, dass ein euroskeptischer Präsident keine große Hilfe ist, wenn man den Ratsvorsitz der Europäischen Union innehat. Der tschechische Präsident hat auf unterschiedliche Weise Signale seiner euroskeptischen Haltung ausgesendet, vornehmlich durch die Weigerung, die EU-Flagge zu verwenden. Seine fehlende Unterschrift unter dem Vertrag von Lissabon wiegt jedoch schwerer. Es handelt sich hierbei um einen Akt der Geringschätzung gegenüber uns allen und den Völkern von Europa.

Indessen unterlag dem tschechischen Ratsvorsitz ein Irrtum in Hinsicht auf die Richtlinie zum Mutterschaftsurlaub. Ich weiß wovon ich spreche, denn ich war die diesbezügliche Berichterstatteerin. Der Ratsvorsitz hat sich auf außerordentlich negativer Art in dieses Thema eingebracht und erhielt hierbei umfassende Unterstützung von Frau Lulling, welche die Stimmabgabe zu meinem Bericht boykottierte. Der tschechische Ratsvorsitz sprach sich gegen eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs auf 20 Wochen aus und war gegen die Einbeziehung von Vaterschaftsurlaub, der wesentlich zu der Sicherstellung einer Aufteilung der familiären Verantwortlichkeiten zwischen Mann und Frau und somit zu einer Förderung der Geschlechtergleichstellung beiträgt.

Herr Premierminister, die Männer werden zu Hause ebenso benötigt wie die Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Männer haben ebenso das Recht, die Entwicklung ihrer Kinder zu verfolgen wie die Frauen das Recht haben, berufliche Erfolge zu genießen. Herr Premierminister, bitte werten sie die Rechte der Frauen oder ihre Fähigkeiten nicht ab.

Bairbre de Brún (GUE/NGL). - (GA) Frau Präsidentin, eine überwältigende Zahl von Menschen hat im letzten Jahr gegen den Vertrag von Lissabon gestimmt, da man glaubte, ein besseres Europa durchsetzen zu können: ein demokratisches und verantwortliches Europa; ein Europa, das die Rechte der Arbeitnehmer fördert, für öffentlicher Dienste eintritt und nach einer positiven Rolle in der Welt strebt.

Man setzt uns darüber in Kenntnis, dass sich der Europäische Rat als Antwort auf die Befürchtungen des irischen Volkes auf ein Paket mit rechtlich verbindlichen Garantien verständigt hat, vorgelegt wurde aber nur eine Klarstellung zum Vertrag von Lissabon. Das Wesentliche oder der Inhalt werden davon in keiner Weise berührt.

Wenn wir im Oktober über diese Angelegenheit abstimmen, werden wir über genau denselben Vertrag abstimmen, der im letzten Jahr abgelehnt wurde - ohne Änderungen, ohne Zusätze, ohne Streichungen. Über genau denselben Vertrag von Lissabon, den 53 % der Wähler abgelehnt haben.-

Wir benötigen einen neuen Vertrag für eine neue Ära.

Mario Mauro (PPE). - (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich bin dem tschechischen Ratsvorsitz für seine Bemühungen, die man eventuell als eine treffende Parabel auf die derzeitige Situation unserer Institutionen interpretieren kann, dankbar.

Wir alle akzeptieren, dass die Europäische Union die einzig mögliche Plattform darstellt, einige der wichtigsten Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert werden, zu bewältigen. Es kann sich beispielsweise keiner vorstellen, dass Malta allein, oder Italien mit seiner 5 000 km langen Küste das Immigrationsproblem lösen kann, ebenso wenig wie viele andere Länder die mit der Energieversorgung verbundenen Probleme bewältigen können.

Und dennoch vermitteln uns gerade die Angelegenheiten des tschechischen Ratsvorsitzes – nämlich die Bewältigung massiver innenpolitischer Schwierigkeiten, aber auch eine auseinandergehende Interpretation von Europa – ein besseres Verständnis dessen, was unsere Aufgabe ist. Ich habe heute Morgen keine Flaggen mitgebracht, aber eines weiß ich ganz sicher: Ich hege ein Misstrauen gegenüber stumpfem Nationalismus und auch gegenüber bürokratischen Ungetümen, die unserer politischen Praxis die Leidenschaft nehmen können und uns vergessen lassen, was wir erreichen sollen.

In Wahrheit zahlen wir den Preis für Unentschlossenheit. Wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir nicht den Mut haben, bestimmte Entscheidungen zu treffen, die heute folgeschwere Entscheidungen sind und dies spiegelt sich vielleicht auch in der Tatsache wider, dass wir im Moment nicht stark genug sind, die unmittelbar anstehenden Sachverhalte anzugehen, nämlich die, welche mit dem Beginn einer sehr problematischen Wahlperiode verbunden sind.

Und doch glaube ich, dass sich uns eine große Möglichkeit bietet. Einige haben in diesen Wahlen besser abgeschnitten als andere, aber wir alle wissen mit Sicherheit, dass wir den Herausforderungen nicht begegnen können, wenn wir nicht zusammenarbeiten. Daher glaube ich, dass wir unsere Verantwortungen wahrnehmen und diesen Institutionen die Stärke verleihen müssen, die sie befähigt, wieder mit unseren Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten, denn eines ist sicher: wir zahlen am meisten für die Tatsache, dass es überhaupt so weit gekommen ist, da dies zu einer Entfremdung zwischen uns und unseren Bürgerinnen und Bürgern führt, die sich von unseren Idealen distanzieren.

Jiří Havel (S&D). - (CS) Herr Premierminister, Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren, wir sind hier versammelt, um eine Bewertung des vorherigen Ratsvorsitzes vorzunehmen. Dieser Ratsvorsitz hatte zwei Gesichter. Wir sollten keines davon vergessen, auch wenn es einige Dinge gibt, die wir vielleicht gerne vergessen würden. Viele in diesem Saal beklagen, dass sich der tschechische Ratsvorsitz bei der Bekämpfung der Finanzkrise nicht aktiv genug gezeigt hat. Andere erinnern sich der kontroversen Rede des Präsidenten Klaus vor dem Parlament. Wieder andere beschwerten sich über die taktlose Beschreibung von Barack Obama's Krisenprogramm als einen Weg in die Hölle. Der tschechische Ratsvorsitz war jedoch in bestimmten Bereichen mit greifbaren Fortschritten verbunden. Erinnern wir uns zum Beispiel an das Umweltpaket und die Schritte in Richtung einer Annahme des Vertrags von Lissabon. Der tschechische Ratsvorsitz hatte zwei Gesichter - symbolisiert durch zwei Premierminister. Heute steht der Erfolgreichere von beiden vor ihnen. Herr Premierminister, ich möchte Ihnen und Ihrer Regierung für Ihre Bemühungen und den Beamten in den europäischen und tschechischen Institutionen für ihre Arbeit danken. Meine Damen und Herren, bitte ein großer Applaus für den Premierminister der Tschechischen Republik.

Joe Higgins (GUE/NGL). Frau Präsidentin, dieses Parlament wird von einer zynischen großen Koalition regiert, bestehend aus der Hauptpartei des europäischen Kapitalismus, der EVP, und den Sozialdemokraten, die zwar im Gewand der Linken daherkommen, in Wirklichkeit aber dieselbe neoliberale Agenda, welche die Werkstätten für die aktuelle Krise des internationalen Kapitalismus bezahlen lässt, umsetzt.

Nun möchte diese großartige Koalition dem irischen Volk und den Völkern Europas den Vertrag von Lissabon aufzwingen, denn Lissabon steht für die neoliberale Agenda - inklusive der Angriffe auf die Rechte von Arbeitnehmern - sowie mehr Militarisierung und eine gestärkte Waffenindustrie. Die dem irischen Volk gegebenen sogenannten Garantien ändern nichts, bedeuten nichts und sind irrelevant.

Als irischer Sozialist fordere ich diese Koalition heraus. Ich fordere Präsident Buzek, Herrn Barroso, Herrn Schulz und Herrn Verhofstadt heraus: kommen Sie im September nach Irland, diskutieren Sie mit uns vor einem Arbeitnehmerpublikum darüber, warum sie das ihren Interessen völlig entgegenlaufende Lissabon-Projekt unterstützen sollen.

– (GA) Seien Sie auf einen heftigen Kampf gegen den Vertrag von Lissabon in Irland gefasst. Wir werden im Namen der Millionen von Europäerinnen und Europäern sprechen, die keine Gelegenheit hatten, gegen den Vertrag von Lissabon zu stimmen, einen Vertrag, der nicht der Mehrheit der Bevölkerung in Europa nützt, sondern Bürokraten, großen Unternehmen und der Rüstungsindustrie.

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

Manfred Weber (PPE). - (DE) Herr Präsident, Herr Premierminister, Herr Kommissionspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte sprechen jetzt viele der tschechischen Ratspräsidentschaft Dank dafür aus, dass sie am Ende ihrer Amtszeit doch noch einige Projekte verwaltungstechnisch abgewickelt hat.

Ich stelle mir ernsthaft die Frage: Sind wir mittlerweile so bescheiden geworden? Eigentlich machen wir doch Politik! Eigentlich erwarten wir doch, dass in der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten mit ökologischen Herausforderungen eine Präsidentschaft an der Spitze steht, die visionär gestaltet! Das würden wir doch eigentlich erwarten! Wir haben erlebt, dass verwaltungstechnisch abgearbeitet wurde, was am Ende der Amtszeit eben noch auf dem Tisch gelegen ist. Ich hätte mir mehr erwartet!

Herr Premierminister, wenn Sie heute Abend den Präsidenten Klaus treffen, dann sagen Sie ihm, er hätte in diesem halben Jahr die Chance gehabt, die tschechische nationale Identität und Souveränität in einer starken Führerschaft für Europa deutlich zu machen. Er hatte hier im Parlament ja dafür geworben, dass die nationale Souveränität so wichtig sei. Diese Chance hat er leider verspielt!

Mairead McGuinness (PPE). - Herr Präsident! Wir haben nur eine Minute, deshalb verzichte ich auf den Austausch von Höflichkeiten. Ich würde gern Ihre Ehre gegen einen meiner irischen Kollegen, Joe Higgins, verteidigen. Ich würde gerne Herrn Higgins daran erinnern, dass Sie in Ihrer Arbeit für Solidarność die Arbeiter und ihre Rechte verteidigt haben und ich bin der Meinung, dass in diesem Haus über die historischen Gegebenheiten reflektiert werden sollte. Etwas Uneinigkeit ist keine schlechte Sache, es ist jedoch außergewöhnlich, dass sich heute Vormittag einerseits Nigel Farage und andererseits Sinn Féin und Joe Higgins – Extreme der Rechten und Linken – gegen den Vertrag von Lissabon äußerten.

Das ist meines Erachtens Grund genug für den Rest von uns, mit „Ja“ für den Vertrag von Lissabon zu stimmen und für die irischen Wählerinnen und Wähler, die am 2. Oktober ihre Entscheidung treffen, auf die Stimmen derer zu hören, die sie drängen mit „Nein“ zu stimmen und genau hinzuhören, um zu beurteilen, wofür sie einstehen und auf die Stimme der Vernunft zu hören und sich zu realisieren, dass die Europäische Union gut war für Irland und Irland gut für sie und dass wir weiterhin im Herzen Europas bleiben, indem wir diesen Vertrag unterstützen.

Jean-Pierre Audy (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Fischer, Herr Barroso! Ihr Ratsvorsitz, Herr Fischer, belegt wieder einmal, wie wichtig ein stabiler Ratsvorsitz für die Europäische Union ist. Das ist darüber hinaus das, wofür der Vertrag von Lissabon sorgt.

Ich fand Sie recht schweigsam, Herr Fischer, und ich würde gerne Ihre Meinung über das Programm der Troika, das Ihre Regierung im Juni 2008 mit Frankreich und Schweden verabschiedete, wissen. Wir sind auch gespannt, das Arbeitsprogramm Schwedens zu diesem Thema zu erfahren und zwar insbesondere in Bezug auf drei Punkte: das Doha-Programm, die Millenniumsentwicklungsziele und die Union für das Mittelmeer.

Welchen Eindruck haben Sie, Herr Fischer, von diesem Instrument und wie ist Ihre Einschätzung der Troika, die bereits das erste Zeichen eines stabilen Ratsvorsitzes in der Europäischen Union ist?

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der kurze, scharfe Austausch zwischen dem Fraktionsführer, Herrn Farage und Präsident Barroso war außerordentlich aufschlussreich im Hinblick auf Europas Zukunft. Es wurde überdeutlich, dass das Endziel des im Vertrag von Lissabon festgelegten Kurses die Aufhebung der Nationalstaaten war, was auch erklärt, wieso Präsident Barroso über das Vorhandensein einer Staatsflagge in diesem Plenarsaal verärgert gewesen wäre. Selbstverständlich teilen wir die gleichen gemeinsamen europäischen Ziele. Indem wir dies tun, möchten wir klarstellen, dass wir statt des hier herrschenden Mottos „In Vielfalt geeint“, die Zusammenarbeit in der Vielfalt anstreben und das bedeutet, dass wir für die Beibehaltung der Nationalstaaten sind. Das ist das Rahmenwerk, in dem wir für ein einheitliches Europa arbeiten möchten.

Elmar Brok (PPE). - Herr Präsident! Ich möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, dass unter den Bedingungen, die weder Premierminister Topolánek noch Premierminister Fischer zu vertreten haben, die Ratspräsidentschaft doch bessere Erfolg hat, als es den Anschein hat, und möchte gerade auch Saša Vondra für die Vorbereitung dieser Präsidentschaft danken!

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen, und zwar als Antwort an den Kollegen Higgins. Der Vertrag von Lissabon sieht eine horizontale Sozialklausel vor. Er sieht vor, dass wir mehr soziale Rechte und die Charta der Grundrechte haben. Wenn dieser Vertrag nicht kommt, haben wir ein weniger soziales Europa! Ich glaube, dies sollte deutlich gemacht werden, damit den Bürgern Irlands keine Lügengeschichten mehr erzählt werden können. Man sollte die Wahrheit sagen. Ohne den Vertrag von Lissabon bleiben wir bei Nizza, damit bei einem weniger sozialen Europa. Deswegen sollte man mit dieser miesen Kampagne Schluss machen und den Bürgern in Irland die Wahrheit sagen!

(Beifall)

Bernd Posselt (PPE). - (DE) Herr Präsident! Ich möchte darauf hinweisen, dass die tschechische Ratspräsidentschaft nicht nur mehr geleistet hat, als ihr nachgesagt wird, sondern dass sie auch sehr differenziert war. Eine erstklassige Beamtenschaft, hervorragende Minister wie Fürst Schwarzenberg, Saša Vondra, Ondřej Liška und andere und auch Premierminister Fischer haben hervorragende Arbeit geleistet.

Dafür möchte ich Ihnen danken! Dieses Land hat nur ein einziges Problem und das ist Präsident Klaus, der seinem Land schwer geschadet hat, indem er diese erfolgreiche Ratspräsidentschaft bewusst und absichtlich torpediert hat. Ich danke Herrn Ministerpräsident Fischer für die Art und Weise, wie er das souverän zurückgewiesen hat, selbst zum Brüsseler Gipfel gegangen ist und selbst diese Ratspräsidentschaft mit Erfolg zu Ende geführt hat!

Jan Fischer, amtierender Präsident des Rates. – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diesmal wird meine Antwort kurz und bündig sein. Ich möchte Ihnen für Ihre Diskussionsbeiträge danken. Sie zeigten wieder einmal die Meinungsvielfalt und die Bandbreite verschiedener Meinungen in Europa; wie schwierig und gleichzeitig unerlässlich die Suche nach einem gemeinsamen Nenner und einer gemeinsamen Stimme ist. Ich bin jedoch der Ansicht, dass diese Vielfalt unseren Kontinent und den Integrationsprozess belebt und dass sie hierhin gehört. Sicherlich werden Sie Ihre Standpunkte, Ihre analytischen Gesichtspunkte und Ihre Einschätzungen von hier wieder mitnehmen und vielleicht gibt es auch keine Möglichkeiten für mich, Sie vom Gegenteil zu überzeugen, da es sich hier nicht um eine akademische Debatte handelt. Sowohl meine Regierung als auch - lassen Sie es mich sagen - die vorherige Regierung haben alles Erdenkliche unternommen, unser Programm und unsere Agenda für diesen Ratsvorsitz zu erfüllen und ungeachtet des Fortschritts der Tschechischen Republik bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, taten wir dies mit großer Beharrlichkeit. Ich möchte das ganz deutlich hervorheben. Bezüglich der Troika und der Arbeit der Troika, die Frankreich, die Tschechische Republik und Schweden einbezieht, muss ich sagen, dass ich diese Mechanismen sehr schätze. Wir waren in der Lage, bei der laufenden Tagesordnung eng zusammenzuarbeiten. Es handelt sich um einen Mechanismus, der weitgehend zur Kontinuität und zum reibungslosen Übergang des Ratsvorsitzes beiträgt und den ich sehr schätze. Was das Bestreben des Tschechischen Ratsvorsitzes betrifft und in welchem Umfang der Ratsvorsitz technokratisch war, Führungsstärke demonstrierte, visionär oder was auch immer war, bin ich sicher, dass sie mit einer Vision für die EU und mit einem Programm begann und dass es ihr auch gelang, dieses Programm zu erfüllen. Es bleibt Ihnen überlassen, zu beurteilen, in wieweit dies erreicht wurde. Meinerseits halte ich jedoch weiterhin an der Überzeugung fest, dass dieser Ratsvorsitz seine Ziele und Bestrebungen verwirklicht hat, obwohl es immer Kritikpunkte gibt und einige Bereiche, in denen wir aus welchem Grund auch immer hinter den Erwartungen zurückblieben. Ich möchte Ihnen noch einmal für die Debatte und die kritischen Bemerkungen danken und mich auch bei all jenen bedanken, die sowohl auf politischer als auch auf persönlicher Ebene Verständnis und Wertschätzung zeigten. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident! Es wurden einige konkrete Fragen gestellt.

Erstens bezüglich der Wiedereinführung der Visumpflicht für Staatsangehörige der Tschechischen Republik, die nach Kanada reisen. Die Kommission bedauert, dass Kanada die Visumpflicht wieder eingeführt hat. Ich besprach diese Angelegenheit mit dem kanadischen Premierminister am Rande des letzten G8-Treffens. Ich nehme an, dass diese Maßnahme vorübergehend ist und hoffe, dass in Kürze wieder visumfreie Reisen zwischen der Tschechischen Republik und Kanada eingeführt werden.

Ich habe Kommissar Barrot gebeten, diese Angelegenheit dringend mit den tschechischen Behörden zu diskutieren und weiß, dass gestern das erste Treffen zwischen Beamten der Kommission und Beamten des tschechischen Außenministeriums in Brüssel stattfand. Auf dieser Grundlage prüft die Kommission die Lage sorgfältig und sie wird im Bericht über den Gegenseitigkeitsmechanismus in der Visumpolitik, der wahrscheinlich im September 2009 veröffentlicht wird, hierüber berichten. Gemeinsam mit der tschechischen Regierung werden wir die kanadischen Behörden befragen, um weitere Auskünfte über den Hintergrund dieser Entscheidung zu erhalten und wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, um wieder visumfreies Reisen einzuführen.

Bezüglich der Regulierung und Überwachung des Finanzmarkts, ein Thema, das auch während der Debatte angesprochen wurde, gibt es selbstverständlich noch eine Agenda zu erfüllen, nämlich der, die der Europäische Rat als Konsens auf der Grundlage des de Larosière-Berichts - ein Bericht, mit dem ich eine Expertengruppe beauftragte - verabschiedete. Wir müssen aber auch die bereits erzielten Fortschritte zur Kenntnis nehmen.

Die Vorschläge der Kommission bezüglich Eigenkapitalanforderungen, Einlagensicherheit, Kreditratingagenturen und der Solvabilitätsrichtlinie für das Versicherungswesen wurden alle sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Europäischen Rat verabschiedet. Die Kommission hat Gesetzesentwürfe betreffend Hedgefonds und Private Equity, über Verbriefungen und Vergütungen im Bankensektor vorgelegt. Jetzt müssen sie nur noch schnell vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat verabschiedet werden, wenn diese damit einverstanden sind.

Ein weiterer Punkt, der im Laufe der Debatte angesprochen wurde, ist der Widerstand gegen protektionistische Maßnahmen. Dies war in der Tat ein äußerst wichtiges Thema anlässlich des Europäischen Rates am 1. März. In der zweiten Jahreshälfte 2008 fand in der Europäischen Union eine gefährliche Bewegung in Richtung einiger interner protektionistischer Maßnahmen statt. Meines Erachtens muss man fairerweise sagen, dass der tschechische Ratsvorsitz und zahlreiche Mitgliedstaaten sich deutlich gegen eine derartige Zerstückelung unseres Binnenmarkts geäußert haben, sodass die Auseinandersetzung dieser letzten Monate auch eine besonders wichtige Entwicklung war.

Schließlich komme ich zur Kritik wegen der parlamentarischen Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Gestatten Sie mir hierzu zu sagen, dass ich nicht verstehen kann, wie jemand, der in ein Parlament gewählt wurde, die parlamentarische Ratifikation eines Vertrags in Frage stellen kann. Ein Parlament ist die Basis der Demokratie und die Ratifizierung durch ein Parlament ist genau so legal wie ein Referendum.

(Beifall)

Der Präsident. – Ich möchte noch ein Wort an den Premierminister der Tschechischen Republik richten: Vielen Dank für Ihre Präsidentschaft, für Ihre Zusammenfassung und für Ihre Teilnahme an der heutigen Debatte.

Die Aussprache wird beendet.

(Die Sitzung wird um 10.35 Uhr unterbrochen und um 10.40 Uhr wieder aufgenommen)

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Die Welt erlebt derzeit eine der schlimmsten Krisen des Kapitalismus, mit dramatischen Folgen für Arbeitnehmer und Menschen im Allgemeinen.

In der EU ist diese Krise auf neoliberale Strategien zurückzuführen, die auch heute noch verfolgt werden. Diese Strategien sind in den Verträgen und in der sogenannten „Strategie von Lissabon“ niedergelegt, die eingehender und mit größerem Spielraum durch den Vertrag von Lissabon institutionalisiert werden sollen. Statt die Ursachen der Krise sachgerecht in Angriff zu nehmen, wiederholt der Rat die grundlegenden Leitlinien dieser Strategien, die zur Krise führten, insbesondere hinsichtlich des beängstigenden und unverantwortlichen Versuchs, diese Strategien trotz aller Beweise fortzuführen. Daher unterstützt der Rat:

- die Absicht, den Vertrag von Lissabon anhand von Verschleierungstechniken zu verabschieden, das heißt, genau den Vertrag zu verabschieden, der bereits vom irischen Volk abgelehnt wurde, indem er als etwas anderes ausgegeben wird;
- den freien und unkontrollierten Kapitalverkehr und die Existenz von Offshore-Finanzzentren;
- die Liberalisierung der Märkte, Privatisierung der öffentlichen Dienste und zunehmende „Finanzialisierung“ der Wirtschaft;
- die Deregulierung der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, Abwertung der Entlohnungen, Intensivierung der Ausbeutung und Verteidigung von Flexicurity;
- das Versagen, Arbeitslosigkeit richtig zu bekämpfen, indem weiterhin enorme Beträge zur Unterstützung des Finanzsektors eingeschleust werden, ohne dem produktiven Sektor die gleiche Aufmerksamkeit zu widmen.

5. Vorstellung des Programms des schwedischen Ratsvorsitzes (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Erläuterung des amtierenden Präsidenten des Rates zur Vorstellung des Programms des schwedischen Ratsvorsitzes.

Fredrik Reinfeldt, amtierender Präsident des Rates. – (SV) Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Parlaments! Gestatten Sie mir, Ihnen zur Wahl Ihres neuen Präsidenten zu gratulieren. Ich freue mich darauf, während des schwedischen Ratsvorsitzes und selbstverständlich auch im Anschluss daran, mit Herrn Jerzy Buzek zusammenzuarbeiten.

Es ist mir eine Ehre, als amtierender Präsident des Europäischen Rates vor dem Europäischen Parlament eine Rede zu halten. Annähernd die Hälfte von Ihnen wurde zum ersten Mal in diese Versammlung gewählt.

Gemeinsam geben Sie 500 Millionen Europäerinnen und Europäern eine Stimme. Es wird viel von Ihnen erwartet und ich spreche zu Ihnen in einer schwierigen Zeit. Selten zuvor hat die Zusammenarbeit in der EU vor derart schwierigen und in ihrer Art so unterschiedlichen Problemen gestanden. In Kürze beabsichtigen wir einen reibungslosen Übergang zu einem neuen Vertrag - dem Vertrag von Lissabon. Wir müssen heute und längerfristig fortfahren, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Unter der Oberfläche lauert die Gefahr einer zunehmenden Klimakrise, die langfristig wohl die größte Herausforderung darstellt, der wir gegenüberstehen.

Eines ist sicher, wenn der schwedische Ratsvorsitz die zahlreichen Herausforderungen meistern will, muss er Seite an Seite mit Ihnen, die Sie im Innersten der europäischen Demokratie tätig sind, arbeiten. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und Zusammenarbeit und dass Sie bereit sind, die Herausforderungen mit uns zusammen anzunehmen.

Wenn wir über die Geschichte der EU sprechen, neigen wir zu der Behauptung, dass die Zusammenarbeit ein Fundament für Frieden in einem Europa gelegt hat, das so oft durch das Gegenteil erschüttert wurde. Ich möchte Ihnen erzählen, dass mein Großvater ein schwedischer Soldat war, der während des Zweiten Weltkriegs - einem Krieg, in dem Schweden neutral war - an der norwegischen Grenze stationiert war. Ein gelegentlicher, flüchtiger Blick aus sicherer Entfernung war alles, was er von diesem Krieg sah. Und so sah lange Zeit auch die Beziehung Schwedens zu Europa aus: Man beobachtete sich aus der Entfernung.

Während Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ein Trümmerfeld war, blieb Schweden unversehrt. Wirtschaftlich waren wir reicher - im Sinne der europäischen Gemeinschaft aber ärmer. Vor zwanzig Jahren fiel der eiserne Vorhang zwischen Österreich und Ungarn. Die Mauer in Berlin fiel und nahezu über Nacht änderte sich Europa. Eine Reihe von Ländern machten sich auf eine Reise, die zu den heute hier sitzenden Vertretern der 27 Länder führte. Schweden war eins dieser Länder.

Wenn Sie Spätzügler sind, brauchen Sie Zeit zum Aufholen. In den späten 80er Jahren begann in Schweden das politische Engagement für Europa zu reifen. Langsam wuchs das Bewusstsein der Nähe Schwedens zu Europa und dessen Abhängigkeit von Europa. Carl Bildt, der schwedische Außenminister, spielte eine entscheidende Rolle bei der Einbringung Schwedens in die Europäische Gemeinschaft - mit anderen Worten hieß das, Offenheit, Globalisierung und Freihandel zu akzeptieren. Er wurde von der festen Überzeugung angetrieben, dass Schweden zu Europa gehört.

Vor achtzehn Jahren bewarben wir uns um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Wir waren schließlich zu der Überzeugung gelangt, dass dem Leben der Menschen und unserer Zukunft durch Zusammenarbeit und Gemeinschaft mit Anderen am besten gedient ist, dass wir einen Beitrag leisten konnten und dass wir Vieles zu lernen hatten. Wir fürchteten uns nicht länger vor der Zusammenarbeit. Wir wagten es, Teil Europas zu sein.

Diese Jahre ab Mitte der 80er - revolutionäre Jahre für Schweden - verliefen parallel zur Vertiefung meines eigenen politischen Engagements. Wie zahlreiche andere schwedische Politiker meiner Generation, verspürte auch ich eine große Sehnsucht nach Europa. Ich erinnere mich noch daran, wie ich als junges, neugewähltes Mitglied des schwedischen Parlaments zu einem Besuch des Europäischen Parlaments eingeladen wurde. Es war ein Beweis für die Offenheit und Zugänglichkeit des Parlaments, obwohl Schweden zu diesem Zeitpunkt noch nicht Mitglied der Union war.

Einige Jahre später, das heißt 1997, nachdem Schweden der Union beigetreten war, beteiligte ich mich an der Zusammensetzung der Jugendorganisation der EVP-Fraktion, EVP-Jugend, und wurde deren erster Vorsitzender. Dabei konnte ich erleben, wie die europäische Zusammenarbeit in der Praxis abläuft. Gemeinsam suchten wir europäische Lösungen für europäische Probleme. Wir lernten uns nicht nur gegenseitig kennen sondern auch die gegenseitige Geschichte und Kultur. Ich war in der Lage, die Hauptstädte Europas kennenzulernen und ich kann die Kirchen, die ich bei diesen Gelegenheiten in Europa besichtigte, kaum zählen.

Innerhalb von 20 Jahren wurde aus Schweden, einem Land, das aus der Ferne beobachtete, ein aktiver Partner der europäischen Zusammenarbeit. Das hatte wiederum Auswirkungen auf die schwedische Bevölkerung. Vor zehn Jahren war ein Schwede von drei der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft gut für das Land sei, aber genau so viele waren vom Gegenteil überzeugt. Heute hat sich das Blatt gewendet. Annähernd zwei von drei Schweden sind davon überzeugt, dass die EU-Mitgliedschaft gut für das Land ist. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni gingen mehr als 45 Prozent der Schweden zur Urne. Das sind acht Prozent mehr als noch im Jahr 2004 und mehr als der Durchschnitt in Europa. Schweden ist heute ein Land, das die

EU-Mitgliedschaft schätzt und diese positiv bewertet. Wir sind erst spät aufgewacht, haben aber hart gearbeitet, um das Versäumte einzuholen. Es ist ein Sieg für uns alle, die an die europäische Zusammenarbeit glauben.

(Beifall)

Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Parlaments! Wir stehen vor der Frage des Schicksals unserer Generation - ein soziales Problem, das, im Gegensatz zu anderen Problemen, langsam wächst - wenn auch in die falsche Richtung. Unser Planet fiebert. Seine Temperatur steigt und wir müssen reagieren. In Grönland schrumpft die Eisdecke jedes Jahr um mehr als 100 Kubikkilometer. Die Eisdecke der westlichen Antarktis schmilzt mit wachsender Geschwindigkeit. Wir sind uns bewusst, dass allein das schrumpfende Eis in Grönland zu einem Anstieg des Meeresspiegels von bis zu zwei Metern führen könnte. Die Auswirkungen wären dramatisch. Würde der Meeresspiegel weltweit um nur einen Meter steigen, wären Hunderte Millionen von Menschen allein in Asien gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Am gefährdetsten wären die Menschen in Bangladesch, Ostchina und Vietnam.

Es gäbe jedoch auch noch weitere ernste Folgen. Das Wetter würde sich ändern und unzählige Pflanzen- und Tierarten wären vom Aussterben bedroht. Das ist sogar der Fall, wenn wir innerhalb des von der UNO angestrebten 2 °C-Ziels bleiben, das letzte Woche in LAquila sowohl im Rahmen des G8-Gipfels als auch durch die führenden Industriestaaten des „Major Economies Forums“ befürwortet wurde. Unser Klima wird einerseits durch unseren Bedarf an fossilen Brennstoffen und andererseits durch unsere Abhängigkeit hiervon bedroht. Das ist die schlechte Neuigkeit. Was ist also die gute Neuigkeit?

Obwohl die Zeit drängt, ist sie immer noch auf unserer Seite. Wir müssen jedoch jetzt handeln. Alles ist bereits vorhanden, um erneuerbare Energien und die Technologie zur Steigerung der Energieeffizienz weiterzuentwickeln. Laut der Internationalen Energie-Agentur (IEA) könnten mehr als die Hälfte der Maßnahmen, die erforderlich wären, um das 2 °C-Ziel nicht zu überschreiten, mit bereits bestehenden Technologien erreicht werden.

Darüber hinaus haben Messungen, um dem Klimawandel zu begegnen, sehr nützliche Nebenwirkungen - Auswirkungen, welche die Messungen an sich rechtfertigen. Wenn wir weniger Energie verbrauchen, sparen wir Geld. Wir bessern die öffentlichen Finanzen auf, während die Haushalte gleichzeitig über höhere Mittel verfügen. Investieren wir in erneuerbare Energien und Energieeffizienz, verbessern wir unsere Energiesicherheit. Wir sind dann weniger abhängig von Einfuhren aus Ländern, die manchmal sowohl politisch als auch wirtschaftlich instabil sind. Unsere Investitionen in eine umweltfreundliche Wirtschaft werden neue Arbeitsplätze schaffen und in den kommenden Jahrzehnten für Wachstum sorgen.

Gestatten Sie mir, ein spezifisches Beispiel zu geben. Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten litten im Januar unter den Auswirkungen der Gaskrise in der Ukraine. Vergangene Woche sprach ich mit Präsident Juschtschenko darüber, wie wir eine derartige Situation künftig vermeiden können. Gleichzeitig ist es wichtig, Gesichtspunkte aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten zu können. Würde die Ukraine in Energieeffizienz investieren, sodass das Land den gleichen Stand wie die Tschechische Republik oder Slovenien erreicht, entspräche die eingesparte Energiemenge der gesamten Gaseinfuhr aus Russland für den eigenen Bedarf. Die Ukraine wäre dann völlig unabhängig von Gasimporten aus Russland und würde nebenbei noch viel Geld sparen und das nur, indem sie ihre eigene Energieeffizienz verbessert. Dort müssen wir nach Antworten suchen, wenn es sich um das Klima handelt.

(Beifall)

Vor zwölf Jahren bildete sich eine Koalition der Willigen in Kyoto. Freiwillige Vereinbarungen reichen aber nicht. Wenn es uns gelingt, ein internationales Abkommen zum Klimawandel zu erreichen, dann muss die Reise von Kyoto nach Kopenhagen auch der Übergang von einer Koalition der Willigen hin zu jedermanns Verantwortung sein.

Wie können wir dahin kommen? Europa muss miteinander und kollektiv handeln. Wir müssen Führungsqualitäten zeigen und unsere Versprechen halten. Europa ist entscheidend, sodass Andere sich einem internationalen Abkommen anschließen. Weltweit müssen wir einen Preis für Emissionen festsetzen. Wir müssen beginnen, nationale Kohlenstoffsteuern und Emissionshandel zu nutzen. Dann werden umweltfreundliche Alternativen entstehen. Wenn der Preis für die Nutzung fossiler Brennstoffe ohne Rücksicht auf die klimatischen Auswirkungen festgesetzt wird, schreitet die Erderwärmung fort. Die Alternativen werden sich nicht entwickeln. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz werden sich wirtschaftlich nicht lohnen.

Das ist jedoch nicht genug. Wir brauchen eine umfassendere Antwort auf die Frage „wie?“. Es reicht nicht, die Emission in einer Gruppe von Ländern zu begrenzen, die sich freiwillig für die Verringerung entschieden haben, die aber insgesamt für gerade mal 30 Prozent der Emissionen verantwortlich sind. Es reicht auch nicht, in den entwickeltesten Ländern Maßnahmen zu ergreifen, die ausschließlich auf Einschränkungen beruhen. Selbst wenn die sogenannten Annex-1-Länder ihre Emissionen auf null reduzieren würden, brächte uns die rasante Zunahme der Emissionen in den Entwicklungsländern immer noch über das 2 °C-Ziel hinaus.

Wir müssen daher über die Finanzierung von Investitionen in den Entwicklungsländern diskutieren. Wir müssen raschen Technologietransfer gewährleisten und wir müssen uns vergewissern, dass auch die Entwicklungsländer Verpflichtungen bei der Überwachung der von ihnen angestrebten Entwicklung eingehen. Darüber hinaus brauchen wir mittelfristig deutliche Verpflichtungserklärungen von Ländern außerhalb Europas. Die Verantwortung der Wenigen muss jetzt zur Verantwortung aller werden.

Ich weiß, dass das Europäische Parlament seine Verantwortung übernehmen wird. Der schwedische Ratsvorsitz sieht in Ihnen ihren Verbündeten. Wir möchten jetzt die Geschichte schreiben, wie die Klimabedrohung abgewendet wurde und wir möchten sie zusammen mit Ihnen schreiben.

Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder! Wie ein Buschfeuer verbreitete sich die Wirtschafts- und Finanzkrise innerhalb weniger Wochen. Es gab warnende Stimmen, aber für die meisten Menschen kam sie überraschend - vor allen Dingen ihr Ausmaß und ihre Tiefe überraschte. In einer globalen Welt greifen auch Probleme rasch auf Andere über. Die Kraft des Abschwungs ist derartig stark, dass niemand ein Heilmittel hat, mit dem eine rasche Wende herbeigeführt werden könnte. Ein koordiniertes Vorgehen der EU ist das beste, uns zur Verfügung stehende Mittel, den Herausforderungen der Krise entgegenzutreten. Darüber hinaus kann noch vieles schief gehen. Unter den gegebenen Umständen ist es der EU gelungen, in diesen schwierigen Zeiten Führungsstärke zu beweisen. Wir einigten uns über Bürgschaften und Reglementierungen zur Unterstützung der Banken. Wir beschlossen einen gemeinsamen Konjunkturplan zur Stimulierung der Wirtschaft.

Präsident Sarkozy und der französische Ratsvorsitz spielten hierbei eine bedeutende Rolle. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die treibende Kraft hervorheben, die vom Europäischen Parlament ausging. Im Herbst müssen wir uns jetzt den weiterführenden Maßnahmen widmen, die uns aus der Krise steuern sollen. Die Wirtschaftslage bleibt angespannt und die öffentlichen Finanzen sind in allen Mitgliedstaaten begrenzt.

Laut einer Prognose der Kommission wird das Defizit in der EU im kommenden Jahr 80 Prozent des BIP übersteigen. Davor können wir unsere Augen nicht verschließen und behaupten, dass dies kein Problem sei. Im Zentrum all dessen dürfen wir auch nicht vergessen, dass sich hinter diesen Zahlen Menschen befinden, die sich um ihre Arbeitsplätze sorgen und die sich fragen, wie sie weiterhin für ihre Wohnungen zahlen sollen und wie sie es schaffen sollen, ihren Lebensstandard zu erhalten. Es ist unsere Aufgabe, ihnen zu antworten.

Wenn Millionen Europäerinnen und Europäer ihre Arbeitsplätze verlieren und ausgeschlossen werden, ist unsere Wohlfahrt insgesamt bedroht, und dies zu einem Zeitpunkt, an dem unsere Wohlfahrt bereits unter großem Druck steht. Wir leben länger und gleichzeitig arbeiten wir weniger und haben weniger Kinder. Setzt dieser Trend sich fort, werden wir in 50 Jahren zweimal mehr alte Menschen als Kinder in Europa haben. Was können wir dagegen unternehmen?

Wir müssen das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherstellen. Wir müssen schnell eine wirksame Aufsicht einführen, um in Zukunft derartige Krisen zu vermeiden. Der schwedische Ratsvorsitz wird sich bis zum Jahresende beim Rat dafür einsetzen, dahingehende Vereinbarungen zu verabschieden. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung bei der raschen und überzeugenden Verwirklichung dieses Vorhabens. Unsere Bürgerinnen und Bürger werden die wiederholte Verwendung von Steuergeldern zur Rettung angeschlagener Finanzinstitutionen, die sich unverantwortlich verhalten haben, nicht hinnehmen.

Wir müssen uns schnellstens anhand einer koordinierten Rückzugsstrategie und einer schrittweisen Rückkehr zu den Regeln des Stabilitätspakts aus dem ansteigenden Haushaltsdefizit heraussteuern. Ansonsten wird ein chronisches Defizit auf das kurzfristige Ungleichgewicht folgen. Große Einschnitte stehen uns bevor, wie sie bereits in Teilen der EU zur Wirklichkeit gehören. In Schweden können wir uns dabei an frühere Erfahrungen erinnern: Massenarbeitslosigkeit, soziale Unruhen und zunehmende Steuerlast stehen uns dann bevor.

Wir müssen der europäischen Politik eine soziale Dimension gewährleisten, die auf gesunden öffentlichen Finanzen und auf einer zunehmenden Zahl von Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt beruht. Das ist die bei

weitem beste Art und Weise, unser Wohlfahrtssystem abzusichern. Ich weiß, dass dies zumindest hier im Europäischen Parlament ein großes Anliegen ist.

Es ist unhaltbar, dass drei von zehn Europäerinnen und Europäer im Arbeitsalter vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Unser Ziel muss eine aktive Arbeitsmarktpolitik sein, die zusammen mit gut funktionierenden sozialen Sicherheitssystemen eine wirksame Wende ermöglichen kann. Wir müssen die Arbeitsfähigkeit und Qualifikation des Einzelnen stärken, damit er oder sie sich auf dem Arbeitsmarkt behauptet. Des Weiteren müssen wir die Arbeitslosen aktivieren und wiederaktivieren. Je mehr Menschen arbeiten, desto mehr Unterstützung ist für die vorhanden, die keine Arbeit haben. Wir müssen uns auch auf Reformen, Modernisierungen und Anpassungen für die neue Realität konzentrieren. Außerhalb der EU steht die Welt nicht still. In schwindelerregender Geschwindigkeit bewegt sie sich vorwärts. Das sollten wir zur Kenntnis nehmen und anerkennen.

Eine Nachbearbeitung der EU-Strategie von Lissabon könnte zur Umsetzung der erforderlichen Reformagenda beitragen. Im Herbst werde ich diese Diskussion anregen.

Im Sog der Wirtschaftskrise tauchen Ideen über einen verstärkten Protektionismus auf. Die Welthandelsorganisation (WTO) bestätigt eine beachtliche Erhöhung der handelsbeschränkenden Maßnahmen im vergangenen Quartal. Ich begrüße daher die Vereinbarung im Rahmen des Gipfels in L'Aquila bezüglich der Wiederaufnahme der Doha-Runde, damit sichergestellt wird, dass alle Länder der Welt wieder den Weg des Freihandels beschreiten, der uns langfristig allen zugute kommt. Das Ziel muss eine EU sein, die gestärkt aus der Krise hervorgeht.

Herr Präsident, sehr geschätzte Mitglieder! Wenn ich durch Schweden reise und über die Zusammenarbeit der EU spreche, werden mir nur wenige Fragen über die Institutionen der EU gestellt. Stattdessen geht es um die Krümmung der Gurken, Schnupftabak und andere tagtägliche Dinge.

Der institutionelle Rahme ist nichtsdestotrotz wichtig, da er festlegt, was wir in welchen Bereichen unternehmen können. Und deshalb ist die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon so wichtig. Mit diesem Vertrag wird die EU demokratischer, transparenter, effizienter und einflussreicher im internationalen Bereich. Am wichtigsten ist jedoch die Tatsache, dass sich mit der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon das Kapitel des nach innen gerichteten Blicks auf die EU-Zusammenarbeit schließt. Jetzt ist für die EU die Zeit gekommen, den Blick nach außen und nach vorn zu richten. Der schwedische Ratsvorsitz ist bereit, die Vorarbeit für einen reibungslosen Übergang zu einem neuen Vertrag zu leisten, vorausgesetzt, alle Mitgliedstaaten haben den Vertrag ratifiziert. Lassen Sie uns hoffen, dass dies in den kommenden Monaten der Fall sein wird.

Internationale Kriminalität nimmt stark zu. Kriminelle Netzwerke sind nicht mehr auf nationale Grenzen beschränkt. Wir erleben, dass Drogen- und Menschenhandel sich ausbreitet. Dies ist eine Bedrohung unserer demokratischen Werte und unserer Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig zählt es in unserer Gemeinschaft zu den Grundrechten, ungehindert Grenzen zu überschreiten, um in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu studieren, zu arbeiten oder zu leben. Neue Zeiten erfordern jedoch neue Antworten. Infolgedessen werden wir im Herbst in diesem Bereich ein neues Programm, dem wir den Namen Stockholm-Programm geben, ausarbeiten. Das Stockholm-Programm wird die Instrumente zur Schaffung von Sicherheit in der EU und die im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und Terrorismus eingesetzt werden, schärfen.

Gleichzeitig werden wir eine größere Ausgewogenheit zwischen diesen Instrumenten und den Maßnahmen zur Gewährleistung von Rechtssicherheit und zum Schutz der Rechte des Einzelnen schaffen. Wir werden auch dafür sorgen, dass alle Asylsuchende in der EU ein bestimmtes einheitliches Rechtssystem antreffen, mit größerer Übereinstimmung bei der Aufnahme, der Prüfung der jeweiligen Asylanträge und der Rückführungspolitik

Viele Menschen träumen von einer Zukunft in Europa. Zur gleichen Zeit wird die Bevölkerung Europas immer älter. Ein flexibles System der Arbeitsmigration könnte diese beiden Tatsachen zusammenführen.

Herr Präsident, geschätzte Mitglieder! Vor etwas mehr als 50 Jahren legten sechs Länder den Grundstein für die europäische Zusammenarbeit. Heute sind wir 27 Länder. Wir haben an Stärke und Einfluss und an Wohlstand und Vielfalt dazugewonnen. Europa wurde bereichert. Wir sind daher besser ausgestattet, um sowohl die Möglichkeiten der Globalisierung auszuschöpfen als auch den damit verbundenen Herausforderungen entgegenzutreten. Gemeinsam sind wir stark.

Wir sprechen über Mitgliedschafts-„Verhandlungen“. Letztendlich bedeutet Mitgliedschaft jedoch das Teilen gemeinsamer Werte und das Befolgen gemeinsamer Bestimmungen. Darüber wird derzeit bei all jenen

nachgedacht, die von Reykjavík bis Ankara über den Westlichen Balkan draußen bleiben. Die beiden Regierungschefs auf Zypern stehen vor der historischen Gelegenheit, einer Lösung zuzustimmen, mit der die zu lange geteilte Insel wieder vereint würde.

Für die Betroffenen, es kann versucht werden, den Beitrittsprozess dazu zu nutzen, langwierige Streitigkeiten zu schlichten. Wir müssen dann Lösungen finden, die beiden Seiten zugute kommen und den Weg nach vorne ebnen. Andernfalls setzen wir unseren Fortschritt in Richtung fortwährender europäischer Integration aufs Spiel. Der schwedische Ratsvorsitz wird entsprechend den von der EU eingegangenen Verpflichtungen und ausschließlich auf der Grundlage der anwendbaren Kriterien den Erweiterungsprozess vorantreiben. Wir werden wie ein „ehrlicher Vermittler“ handeln.

Herr Präsident, geschätzte Mitglieder! Mit Stärke und Einfluss ist eine internationale Verantwortung verbunden, die wir nach wie vor auf uns zu nehmen versuchen. Sie geht mit der Pflicht einher, diese Verantwortung im besten Interesse eines Jeden einzusetzen. Die EU muss sich für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Es ist unsere Verantwortung, die ärmsten und gefährdetsten Länder der Welt zu unterstützen, eine Verantwortung, die sich an den Millenniumsentwicklungszielen der UNO messen muss. Wir haben auch eine Verantwortung, die Arbeit der UNO in anderen Bereichen zu unterstützen, um zusammen mit unseren strategischen Partnern zu arbeiten und uns in den Krisenherden der Welt einzusetzen, egal ob es dabei um den Friedensprozess im Nahen Osten, im Iran, in Afghanistan, Pakistan, Nordkorea oder die großen Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent handelt.

Wir haben jedoch auch eine Verantwortung bei regionalen Initiativen wie beispielsweise der Mittelmeer-Union und der Östlichen Partnerschaft, die sich für Stabilität und Zusammenarbeit zwischen benachbarten Ländern mit unterschiedlichen Verhältnissen einsetzen.

Ich bin ganz besonders dankbar für die Führungsrolle des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit im Ostseeraum. Bereits im Jahr 2005 legte das Parlament einen Strategieentwurf für diese Region vor. Wir hoffen jetzt, dass diese Initiative durch die Annahme der Ostseestrategie anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates im Oktober gekrönt werden kann.

Der Balkankonflikt in den 90er Jahren war der Ausgangspunkt für die Einsätze der EU als Krisenmanager. Die Zahl der Einsätze steigt derzeit beständig. Heute setzt sich die EU weltweit in etwa 10 Krisenherden ein.

Gegenwärtig klopfen die Probleme der Welt an die Tür der EU. Weltweit und nicht zuletzt in den Regionen, die uns am nächsten sind, ist die Hoffnung vieler Menschen bezüglich ihrer eigenen Entwicklung mit unserer Zusammenarbeit verbunden. Lassen Sie uns gemeinsam deren Erwartungen erfüllen.

(Beifall)

Herr Präsident, geschätzte Mitglieder! Dass unser Kontinent heute in Frieden und Wohlstand, Freiheit und Stabilität lebt, verdanken wir der europäischen Zusammenarbeit. Wir haben offene Grenzen und ein Sozialmodell, das Marktwirtschaft mit gegenseitiger Rücksichtnahme kombiniert. Das ist unser gemeinsames Europa. Unsere Bürgerinnen und Bürger möchten jedoch auch erfahren, dass Europa von Ideen für die Zukunft getragen wird und dass unsere Zusammenarbeit nicht nur einen historischen Zweck verfolgt, sondern zukunftsweisend ist. Aus diesem Grund haben wir, als deren gewählte Vertreter, die Verantwortung zu sagen, was wir mit Europa planen. Lassen Sie mich Ihnen erläutern, wie ich die Zukunft Europas sehe.

Ich möchte ein Europa sehen, das sich international tatkräftig für Demokratie, Frieden, Freiheit und Menschenrechte einsetzt und sich auf der Bühne der Außenpolitik traut, seine Rolle zu spielen. Denn es gibt all jene unter uns, die erfahren haben, was es heißt, ohne Demokratie und Freiheit zu leben und das verleiht uns die Glaubwürdigkeit zu handeln.

Ich möchte ein Europa sehen, das im Kampf gegen den Klimawandel die Führung übernimmt, das der Versuchung widersteht, mit einer Industrie zu konkurrieren, die nicht für die Emissionen zahlt, die unser Klima vernichten und das Anreize für eine lohnende grüne Technologie schafft, sodass unsere Kinder und unsere Enkel die Natur noch so erleben, wie wir sie kennen.

Ich möchte ein Europa sehen, das Verantwortung für die Wirtschaft übernimmt. „Leihen zum Ausgeben“ kann nicht das einzige Motto sein. Genauso wenig kann es sein, dass „Gewinne privat und Verluste national“ sind. Lassen Sie uns unsere öffentlichen Finanzen wieder aufbauen, gesunde Finanzmärkte regulieren und Wirtschaftsreformen bewirken, die wir einerseits für das Wachstum und andererseits für eine Industrie benötigen, die auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben soll.

Ich möchte ein Europa sehen, das sein Sozialmodell weiter ausbaut, ein Europa, das gut funktionierende Wohlfahrtssysteme mit Wachstum kombiniert, mit sozialer Kohäsion, ein Europa, dass durch Arbeit, Unternehmungsgeist und gesunde öffentliche Finanzen Raum schafft für die Beibehaltung und Entwicklung unserer Wohlfahrtsmodelle im Interesse all unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ich möchte ein Europa sehen, das sich nicht durch kurzfristige Protektionismus-Kreuzzüge verführen lässt, ein Europa, das den Binnenmarkt, das Fundament unserer EU-Zusammenarbeit, schützt und das den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen über unsere Grenzen zulässt, zu unserem Wohl und zum Wohl der ganzen Welt.

Ich möchte ein Europa sehen, das Demut angesichts der großen Ungerechtigkeiten empfindet, das offen für die Argumente anderer ist und das einen starken Kompromisswillen zeigt, alles in unserem gemeinsamen Interesse. Ein derartiges Europa ist ein starkes Europa sowohl in guten als auch in schlechten Zeiten.

(Beifall)

Herr Präsident, geschätzte Mitglieder! Es ist mir eine Ehre, hier vor Ihnen zu stehen und die europäische Demokratie zu vertreten. Viele haben mir gesagt, dass dies wohl der schwerste Ratsvorsitz seit Jahren sei. Es gibt viele Herausforderungen und wir müssen für das Unerwartete gewappnet sein. Viele fragen sich, ob ein Land mit der Größe Schwedens in der Lage ist, diese Verantwortung zu meistern. Alleine nicht - wohl aber gemeinsam. Lassen Sie es uns mit Weitsicht und Dynamik, mit Entschlusskraft und Mut in Angriff nehmen. Europa braucht das. Die Bürgerinnen und Bürger Europas brauchen das. Beim europäischen Projekt geht es um den Traum, die Probleme der Menschen gemeinsam zu lösen. Dieser Traum stärkt Europa. Dieses Jahr 2009 ist ein schicksalsschweres Jahr für die europäische Zusammenarbeit. Wir haben die Möglichkeit, den nächsten Schritt zu setzen. Der schwedische Ratsvorsitz ist bereit, die Herausforderung anzunehmen. Lassen Sie sie es uns gemeinsam auf uns nehmen!

(Lauter Beifall)

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident! Dies sind keine gewöhnlichen Zeiten und dies wird keiner normaler Ratsvorsitz. Zur üblichen legislativen Arbeit wird der schwedische Ratsvorsitz sich vielfältigen hochpolitischen Herausforderungen stellen müssen und niemand ist besser geeignet, diese Herausforderungen zu bewältigen als Premierminister Reinfeldt und das schwedische Präsidenschaftsteam.

Ich möchte heute zwei der größten politischen Herausforderungen hervorheben, denen sich die Europäische Union in den kommenden sechs Monaten stellen muss: Sie muss mit der Wirtschaftskrise fertig werden und ein ehrgeiziges internationales Abkommen über den Klimawandel in Kopenhagen aushandeln.

Die schlimmste Wirtschafts- und Finanzkrise seit Menschengedenken hat insbesondere wegen der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit weiterhin verheerende Folgen in unseren Gemeinschaften und Familien. Die Wirtschaft wieder auf den richtigen Weg zu bringen, steht weiterhin an erster Stelle der Prioritätenskala. Die gemeinsamen Maßnahmen der Europäischen Union haben einen beispiellosen Finanzaufwand zur Folge gehabt, der konkrete Ergebnisse zeigt.

Wir haben auch Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten gezeigt, indem wir beispielsweise die Obergrenze der Zahlungsbilanzunterstützung für Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören auf 50 Milliarden EUR verdoppelten. Wir müssen jetzt das Konjunkturpaket in seiner Gesamtheit umsetzen und gewährleisten, dass es zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Förderung der Wirtschaftstätigkeit vor Ort führt. -

Meines Erachtens ist es unerlässlich, den Maßnahmen zur Begrenzung der Arbeitslosigkeit Priorität einzuräumen und den Menschen wieder Arbeit zu geben. Wir können hierbei auf dem Resultat des Beschäftigungsgipfels aufbauen, der im Mai zusammen mit dem tschechischen, schwedischen und spanischen Ratsvorsitz im Rahmen einer Kommissioninitiative stattfand. Wir müssen die gemeinsamen Verpflichtungen den Jugendlichen und Arbeitslosen gegenüber in die Praxis umsetzen.

Natürlich tragen die Mitgliedstaaten die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik. Wir können und sollten aber auf bestehende europäische Instrumente zurückgreifen, um die Mitgliedstaaten in ihrem Bestreben zu unterstützen, die Beschäftigung der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und sie für künftige Jobs auszubilden. Aus diesem Grund bereitet die Europäische Kommission derzeit einen Vorschlag zur Vereinfachung der Strukturfondsverfahren und zum Verzicht auf die erforderliche nationale Kofinanzierung des Europäischen Sozialfonds für das Jahr 2009 und 2010 vor. Wir werden auch Mittel umschichten, mit denen neue

Mikrokredite für Beschäftigung und soziale Eingliederung finanziert werden sollen. Ich hoffe, dass dieses Parlament diese Vorschläge unterstützen wird.

Die Vorschläge der Kommission, die auf dem de Larosière-Bericht aufbauen, den ich vergangenen Oktober in Auftrag gab, werden die Grundlage für eine verstärkte Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte darstellen. Mit den bereits bestehenden Vorschlägen, von denen eine Reihe bereits von diesem Parlament und dem Rat verabschiedet wurden und den Vorschlägen, die sich noch im Entscheidungsprozess befinden, übernehmen wir die weltweite Führung bei der Reform des internationalen Finanzsystems. Und das werden wir auch weiterhin, dessen bin ich mir sicher, anlässlich des G20-Gipfels in Pittsburgh im September tun.-

Zum Aufbau einer neuen Wirtschaft ist es unerlässlich, all diese Dossiers in den kommenden sechs Monaten voranzutreiben, denn - wir wollen ja keine Fehler begehen - die Wirtschaft nach der Krise kann und wird nicht die gleiche wie die Wirtschaft vor der Krise sein.--

Wir müssen unser Wirtschaftsmodell wieder aufbauen und die Werte wieder ins Zentrum unserer sozialen Marktwirtschaft rücken, wo sie hingehören. Wir müssen eine Wirtschaft und eine Gesellschaft aufbauen, die auf Möglichkeiten, Verantwortung und Solidarität beruhen, eine Wirtschaft, die neue Wachstumsquellen erschafft, weil wir nicht für immer auf finanzielle und steuerliche Anreize angewiesen sein können; ein Europa der offenen und gut funktionierenden Märkte; ein Europa des klugen, umweltfreundlichen Wachstums; ein Europa mit wirksamerer Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte; ein Europa, das seinen Binnenmarkt vertieft und sein Potenzial voll ausschöpft; ein Europa, das den Fragmentierungs- oder Protektionismustrends widersteht.

Angeichts des Klimawandels ist Europa bereits die erste Region der Welt, die weitreichende, rechtskräftige Klima- und Energieziele umsetzt. Ich bin stolz auf die Zusammenarbeit der Kommission mit dem vorherigen Parlament und Rat zur Verabschiedung dieses Gesetzes und ich möchte auch mit Ihnen und dem Ratsvorsitz im Vorfeld von Kopenhagen eng zusammenarbeiten.--

Vorige Woche wurde unsere Führungsrolle anlässlich des G8-Treffens in L'Aquila und in den wichtigsten Wirtschaftsforen sehr geschätzt. Sie werden bereits von den Fortschritten gehört haben, die bei diesen Treffen erzielt wurden. Zum ersten Mal verpflichteten sich alle Teilnehmer, basierend auf der Klimawissenschaft, dass der Temperaturanstieg auf 2 °C begrenzt werden soll. Das ist sicherlich ein willkommener Schritt nach vorne, wir sollten uns aber keine Illusionen machen: Andere passen sich noch nicht unserem Engagement und unseren Zusagen an. Europa ist dem Rest der Welt ein gutes Stück voraus und ehrlich gesagt, beunruhigt mich das 145 Tage vor Kopenhagen.

In den kommenden Wochen werden wir unsere Arbeit mit den internationalen Partnern beschleunigen, um eindeutige Vereinbarungen in Kopenhagen zu gewährleisten. Wir müssen auch Fortschritte bei den Mitteln machen, die notwendig sind, um die Entwicklungsländer zu unterstützen und den Technologietransfer anzukurbeln. Im September legt die Kommission ihre Finanzierungsvorschläge vor, sodass wir einen europäischen Konsens erarbeiten und mit anderen verhandeln können.

Die Agenda des Klimawandels ist natürlich eng an andere Prioritäten geknüpft: Energiesicherheit. Heute wird die Kommission Vorschläge zur Bekräftigung unserer Vorschriften für Gaslieferungen und der Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten verabschieden, die, darauf vertraue ich, der schwedische Ratsvorsitz mit Ihrer Unterstützung weiter vorantreiben wird.

Dies sind die vorrangigen Prioritäten - und zu Recht. In den kommenden sechs Monaten gibt es aber noch eine Vielzahl anderer wichtiger Arbeiten zu erledigen. Lassen Sie mich das Stockholm-Programm hervorheben. Hier hat die Kommission vor Kurzem eine ehrgeizige Vision eingebracht, die den Bürger ins Zentrum unserer Justiz, Freiheit und Sicherheitspolitik, Sicherheitsanforderungen zum Schutz der Bürgerrechte und der Grundrechte rückt.

In diesem Jahrzehnt war die Europäische Union überwiegend mit internen institutionellen Debatten beschäftigt. Änderungen unseres leitenden Vertrags sind unerlässlich, um der erweiterten Europäischen Union die Instrumente für demokratisches und effizientes Handeln zukommen zu lassen. Ich hoffe, dass die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in den kommenden Monaten erfolgt, damit wir dessen Bestimmungen umsetzen und mit der gerade umrissenen politischen Agenda fortfahren können.

Es ist wichtig, über Vorgehensweisen zu diskutieren, meiner Meinung nach ist es aber wichtiger, über Inhalte zu diskutieren. Sowohl der schwedische als auch der darauf folgende spanische Ratsvorsitz müssen - hoffentlich - einen komplexen Übergang zum neuen Vertrag beaufsichtigen, in der Kommission und Parlament eine entscheidende Rolle zu spielen haben.

Die Europäische Union hat sich unentwegt neu erfunden, ausgehend von der ursprünglichen Berufung, einen kriegsversehrten Kontinent zu heilen, einen Binnenmarkt zu schaffen bis hin zur Wiedervereinigung Europas. Im Laufe dieser vergangenen 50 Jahre hat Europa beständig die Erwartungen übertroffen und Zweifel widerlegt. Ich bin sicher, dass wir auch an den neuen Herausforderungen wachsen werden und das Fundament für eine kluge, umweltfreundliche und zukunftsorientierte Wirtschaft legen. Wenn wir die wichtigste Lektion eines halben Jahrhunderts europäischer Integration respektieren, werden wir es schaffen: Die Europäische Union schreitet voran, wenn jeder einzelne Mitspieler in einem Geist der Offenheit, des Vertrauens und der Partnerschaft mitwirkt. Das Programm des schwedischen Ratsvorsitzes erkennt dies an: Die Europäische Kommission ist bereit, ihre Rolle zu erfüllen und ich bin sicher, auch das Parlament.-

(Beifall)

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident! Normalerweise richte ich mich nicht an Sie, heute werde ich Ihnen aber erstmals eine Minute widmen.

Zuerst, Herr Buzek, begrüße ich Sie als einen Mann des Widerstands und als einen der Gründer von *Solidarność*, als Mann aus Schlesien, der nie seine Wurzeln, seine Geschichte oder seine Werte vergaß. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) ist stolz, dass es ihr gelungen ist, die große Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments gleich welcher politischen Ausrichtung - Herrn Schulz einschließlich - davon zu überzeugen, Sie zum Sprecher von 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern zu ernennen. Ja, Herr Präsident! Ihre Wahl ist das Symbol dieses offenen Europas, dieses toleranten Europas, dieses von der EVP-Fraktion und der Mehrheit der hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen vertretenen Europas.

Herr Ratspräsident, Herr Kommissionspräsident! Von Ihnen erwarten wir, dass Sie die Tat zum zentralen Thema des schwedischen Ratsvorsitzes in den kommenden sechs Monaten machen werden, das heißt, angesichts der doppelten Herausforderung des Wirtschafts- und Klimawandels sind wir der Auffassung, dass wir mehr und schneller handeln müssen, um die Krise zu bewältigen, indem wir das Modell unserer sozialen Marktwirtschaft vollständig einsetzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir durch die Vitalität der Wirtschaft und allein durch sie in der Lage sein werden, die wahre Sozialpolitik durchzuführen, die wir brauchen.

Wenn wir einen Aufschwung haben möchten der von Europa und nicht von Asien ausgeht, wie vorausgesagt, dann müssen wir unbedingt die Dinge ab sofort beschleunigen. Wenn die Krise endet, sind die Gewinner diejenigen, die auf Innovation, auf Weiterbildung, kurzum auf Taten gesetzt haben.

In dieser Hinsicht schlägt die EVP-Fraktion unter anderem vor, die Unterstützung für die Klein- und Mittelbetriebe, dem Schlüssel zur Beibehaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, zu erhöhen. Darüber hinaus bedarf die Wirtschaftskrise - und ich betone diesen Punkt nachdrücklich - keiner nationalen Antwort sondern einer europäischen. Überdies sind unsere Mitbürger davon überzeugt. Dafür braucht man sich nur die Meinungsumfragen in den verschiedenen Ländern anzuschauen: mehr als 66 % der Deutschen und über 70 % der Europäer sind davon überzeugt.

Zusätzliches und schnelleres Handeln Herr Reinfeldt, Herr Barroso, das erwartet die EVP-Fraktion von Ihnen im Kampf gegen die globale Erwärmung. Das ist die Verantwortung Europas unter Ihrer Führung, die Welt bei diesen Handlungen zu führen, die jeder hier als dringlich und vorrangig einstuft. Es gibt wohl kaum eine passendere Gelegenheit zu handeln und Dinge zu beschleunigen, als die Klimakonferenz, die im Dezember in Kopenhagen stattfindet, in anderen Worten, auf unserem eigenen Grundgebiet!

In der Frage des Klimawandels hat Europa ohne den geringsten Zweifel bewiesen, dass es in der Lage ist, Maßnahmen zu ergreifen, wenn es möchte. Daraus muss jetzt Nutzen gezogen werden, indem die anderen Weltmächte gezwungen werden, sich uns anzuschließen. Ich denke dabei an die Vereinigten Staaten, die jetzt ihre Worte in Taten umsetzen müssen, ich denke aber auch an die Schwellenländer, sei es China, Indien oder Brasilien, die nicht länger darüber hinwegsehen können, dass sie stark für die Erderwärmung verantwortlich sind. Wir werden daher den schwedischen Ratsvorsitz nach der Umsetzung der Maßnahmen zur Bewältigung der Krise und im Licht der Ergebnisse in puncto Umwelt beurteilen.

Abschließend möchte ich noch hinzufügen, dass Europa über die geeigneten Institutionen verfügen muss, um an diesen beiden Fronten überzeugend und entschlossen zu agieren. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass es mit demselben Vertrag und demselben überholten Prinzip der Einstimmigkeit möglich war, mit Europa Fortschritte zu erzielen, dass es auf der anderen Seite aber auch möglich war, in eine Sackgasse zu geraten. Das ist eine Frage des politischen Willens, Herr Reinfeldt, Herr Barroso. Beschleunigen Sie die Dinge: darum bittet die EVP-Fraktion Sie in den kommenden sechs Monaten und wir haben Vertrauen in den

schwedischen Ratsvorsitz. Beschleunigen Sie die Dinge: darum baten Sie die Europäerinnen und Europäer bei ihrer Wahl zu diesem Parlament und das müssen wir ihnen in nur fünf Jahren geben, wenn wir wollen, dass sie zahlreicher zu den Wahlurnen gehen.

(Beifall)

Martin Schulz, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Ministerpräsident Reinfeldt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die schwedische Präsidentschaft fällt in eine Zeit des institutionellen Neustarts. Nicht nur dieses Parlament startet neu, Europa ist in einer Zeit des Wechsels zwischen dem Vertrag von Nizza und dem Vertrag von Lissabon. Und das ist – wie wir alle wissen – eine Zeit der Ungewissheit, in der wir aber trotz allem Klarheiten über die wirtschaftspolitischen, die finanzpolitischen, die arbeitsmarktpolitischen und die klimapolitischen Weichenstellungen in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten brauchen.

Dazu haben Sie Ausführungen gemacht, von denen ich viele richtig finde. Natürlich ist der Klimawandel das Thema Nummer eins, und Sie haben ihn an die richtige Stelle gesetzt. Und natürlich ist es so, dass die Jobkrise einer unmittelbaren und aktuellen Lösung bedarf. Deshalb ist die Forderung, die wir an Sie stellen, dass Sie in Ihrer Präsidentschaft die Mitgliedstaaten animieren, die Investitionspläne, die Wiederbelebungspläne für die Wirtschaft ernster zu nehmen, als dies derzeit der Fall ist.

Was wir brauchen, ist vor allen Dingen die Sicherung von Arbeit – jetzt, nicht erst im nächsten Jahr, denn die Bedrohung für die Arbeitsplätze ist jetzt vorhanden. Beschäftigungssicherung ist für die innere Stabilität der Gesellschaften das A und O. Deshalb erwarten wir von Ihnen, dass Sie Jobs und Jobsicherung in welcher Form auch immer, z. B. über die Kombination von Umweltschutz- und Industriepolitik – das ist sehr, sehr intelligent –, an die allererste Stelle setzen.

Wenn wir von Jobsicherung sprechen, dann will ich Ihnen Folgendes sagen, Herr Reinfeldt: Was die Jobs in Europa stark gefährdet und was den sozialen Zusammenhalt noch stärker gefährdet, ist die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Sie kommen, wie Sie eben gesagt haben, viel herum in Schweden und in Europa. Wir auch. Und was wir von den Bürgerinnen und Bürgern hören, ist: Wir wollen kein Europa der ambulanten Lohndumping-Unternehmen. Deshalb brauchen wir Initiativen der Europäischen Union!

(Beifall)

Wir brauchen diese Initiativen in der Konsequenz aus den Urteilen des EuGH in den Rechtssachen Laval, Viking, Rüffert, Luxemburg. Das sind Maßnahmen, die Sie – gerade Sie, weil Schweden von dieser falschen Politik, dieser falschen Rechtsprechung betroffen ist – in Ihrer Präsidentschaft anpacken müssen.

Anpacken müssen Sie auch eine andere institutionelle Frage, nämlich die Frage, wie die nächste Kommission bestellt wird. Da muss ich Ihnen sagen, da habe ich nicht nur bei Ihnen, sondern bei all Ihren Kolleginnen und Kollegen im Rat ein bisschen das Gefühl, dass dieser institutionelle Neustart und die Ungewissheit, auf welcher Vertragsgrundlage wir eigentlich handeln, allgemein Platz gegriffen hat, dass niemand so recht weiß, in welchem Film er eigentlich ist. Das ist ein bisschen wie bei Astrid Lindgren in der Villa Kunterbunt von Pippi Langstrumpf. Ich mach' mir die Welt, so wie sie mir gefällt. Wunderschön!

Wenn wir den Kommissionspräsidenten auf der Grundlage des Vertrags von Nizza benennen, haben wir 20 Kommissare. Dann will ich wissen, welches Land keinen Kommissar bekommt! Da sagt der Rat natürlich: Nein, dieses Blutbad hinter verschlossenen Türen wollen wir gar nicht anfangen. Also haben wir eine wunderbare Lösung: Wir nominieren ihn einmal auf der Grundlage des Vertrags von Nizza, es dauert ja ein paar Monate, bis die Kommission zusammengestellt ist, bis dahin haben die Iren abgestimmt, wir haben den Vertrag von Lissabon und dann stimmen wir über den Rest auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon ab. Schön!

Wir sind eine Rechtsgemeinschaft – das habe ich wenigstens bisher geglaubt –, in der die Grundlage das geltende Recht ist. Das geltende Recht ist der Vertrag von Nizza. Übrigens gibt es jemanden, der als Hüter der Verträge als allererstes klären müsste, auf welcher Rechtsgrundlage gehandelt wird. Das ist der Präsident der Kommission. Von dem habe ich überhaupt keinen Ton zu dieser Frage gehört!

Deshalb will ich hier ganz klar sagen, was wir erwarten. Ich hatte Ihnen vorgeschlagen, Herr Ministerpräsident Reinfeldt, den Formalisierungsbeschluss nicht sofort zu fassen, sondern zunächst einmal Ihren Kandidaten ins Parlament zu schicken, damit er hier sagen kann, was er tun will zur Wiederbelebung der Wirtschaft, zur Jobsicherung, zur Bekämpfung des Klimawandels, für einen Beschäftigungspakt, für eine Initiative für eine Richtlinie für öffentliche Dienstleistungen, für eine Initiative zur Verbesserung der Entsenderrichtlinie, für

eine Garantie zwischen Kommission und Europäischem Parlament über die Evaluierung der sozialen Folgen der Initiativen der Kommission. Das hätten wir alles gerne schon seit Wochen mit dem Kandidaten diskutiert, um dann zu sehen, ob er auf der Grundlage seiner Angebote eine Mehrheit in diesem Haus findet. Und dann hätte man über eine Formalisierung entscheiden können.

Sie sind jetzt den anderen Weg gegangen. Sie haben gesagt: Nein, wir fassen erst den Formalisierungsbeschluss und dann schicken wir den Kandidaten. Ich fürchte, das war erneut ein Fehler, und ich fürchte, dieser Kandidat hat, wenn er sich nicht sehr anstrengt, keine Mehrheit in diesem Haus.

(Beifall)

Ich will das in aller Klarheit sagen, damit der größte Streitpunkt, den es wahrscheinlich in Ihrer Präsidentschaft gibt, gleich zu Beginn zwischen uns klar ist. Wir erwarten institutionelle Klarheit, wir erwarten sozialpolitisches Engagement, und ich glaube, bei der Klimapolitik werden wir Ihnen folgen.

Herr Präsident, als Geschenk an Sie: Ich habe die Redezeit genau eingehalten, Sie werden sehen, in ganz wenigen Sekunden sind meine sechs Minuten um, Sie brauchen mich nicht zu rügen, ich wusste, dass Sie sich das vorgenommen haben, das wollte ich Ihnen nicht schenken!

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident! Zuerst möchte ich Herrn Reinfeldt sagen, dass die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa die Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes im vollen Umfang unterstützt, das heißt, die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, mit dessen rascher und ungekürzter Umsetzung wir natürlich rechnen; die Vorbereitung des Klimagipfels in Kopenhagen, von dem bereits die Rede war und der zu den Prioritäten zählt, die wir uneingeschränkt unterstützen; und zuletzt die Stockholm-Agenda.

Darüber hinaus und jetzt komme ich zum Thema meiner Rede, Herr Reinfeldt, möchte ich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der in jeder Rede in diesem Haus angesprochen wird - die Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise - um Ihnen zu sagen, dass Sie die Führung des Europäischen Rats zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt übernehmen. Es ist gut, dass Schweden derzeit den Vorsitz des Rats innehat, denn Sie verfügen über spezifische Erfahrungen in diesem Bereich. In den 90er Jahren erlebte Schweden genau die gleiche Wirtschaftskrise, die wir heute europaweit und weltweit durchleben. Sie erlebten eine Krise im Immobiliensektor. In den 90er Jahren erlebten Sie auch eine Finanzkrise und sie lösten all diese Probleme, indem Sie die Probleme im Finanzsektor direkt angingen.

Die Botschaft, die ich an Sie richte ist die, dass Sie heute auf europäischer Ebene genauso handeln müssen, denn gerade dort liegt die Schwachstelle. Wir versuchen, die Wirtschafts- und Finanzkrise mit 27 verschiedenen Vorgehensweisen in den einzelnen Ländern zu bekämpfen und das wird nie gelingen.

Wir erwarten von Ihnen, Herr Reinfeldt, Ihre in Schweden gesammelten Erfahrungen einzusetzen, weil sie im Gegensatz zu Japan, das wirtschaftlich lange Zeit stagnierte, erfolgreich waren. Schweden gelang der Weg aus der Krise, weil Sie unverzüglich die Probleme im Finanzsektor in Angriff nahmen, eine Vorgehensweise, die bisher in Europa noch nicht stattfindet. Großbritannien ist der Ansicht, die Banken verstaatlichen zu können, während andere Länder, insbesondere Frankreich, denkt, sie rekapitalisieren zu können. In Deutschland ist man dabei, „Bad Banks“ zu schaffen; in den Benelux-Staaten wird gleichzeitig ein bisschen von allem unternommen. Es gibt also keine gemeinsame Vorgehensweise. In den Vereinigten Staaten werden die Banken stabilisiert und die toxischen Produkte entfernt, während wir weiterhin Probleme haben.

Meine Bitte an Sie ist deshalb, aus Ihren Erfahrungen Nutzen zu ziehen und einen einheitlichen Rettungsplan für den Finanzsektor Europas vorzulegen, der die Grundlage des Wirtschaftsaufschwungs verkörpert. Ansonsten wird es keinen Wirtschaftsaufschwung geben; die Banken werden nicht wieder damit beginnen, Geld zu verleihen und so weiter. Dem muss oberste Priorität eingeräumt werden.

on behalf of the ALDE Group. – Der zweite Punkt ist unsere Hoffnung, dass Sie zusammen mit der Kommission auch in der Lage sind, ein neues Konjunkturprogramm vorzulegen, da 27 verschiedene Konjunkturprogramme in den kommenden Jahren nicht zu den notwendigen Ergebnissen führen werden. Es ist unumgänglich, dass der Rat und die Kommission hier gemeinsam die Führung übernehmen. Ich weiß, dass wir jetzt 27 nationale Konjunkturprogramme haben und ich erkenne auch eine Reihe protektionistischer Maßnahmen in diesen nationalen Programmen. Es liegt in Ihren Händen, Herr Reinfeldt, Ihre Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass die in Zusammenarbeit mit der Kommission zu verwirklichende Entwicklung eines einheitlichen Konjunkturprogramms und die Investitionen in nachhaltige Energien sowie in die New Economy, die bessere Vorgehensweise ist.

Ich bin der Überzeugung, dass Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen in den 90er Jahren in Schweden, der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt sind, der das in Angriff nimmt, was wir bisher versäumt haben: eine gemeinschaftliche Strategie der Europäischen Union zur Bekämpfung dieser Wirtschafts- und Finanzkrise zu entwickeln.

(Beifall)

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (DE) Herr Präsident, Herr Reinfeldt, Herr Barroso! Mein Kollege Martin Schulz hat zu den institutionellen Bedenken, die meine Fraktion seit geraumer Zeit angesichts der bevorstehenden Wahl des Kommissionspräsidenten hat, alles gesagt, was zu sagen ist. Wir sind uns einig. Wir wollen die gesamte Kommission und das gesamte Spitzenpersonal der Europäischen Union nach den Bedingungen des Lissabon-Vertrages wählen. Wir gehen davon auch keinen Millimeter ab. Allerdings, Herr Barroso, möchte ich dann die Gelegenheit nutzen, politisch zu begründen, warum meine Fraktion Zweifel hat und nicht glaubt, dass wir Ihnen das politisch zutrauen können, was wir in der aktuellen Situation in Europa für nötig halten.

Nehmen wir alleine die oft beschworene Notwendigkeit der Neuregulierung der Finanzmärkte! Wir hatten G8-Gipfel, G20-Gipfel, erweiterte G8-Gipfel, europäische Gipfel. Wie weit sind wir gekommen? Wenn man sich das Bild heute ansieht und einen Vergleich mit dem allen bekannten Monopoly-Spiel anstellt, dann sind die Banken wieder aufgestellt, sie sind einmal über „Los“ gegangen, sie sind nicht ins Gefängnis gegangen, sie haben unter öffentlichem Applaus Hunderte von Milliarden eingezogen und das Spiel schlicht und ergreifend neu eröffnet. Ich halte es nicht für Katastrophismus, wenn Leute sagen, so wird der nächste Crash vorprogrammiert. Herr Barroso, wo war Ihre konsequente Intervention? Wo sind Ihre echten Ergebnisse? Wir können sie nicht erkennen!

(Beifall)

Klimapolitik: Sie wissen, dass wir Grünen in unserer gesamten europäischen Kampagne für den *Green New Deal* angetreten sind. Wir sind wirklich felsenfest davon überzeugt, dass es völlig falsch ist, das zu tun, was Sie in den vergangenen fünf Jahren immer wieder getan haben, Herr Barroso, nämlich Wirtschaftsstrategien gegen Umwelt- und Klimastrategien auszuspielen. Wir glauben, dass das wirklich von gestern ist, dass es damit vorbei sein muss. Man muss wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig denken, man muss Klimaschutzziele und Umweltziele in Einklang bringen! Das nützt der Wirtschaft, das schafft Hunderttausende oder gar Millionen von Jobs. Andris Piebalgs hat das für den Energiesektor in den letzten Monaten nochmals mit einer Studie untermauert. Wir sehen Sie, Herr Barroso, mit den Erfahrungen, die wir gemacht haben, nicht in der Lage, diesen *Green New Deal* darzustellen.

Ich kann eigentlich nur zusammenfassend feststellen, dass die Europäer in den letzten Monaten auf den internationalen Bühnen in Sachen Klimaschutz durch ihre neue Zögerlichkeit – wie weit wollen wir wirklich gehen mit den Reduktionszielen? – und, das gilt leider auch schon für die Schweden, durch neuen Geiz gegläntzt haben. Die Ausstattung des Internationalen Klimaschutzfonds für die ärmeren Länder ist wirklich ganz, ganz schlecht gelaufen. Dass es nach wie vor ein Geheimnis ist, dass die Schweden zugunsten dieses Klimaschutztopfes zum Beispiel Entwicklungstöpfe schröpfen wollen, das ist ein Nullsummenspiel und aus der Sicht der ärmeren Länder überhaupt nicht akzeptabel! Es muss schnell ein Ende haben mit diesem neuen Geiz und der neuen Zögerlichkeit der Europäischen Union!

(Beifall)

Herr Reinfeldt, abschließend kann ich etwas Positives sagen: Wir sind bereit, mit Ihnen über die Neudefinition der Lissabon-Strategie zu streiten und mit Ihnen daran zu arbeiten. Sie haben sich das bis zum Ende des Jahres vorgenommen. Wir machen da mit. Wir sind auch bei Ihnen, wenn Sie in der Europäischen Union mehr zu Osteuropa, zu Russland machen wollen, aber die Schwerpunktsetzung zugunsten einer echten Klimapolitik, die darf nicht nur in den Überschriften stimmen, die muss auch im Kleingedruckten des schwedischen Programms nachkorrigiert werden!

(Beifall)

Michał Tomasz Kamiński, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Herr Präsident! Zuerst möchte ich Ihnen zu Ihrer gestrigen Wahl, der Wahl eines hervorragenden Präsidenten, dem neuen Parlamentspräsidenten, herzlichst gratulieren. Dies tue ich, Herr Präsident, wie Sie sicher wissen, als polnischer Politiker, aber auch als Mensch. Sie wissen, dass ich es Ihnen verdanke, meine Frau kennengelernt zu haben und das zählt auch

heute noch zu den größten Errungenschaften meines Lebens. Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg bei Ihrer Aufgabe!

Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten hat Ihrer Rede, Herr Premierminister, genau zugehört und es freut mich, Ihnen sagen zu können, dass wir in vielerlei Hinsicht gleicher Meinung sind. Ich betrachte Ihre Ankündigung von aktiven Maßnahmen zur Bewältigung der Krise als außerordentlich wichtig. Die Wirtschaftskrise, die zu den schlimmsten Krisen zählt, die unsere Zivilisation seit den 30er Jahren erlebt, erzeugt europaweit - in ärmeren und reicheren Ländern, im Norden und im Süden - ungerechtfertigte Ängste. Ich freue mich über Ihre Ankündigung, die Krise zu bekämpfen und ich bin froh, dass Sie dort Prioritäten sehen, wo auch wir sie erkennen - zusätzliche Freiheit für die Märkte, weniger Vorschriften, größere wirtschaftliche Freiheit, eine weitere Öffnung des Freihandels. Das ist ein Rezept für das wirtschaftliche Wachstum unseres Kontinents, unserer Europäischen Union.

Herr Premierminister! Wir teilen auch Ihre Überzeugung, dass der Klimawandel eine wichtige Angelegenheit ist. Ich weiß, dass Sie kühne Ansichten zu diesem Thema haben und ich möchte Sie ermutigen, in diesem Bereich unerschrocken vorzugehen. Die Auswirkungen des Klimawandels lassen deutlich erkennen, dass wir nicht nur in einem geeinten Europa sondern in einer einheitlichen Welt mit Gefahren leben, die alle betreffen und mit denen man sich effektiv zu beschäftigen hat.

Ich bin auch froh, dass Sie die Bekämpfung der Kriminalität als großes Problem in der Europäischen Union angesprochen haben. Und da Schweden bereits großen Erfolg im Bereich der Kriminalromane hat, bin ich davon überzeugt, unter Ihrer Leitung auch Erfolg im Kampf gegen Kriminalität zu erzielen.

Es ist außerordentlich wichtig und ich bin erfreut darüber, dass sowohl Sie als auch Ihr Außenminister dies kürzlich andeuteten, dass Sie unsere Nachbarn sorgfältig beobachten wollen und dass dies, wie ich hoffe, als wohlwollende Meinung einer Erweiterung der EU anzusehen ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass es außerhalb der Grenzen der EU Länder gibt, die ein Anrecht darauf haben, Teil unserer Demokratie und unseres Wohlstands zu sein.

Leider gibt es aber auch einen Punkt, in dem meine Fraktion nicht mit Ihnen übereinstimmt. Das ist die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Sie sprachen über Demokratie im Zusammenhang mit dem Vertrag von Lissabon - und das war richtig. Wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass die Bürger Irlands den Vertrag von Lissabon in einem demokratischen Referendum ablehnten. Da wir die Demokratie achten, sollten wir auch die Entscheidung der Iren achten.

Premierminister! Ich hoffe, dass Ihre Prioritäten, die im Großen und Ganzen von der EKR-Fraktion geteilt werden, sich als eine Möglichkeit herausstellen, mit denen Sie die Europäische Union effizient leiten und die Krise, die derzeit unser größtes Problem darstellt, erfolgreich meistern können.

(Beifall)

Lothar Bisky, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (DE) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident Reinfeldt, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die schwedische Ratspräsidentschaft hat ein ambitioniertes Arbeitsprogramm vorgelegt. Dabei ist auch mehr Transparenz beabsichtigt. Transparenz sollte besonders auch für die Bewältigung der Krise gelten, in der wir leben.

Die Ursachen der Krise werden von vielen nur im fernen Amerika und bei einigen Bankern gesehen. Die sind gierig, wird gesagt. Die Regierungschefs der EU-Staaten scheinen nichts mit der Krise zu tun zu haben. Sie sind unschuldig. Wer sich in Unschuld badet, tut nichts zur Bewältigung der Krise! Ich glaube, zur Transparenz gehört auch, über die Fehler der Politik zu reden, die zur Krise beigetragen haben. Und dann natürlich auch über Banker. Transparenz ist angesagt im Kasino-Kapitalismus!

Wir sind gespannt auf die Ostseestrategie und ich würde dem Ratspräsidenten zustimmen, wenn er auf den Dialog mit Russland setzt. Wir wünschen uns die Unterstützung der Europäischen Union auch für die Absichten von Obama und Medwedjew bezüglich des Abbaus der Atomwaffen. Diese neue Chance zur Abrüstung sollte die Europäische Union nutzen.

Die schwedische Ratspräsidentschaft will die weitere Harmonisierung des Asylrechts. Zudem soll die Europäische Union für Arbeitsmigranten attraktiver werden. Die Asylpolitik soll eng mit der Entwicklungspolitik verknüpft werden. Gut, sagen wir, aber an den streng bewachten Außengrenzen der Europäischen Union, vor allem im Mittelmeer, sterben Jahr für Jahr Tausende Menschen auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung, vor Armut, Naturkatastrophen und Kriegen. Trotz kostspieliger Grenzkontroll-, Überwachungs- und Datenerfassungssysteme zur Abwehr illegaler Migration fordert die GUE/NGL einen

menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und Migranten sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik zur wirksamen Bekämpfung der Ursachen der Flucht.

Die schwedische Ratspräsidentschaft setzt auf inklusivere Arbeitsmärkte, um Vollbeschäftigung zu schaffen, und will deshalb Arbeitsmarktreformen und Maßnahmen zur Gleichbehandlung der Geschlechter anstoßen. Für ein Konzept für gute Arbeit, das Lohnsteigerungen unterstützt und in allen 27 Ländern den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführt, sind wir auch. Wir wollen, dass die EU die Zielvorgabe zum Niveau von Mindestlöhnen in Höhe von mindestens 60 % des nationalen Durchschnittslohns vereinbart, um Armut trotz Erwerbsarbeit zu verhindern.

Ich begrüße ausdrücklich, was Sie zu Zypern gesagt haben, und wünsche Ihnen bei der Umsetzung der ehrgeizigen Klimaziele viel Erfolg!

Francesco Enrico Speroni, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass der schwedische Ratsvorsitz Themen hervorhob, die unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, unsere Wählerschaft, betrifft, und zwar den Klimawandel, die Finanzkrise, die Sicherung der Arbeitsplätze und die Bekämpfung der Kriminalität, denn um gute Arbeit leisten zu können, müssen wir mit denjenigen im Einklang sein, die uns gewählt haben. Wir sind nicht besser oder schlechter als unsere Wählerschaft, es ist meines Erachtens aber wichtig, so zu handeln, wie sie es von uns erwarten und diese Punkte scheinen mit dem Erwähnten übereinzustimmen.

Wir müssen die Vorschläge natürlich später in konkrete Taten umsetzen und hier werden wir vor allen Dingen in den Mitentscheidungsverfahren gegeneinander antreten, da wir, das Parlament und Sie, der Rat, diese Artikel, die das Leben, die Angelegenheiten und Interessen unserer Wähler regeln, festlegen und meiner Meinung nach ist das unsere grundlegende Aufgabe als Gesetzgeber.

Wir müssen diese zweifellos existierende Vertrauenskrise meistern. Die schwache Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen ist ein Symptom hierfür und wir müssen voll und ganz entsprechend dem Willen unserer Wählerinnen und Wähler handeln. Vielleicht müssen wir es aber auch vermeiden, Vergleiche zu ziehen: Ihr Land grenzt an Norwegen; ich wohne in der Nähe der Schweiz. Sie gehören nicht zur Europäischen Union, trotzdem leben sie sehr gut; sie haben die gleichen Probleme, aber es geht ihnen nicht schlechter als uns und hier ist es wichtig festzustellen und hervorzuheben, dass es sich lohnt, eine Europäische Union zu haben.

Meines Erachtens ist das eine große Herausforderung. Ich glaube jedoch auch, dass wir mit jedermanns Hilfe zeigen können, dass Europa nicht erlitten werden sollte, sondern von all denen, die hier leben und Bürger der EU sind, als Chance angesehen werden sollte.

Barry Madlener (NI). – (NL) Die niederländische Partei für die Freiheit ist in dieses Parlament gekommen, um für die niederländischen Bürgerinnen und Bürger einzutreten und das Geld zu entreißen, das die Niederlande dem geldverprassenden und bürokratischen Europa zu viel gezahlt hat. Die niederländischen Wählerinnen und Wähler stimmten für diese Partei, um zu verdeutlichen, dass sie der Meinung sind, dass die Erweiterung der Europäischen Union schon zu weit gegangen ist.

Herr Präsident! Dieses Parlament verbringt seine Zeit damit, Angelegenheiten zu regeln, die in den Mitgliedstaaten selbst bestimmt werden sollten. Unsere Partei ist der Ansicht, dass die Europäische Union nicht in Angelegenheiten der wirtschaftlichen und monetären Zusammenarbeit eingreifen sollte. Mit den Interessen der Niederländerinnen und Niederländer vor Augen, werden wir den schwedischen Ratsvorsitz beobachten, da sie nichts für die niederländischen Bürgerinnen und Bürger tut. Sie möchten nur die Europäische Verfassung durchsetzen, die von den niederländischen Wählerinnen und Wählern abgelehnt wurde und die zu 99 % mit dem Vertrag von Lissabon übereinstimmt. Sie unternehmen auch nichts, um etwas an den horrenden Kosten für den monatlichen Umzug von Brüssel nach Straßburg zu ändern. Sie haben den Punkt ja nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Warum nicht? Das verursacht Kosten in Höhe mehrerer Millionen Euro und die bei Ikea sind wahrscheinlich die Einzigen, die sich darüber freuen, weil sie Umzugskartons und zusätzliche Schränke verkaufen können.

Wir möchten auch die Verhandlungen mit der Türkei zu einem sofortigen Ende bringen. Die Türkei ist ein islamisches Land und die islamische Ideologie steht im Widerspruch zu unserer westlichen Kultur. Darüber hinaus ist die Türkei keineswegs ein europäisches Land, sondern ein asiatisches, und die türkische Mitgliedschaft würde den niederländischen Bürgerinnen und Bürgern wieder Unsummen kosten. Die Türkei kann ein guter Nachbar sein, sie gehört aber nicht zur europäischen Familie. Die Partei für die Freiheit steht für ein Europa souveräner Staaten, unter dem schwedischen Ratsvorsitz wird aber weiterhin am Bau eines föderalen Superstaates gearbeitet, in dem die Mitgliedstaaten immer weniger selbst bestimmen können.

Deshalb hoffe ich, dass die Bürgerinnen und Bürger Irlands wieder den Mut haben, mit „Nein“ zum Vertrag von Lissabon zu stimmen. Die irische Bevölkerung hat jetzt die Gelegenheit, als Stimme der Menschen Europas zu handeln und ich möchte Sie jetzt im Namen der Partei für die Freiheit fragen, welche Schlussfolgerungen der schwedische Ratsvorsitz aus dem Ergebnis des irischen Referendums ziehen wird.

Fredrik Reinfeldt, *amtierender Präsident des Rates*. – (SV) Herr Präsident! Erst einmal möchte ich Ihnen allen zusammen zur Ihrer Wahl als Fraktionsvorsitzende gratulieren. Ich weiß, dass viele von Ihnen mit großer Unterstützung gewählt wurden. Ich weiß zum Beispiel, dass Herr Martin Schulz mit starker Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion wiedergewählt wurde. Es ist wichtig, von der jeweils vertretenen Fraktion Rückendeckung zu bekommen.

Ich begrüße den Dialog, den wir hatten und die Rücksprachen, um deren Einführung man mich beim Europäischen Rat im Laufe des Monats Juni bat. EU-Ministerin Cecilia Malmström übernahm diese Aufgabe. Auch ich kümmerte mich darum, sowohl telefonisch als auch bei Besprechungen, die wir auf einem Boot auf der Schärenküste abhielten, als wir durch die Gewässer von Stockholm steuerten und beisammen saßen, um die Lage zu besprechen. Man bat mich, die Möglichkeit, dass José Manuel Barroso vom Europäischen Rat für eine zweite Amtszeit zum Präsidenten der Kommission berufen wird, zu untersuchen.

Eine Reihe der von Ihnen angesprochenen Punkte zählen zu den Hauptthemen, an denen ich während des schwedischen Ratsvorsitzes arbeiten möchte. Lassen Sie mich aber sagen, dass wir Arbeitsplätzen die erste Stelle einräumen. Wir möchten ein Europa sehen, in dem mehr Menschen Arbeit haben. Die Diskussion muss von der Frage ausgehen, wie wir das erreichen können. Wie Joseph Daul bereits hervorhob, bin auch ich der Meinung, dass es eine Frage der Innovation und der Weiterbildung ist; mit anderen Worten, die Dinge, die im Grunde Unternehmen vorantreiben und Menschen erwerbsfähig machen. Martin Schulz hat meines Erachtens Recht, dass wir auf der Hut sein müssen, nicht in einem Europa zu enden, in dem wir auf der Basis mangelhafter Bedingungen konkurrieren. In Schweden führen wir diese Diskussion und auch in ganz Europa. Geringer Lohn oder kein Einkommen sind keine guten Ausgangspunkte, um dem Wettbewerb zu begegnen; dem künftigen Wettbewerb kann eigentlich nur mit guten Bedingungen entgegengetreten werden.

Gestatten Sie mir noch andere Dinge zu nennen, die meiner Meinung nach unerlässlich sind, um Europa aus der Krise zu steuern. Ich habe erlebt wie die Kommission - und das finde ich persönlich wichtig - es verstanden hat, das Prinzip des Binnenmarkts zu einem Zeitpunkt zu verteidigen, als Viele den Versuch unternahmen, diesen Binnenmarkt zu kompromittieren und ihn in Protektionismus umzuwandeln. Es ist sehr einfach auf jene zu hören, die sagen: „weshalb haben Sie nicht die Jobs in diesem bestimmten Land gerettet?“, ohne die Konsequenzen dessen zu erkennen, wenn jeder das täte. Wenn wir so agierten, würden wir im Grunde genommen den Freihandel und die Möglichkeiten des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs auslöschen. Das, was im Grunde Wohlstand und Prosperität erzeugte, würde sehr schnell verloren gehen, hätten wir nicht den Ruf nach Protektionismus standgehalten. Ich glaube, dass die Sicherung des Binnenmarkts und des Freihandels ein guter Ausgangspunkt für Jobsicherung ist.

Ich habe auch großes Vertrauen in andere Dinge, die Sie angerissen haben, wie die Investitionen in menschliche Kompetenzen und die Mobilitätsgarantie auf dem Arbeitsmarkt. Ich denke beispielsweise, dass eine Möglichkeit, dies zu erreichen, genau diese Freizügigkeit - einschließlich der grenzüberschreitenden - ist.

Wie auch schon Martin Schultz, Rebecca Harms und Joseph Daul sagten, ist dies meines Erachtens auch eine Möglichkeit, dies mit einem umweltfreundlichen Ansatz zu bekämpfen, indem wir die emissionsarme Wirtschaft, über die wir weltweit sprechen, als ein anderes Mittel zum Ausweg aus der Krise verwenden. Es ist wichtig, wie wir die Finanzierung verwalten und wie wir investieren. Hinzufügen möchte ich noch – und hier bin ich mit Guy Verhofstadt einverstanden – dass die schwedische Erfahrung im Krisenmanagement der 90er Jahre gezeigt hat, dass dies nur gelingt, wenn wir die öffentlichen Finanzen in den Griff bekommen. Ich habe gelernt, dass in Zeiten großer Verluste und Rationalisierungen, gerade Menschen mit niedrigen Einkommen und diejenigen, die am abhängigsten von Wohlfahrtseinrichtungen sind, vergessen werden. Daher ist eine Politik, die vorsichtig mit öffentlichen Finanzen umgeht, eine gute Politik für Arme und Einkommensschwache.

Bezüglich des Klimas - das Haupttema vor dem Klimagipfel in Kopenhagen - kann ich nur beipflichten, dass noch viel zu tun ist. Die Zeit drängt.

Rebecca Harms möchte ich sagen, dass wir es in Schweden nicht gewöhnt sind, wegen unserer Entwicklungshilfe kritisiert zu werden. In Europa werden durchschnittlich 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hierfür aufgewendet. Schweden ist ziemlich einzigartig, denn ein Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts geht in die Entwicklungshilfe. Für mich stehen diese Dinge in einem Zusammenhang.

Unter der Leitung unseres Entwicklungshilfeministers haben wir im Rahmen der UNO-Initiativen unsere eigenen Überprüfungen durchgeführt. Dabei haben wir genau analysiert, wie wir den Klimawandel in unserer Entwicklungsarbeit berücksichtigen müssen. Sie können keine Entwicklungsarbeit leisten, ohne den Klimawandel zu berücksichtigen und festzustellen, welche Auswirkungen er bereits in den armen Teilen der Erde hat. Infolgedessen können wir die beiden Themen nicht getrennt behandeln und sagen, das hier ist Entwicklungspolitik und das hier ist Klimapolitik. Sie stehen in Beziehung zueinander und müssen gemeinsam agieren.

Bezüglich des Vertrags möchte ich Martin Schulz sagen, dass es meine Aufgabe ist, in einer schwierigen Zeit für eine effiziente europäische Führung zu sorgen. Wir müssen in der Lage sein, unseren Bürgerinnen und Bürgern, die sehen wollen, dass wir Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanz- und Klimakrise ergreifen, Antworten zu liefern. Wir sind alle politisch aktiv und wissen, wenn wir uns im politischen Bereich rückbesinnen, Namen und Führung diskutieren, dass unsere Bürgerinnen und Bürger dies wahrnehmen, als würden wir uns von ihnen abwenden. Wir schauen nach innen.

Deshalb werde ich das tun, was ich in meiner Rolle tun kann. Der Europäische Rat hat mich beauftragt, zu gewährleisten, dass unsere Zusammenarbeit und unsere Achtung vor der Integrität des Europäischen Parlaments durch Klarheit miteinander verbunden ist - sei es durch den Vertrag von Nizza oder durch den Vertrag von Lissabon - bei unserer Nominierung eines Kandidaten für den Posten des Präsidenten der Kommission. Über José Manuel Barroso ist es wichtig hervorzuheben, dass er einstimmig vom Rat unterstützt wurde, er als Kandidat wohlbekannt ist und der Wählerschaft bereits vor den Wahlen vorgestellt wurde. Das erleichterte es mir zu handeln - selbstverständlich die Tatsache berücksichtigend, dass dem Europäischen Parlament die Gelegenheit eingeräumt wird, wenn Sie zu einer Entscheidung bereit sind, ja oder nein zu dem vom Europäischen Rat ernannten Kandidaten zu sagen. In der Zwischenzeit bietet sich aber reichlich Zeit für Diskussionen - und ich weiß, dass José Manuel Barroso seinerseits damit begonnen hat - über die Entwicklung der europäischen Politik in den kommenden Jahren. Ich hoffe, dass wir hierüber entsprechend den getroffenen Vereinbarungen Einvernehmen erzielen können. Das erwarten die Wählerinnen und Wähler Europas jetzt und das ermöglicht es uns, gemeinsam mit Stärke zu agieren.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. - (FR) Herr Präsident! Es wurden einige sehr wichtige Fragen gestellt; ich versuche kurz darauf zu antworten.

Erstens die wichtige Frage von Herrn Schulz bezüglich der Verträge. Er bezog sich insbesondere auf die Rolle der Kommission als Hüterin der Verträge. Wir, in der Kommission, sind der Auffassung, dass die geltenden Verträge respektiert werden sollten. Der Vertrag von Nizza ist der geltende Vertrag. Jeder der hier Sitzenden wurde gemäß des Vertrags von Nizza gewählt. Würde der Präsident der Kommission jetzt gewählt, würde er offensichtlich wie Sie alle hier, laut Vertrag von Nizza gewählt werden.

Nachdem dies gesagt ist, hoffe ich, dass wir den Vertrag von Lissabon haben werden. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Parlaments, die nach dem Vertrag von Lissabon nicht mehr mit der heutigen Zusammensetzung übereinstimmt, werden Anpassungen gemacht werden müssen, da es genau wie bei der Kommission zu gewissen Änderungen kommt. Nichtsdestotrotz hat der Europäische Rat sich in jeder Hinsicht an Ihren Bericht - den Dehaene-Bericht - gehalten, der mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Zum Thema Europäischer Rat: Vor der Formalisierung seiner Entscheidungen fanden Besprechungen statt, die ebenfalls - und das ist etwas ganz Neues - die Wahlergebnisse berücksichtigten, ganz abgesehen davon, dass es einen Kandidaten gab, der von einer politischen Kraft unterstützt wurde.

Die Aufgabe ist jetzt, die Zustimmung des Europäischen Parlaments zu bekommen. Ich möchte heute wiederholen, was ich bereits in einem Brief an den Präsidenten des Europäischen Parlaments schrieb: Ich bin bereit, mit jeder politischen Fraktion, die dies möchte, den Inhalt der Leitlinien der kommenden Kommission zu diskutieren. Das ist jedenfalls mein Standpunkt, was institutionelle Angelegenheit betrifft.

Auf politischer Ebene möchte ich einen entscheidenden Punkt hervorheben. Ich bin der Meinung, dass es wichtig ist, die Wahl des Präsidenten der Kommission an die demokratische Wahl zu knüpfen, die stattgefunden hat, das heißt an Ihre Wahl. Sie wurden kraft des Vertrags von Nizza gewählt und in meinen Augen sollte auch der Präsident der Kommission diese Legitimität haben, die sich gewissermaßen aus diesen demokratischen Wahlen ergeben sollte.

Desweiteren angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise - und ich glaube, dass diejenigen, die für ein starkes Europa sind und eine starke Kommission wünschen, mir zweifelsohne zustimmen - dass die Angelegenheit des Ratsvorsitzes der Kommission in Erwartung der endgültigen Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, den wir alle wollen - zumindest die Mehrheit von uns - nicht ungeklärt bleiben sollte, so lange wir noch nicht

wissen, wann dieser Vertrag in Kraft tritt. Die Europäische Kommission und deren Ratsvorsitz in der Schwebe zu lassen, wenn wir eine Wirtschaftskrise, eine Finanzkrise und eine soziale Krise erleben und wir vor außerordentlich wichtigen Verhandlungen in Kopenhagen stehen, erscheint mir nicht sehr vernünftig. Sei es wie es sei, die Entscheidung liegt beim Europäischen Parlament und ich stelle mich - wie vor fünf Jahren auch - der demokratischen Debatte.

Präsident der Kommission. – Hinsichtlich der zweiten Frage über Finanzen und die Wirtschaft und dem, was Herr Verhofstadt sagte: Wir alle können mehr Ehrgeiz haben und diesbezüglich kann ich Ihnen sagen, dass ich Ihren Ehrgeiz teile. Wir können aber nicht behaupten, dass wir keinen europäischen Konjunkturplan angenommen haben, und das war das Maximum dessen, was unsere Mitgliedstaaten akzeptierten.

Die Europäische Kommission machte noch weitere Vorschläge, aber dies war was unsere Mitgliedstaaten akzeptiert haben. Ich möchte auch Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass einige - zu Beginn der Krise nicht weniger einflussreiche - Mitgliedstaaten vorschlugen, ganz auf einen Koordinierungsplan zu verzichten. Einige schlugen einen Steueranreiz von 1 % vor, woraufhin die Europäische Kommission sofort einen Vorschlag in Höhe von 1,5 % unterbreitete. Letztendlich betrugen die automatischen Stabilisatoren etwa 5 %. Abgesehen hiervon, haben wir diese wichtigen Entscheidungen bezüglich der Zahlungsbilanzen einiger Mitgliedstaaten, die nicht zum Euroraum gehören, getroffen, sowie einige Initiativen auf globaler Ebene.

Sie können sich also darauf verlassen, dass die Kommission alle Hebel in Bewegung setzt, um die europäische Ebene und eine gemeinsame Vorgehensweise zu verstärken und lassen Sie uns diesbezügliche Unklarheiten ausschließen. Lassen Sie uns aber auch ehrlich mit uns selbst sein: Wir sind nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, wir sind kein integrierter Nationalstaat und sind daher in einer etwas anderen Lage. Sie können nicht von Deutschland und Lettland dasselbe erwarten. Wir haben Länder in Europa, deren Zahlungsbilanz unterstützt wird und deshalb ist auch eine einheitliche Vorgehensweise nicht möglich. Wir müssen eine gemeinsame Vorgehensweise haben, jedoch mit spezifischen nationalen Maßnahmen, denn das ist die Wirklichkeit, mit der wir uns heute und in naher Zukunft in Europa auseinandersetzen müssen.

Wir haben überwiegend nationale Haushaltspläne. Deshalb teile ich Ihr Konzept eines koordinierteren europäischen Plans, und zwar um aus dieser Krise herauszukommen und dieses kluge, umweltfreundliche Wachstum aufzubauen, das wir uns wünschen. Gleichzeitig müssen wir aber hinnehmen, dass wir 27 nationale Haushaltspläne, 27 Finanzminister und außer der Europäischen Zentralbank auch noch 27 Nationalbanken haben und dass es sehr wichtig ist, den Euro zu stärken und nachhaltige Wirtschafts- und Finanzstrategien zu haben. Ansonsten bringen wir den Euro, einen der größten Erfolge der europäischen Integration, in Gefahr.

Schließlich bezüglich des Klimawechsels wiederhole ich noch einmal, dass wir immer noch ehrgeiziger sein können. Es war für mich sehr wichtig, das Premierminister Reinfeldt mich vor Kurzem in L'Aquila begleitete, als wir den Generalsekretär der Vereinten Nationen hören sagten: „Sie sind die Lokomotive der Welt“. Wir können immer noch ehrgeiziger sein, aber die Europäische Union ist im Kampf gegen den Klimawandel weltweit wegweisend. -

Niemand ist ehrgeiziger als wir und deshalb würde ich ein Wort der Anerkennung für die von dieser Kommission in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedstaaten geleisteten Arbeit, neue ehrgeizige Vorschläge zu unterbreiten, erwarten. Lassen Sie uns jetzt versuchen, Andere zu überzeugen, denn wir brauchen Andere, da das Problem des Klimawandels nicht nur ein europäisches Problem, sondern ein Problem für unseren Planeten ist. Ich bin sicher, dass wir mit Ihrer Unterstützung einen Erfolg beim Klimagipfel in Kopenhagen erzielen können.

(Beifall)

Gunnar Hökmark (PPE). - (SV) Herr Präsident! Als Schwede erfüllen mich die Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes mit Stolz und ich freue mich auch, den Premierminister Schwedens wieder hier willkommen heißen zu können.

Die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, sind beträchtlich. Wir haben 20 fantastische Jahre wunderbarer Veränderungen in Europa erlebt und infolgedessen ist heute einer der frühen Vertreter der *Solidarność*-Bewegung Präsident des Europäischen Parlaments. Ideale wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft verhalfen uns zu 20 Jahren wunderbarer Entwicklung.

Wir leben jetzt in einer Zeit des Wandels, mit einem neuen Vertrag, einer Klimakrise, die einer beständigen Politik mit globalen Auswirkungen bedarf und einer Wirtschaftskrise. Es ist deshalb wichtig, dass wir einen Ratsvorsitz, aber auch ein Parlament haben, die in der Lage sind, uns Stabilität hinsichtlich der öffentlichen

Finanzen, Stabilität hinsichtlich des Binnenmarkts und Stabilität hinsichtlich der Öffnung für den Wirtschaftsverkehr und grenzüberschreitender Freizügigkeit zu gewährleisten, die dazu beitragen, uns den Weg aus der Krise zu ebnen.

Diese Perspektive würde ich gerne weiter öffnen. Die Entscheidungen, die wir jetzt durch den schwedischen Ratsvorsitz und in diesem Parlament vorbereiten, werden auch für die Form Europas und der Europäischen Union nach der Krise, für das Ausmaß der Dynamik auf unseren Finanzmärkten und deren Vertrauens- und Glaubwürdigkeit und für die Frage, wie viel Raum uns für Innovation und Unternehmungen, für Investitionen und neue Arbeitsplätze bleiben, entscheidend sein.

Wenn die Wahlen zum Europäischen Parlament eines gezeigt haben, dann ist das, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas sich weniger Bürokratie und Richtlinien und größere grenzüberschreitende, weltweite Offenheit wünschen. Diese Offenheit ist ausschlaggebend für die Fähigkeit Europas, eine treibende Kraft zu sein, aufgrund der Werte, die vor 20 Jahren begannen, Europa zu verändern und zu denen wir auch einen weltweiten Beitrag leisten können.

(Beifall)

Marita Ulvskog (S&D). - (SV) Herr Präsident! Zuerst möchte ich dem schwedischen Premierminister für seine Vorstellung des Programms für die kommenden sechs Monate danken.

Wir wissen, dass wir uns in einer schwierigen Ausgangsposition befinden; die Krise ist tiefgreifend. Es geht um Arbeitsplätze, um dramatisch wachsende Ungleichheiten, um eine Generation junger Menschen, die geradewegs in die Arbeitslosigkeit gehen, und selbstverständlich geht es um die Umwelt- und Klimakrise.

Das hat auch schon Premierminister Reinfeldt beschrieben, aber die Schlussfolgerungen sind überraschend. Was als Hauptthema des schwedischen Ratsvorsitzes hervorgehoben wurde, waren weder Jobs noch Investitionen sondern vielmehr die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, die Haushaltsdisziplin aufrechtzuerhalten. Da wir uns der Zahl von 27 Millionen Arbeitslosen in der EU nähern, lautet die deutlichste Nachricht des schwedischen Ratsvorsitzes also: Haushaltsdisziplin. Das ist nicht nur falsch, sondern auch beängstigend.

In diesem Bereich schultert die Fraktion von Herrn Reinfeldt - im Gegensatz zu dem, was hier früher gesagt wurde - eine historisch schwerwiegende innenpolitische Last. Die letzte konservative Regierung hat Schweden in einen wirtschaftlichen Zerfall geführt und es war eine sozialdemokratische Regierung, die sich 10 lang damit beschäftigte, die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Wir können es jedoch nicht gestatten, dass in Krisenzeiten alte Unzulänglichkeiten in der Innenpolitik die Tagesordnung der gesamten EU bestimmen. Wir brauchen größere Investitionen in Jobs, Weiterbildung und in die grüne Wende und keine Diät für magersüchtige Volkswirtschaften durch Haushaltsdisziplin.

John Monks, der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes zeigte sich auch besorgt darüber, dass der schwedische Ratsvorsitz der sozialen Dimension so wenig Gewicht einräumt. Überwiegend schöne Worte, sagt Herr Monks, kaum einen Ansatz eines tatsächlichen Plans. Meine Fraktion teilt diese Befürchtungen und sie schließt auch - wie Martin Schulz in seiner Rede erklärte - die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer mit ein. Im Anschluss an die Urteile in den Rechtssachen Laval, Viking, Rüffert, Luxemburg, haben sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Ihre Rechte wurden geschwächt.

Meine Fraktion und ich fordern vom schwedischen Ratsvorsitz eine definitive Verpflichtung, dass die uneingeschränkten gewerkschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer wieder hergestellt werden. Gewerkschaftliche Rechte müssen Vorrang vor Freizügigkeit haben. Das muss ganz klar sein. Wir möchten nicht in einem Europa leben, in dem eine Krise mit Haushaltsdisziplin und Konfrontation bekämpft wird. Ich möchte den neuen Ratspräsidenten, Premierminister Reinfeldt, fragen, ob diese Angelegenheit auf der Tagesordnung steht.

Marielle De Sarnez (ALDE). - (FR) Herr Präsident! Wir sind mit zwei Themen konfrontiert. Das erste Thema ist die Krise. Wie jeder weiß, brauchen wir eine beständige und gemeinsame Antwort auf die Wirtschafts- und Sozialkrise, also einen europäischen Rettungsplan zur Steigerung der Investitionen und Unterstützung der Beschäftigung. Europa muss heute wirklich zeigen, dass es aufmerksamer und näher an seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist, wenn es um deren Schwierigkeiten geht. Es muss mehr für diejenigen unternehmen, die von der Krise betroffen sind. Von dieser Perspektive aus, ist die Lage dramatisch.

Das zweite Thema schließlich ist das des neuen Entwicklungsmodells, das am Ende aus der Krise hervorgeht. Es muss ein einfacheres, gerechteres und nachhaltigeres Modell sein, das sicherstellt, dass das Finanzwesen der Realwirtschaft dient, das neue Formen der Solidarität unter den Europäerinnen und Europäern entwickelt,

das soziale und umweltpolitische Herausforderungen im internationalen Handel berücksichtigt und unsere Beziehungen zu den ärmsten Ländern der Welt - und hierbei denke ich ganz besonders an Afrika - tiefgreifend reformiert.

Zu diesen beiden Hauptthemen kommt noch eine demokratische Forderung hinzu, die den Prozess betrifft, für den Sie, der schwedische Ratsvorsitz verantwortlich sind. Cecilia Malmström – die ich heute hier herzlich willkommen heiße – weiß besser als jede andere, dass es zwischen dem Vertrag von Nizza und dem Vertrag von Lissabon hinsichtlich des Ernennungsverfahrens einige sehr wichtige Unterschiede gibt: einerseits eine einfache Mehrheit und andererseits eine qualifizierte Mehrheit; eine Ernennung auf der einen Seite und eine Benennung auf der anderen Seite; und eine unterschiedliche Anzahl Kommissare, je nach Vertrag. Ich meinerseits wünsche mir ausdrücklich, dass Sie gewährleisten, Geist und Buchstabe der Verträge zu achten. Das fällt in Ihre Zuständigkeit und ist für die Glaubwürdigkeit unserer Institutionen äußerst wichtig. Vielen Dank im Voraus.

Carl Schlyter (Verts/ALE). - (SV) Herr Präsident! Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Ernennung. Zuerst möchte ich die Regierung für ihr aufrichtiges Engagement hinsichtlich der Ostsee loben und hoffe, dass wir hier Fortschritte erzielen. Sie haben aber auch bemerkenswert gut über den Klimawandel gesprochen. Es versteht sich, dass ich jetzt erwarte, dass diese Worte in die Tat umgesetzt werden. Sie wiederholen mehrmals, dass Europa und Schweden nur einen geringen Teil der weltweiten Emissionen verursachen. Wenn die Mitgliedstaaten der EU aber gerade mal acht Prozent der Weltbevölkerung beheimaten jedoch 30 Prozent der Emissionen verursachen, ist es unsere Aufgabe, einen Großteil der Klimaarbeit ernst zu nehmen. Hier fehlen mir die konkreten Informationen.

Was werden Sie bezüglich der IPPC-Richtlinie über Emissionen umweltbelastender Anlagen unternehmen? Was werden Sie gegen den illegalen Holzeinschlag unternehmen? Was werden Sie wegen der Energieeffizienzstandards für Gebäude unternehmen und wie werden Sie damit umgehen, dass Flugzeuge ihre Emissionen fortsetzen, während sie sich auf der anderen Seite weigern, die geschuldeten 14 Milliarden EUR Energiesteuern zu zahlen?

Dann möchte ich auch noch das Stockholm-Programm und ACTA ansprechen. Was ACTA betrifft, müssen wir für Offenheit sorgen. Das Verfassungsgericht hat in Deutschland entschieden, dass den Ländern mehr Einfluss eingeräumt werden muss, dass der Einfluss der Parlamente größer sein muss. Wir brauchen Offenheit in den ACTA-Verhandlungen. Wir können nicht in Richtung einseitiger Überwachung gehen. Das gilt auch für meine Heimatstadt und das Stockholm-Programm. Lassen Sie es einen Namen werden, der mit dem Übergang der EU von Terror-Paranoia zu Freiheiten und Rechten der Menschen, mit einer Verschärfung des Asylrechts und dem Schutz der Privatsphäre in Zusammenhang gebracht wird. Dann werden wir einen Fortschritt erzielt haben.

Vicky Ford (ECR). - Herr Präsident! Ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz gratulieren, den wirtschaftlichen Herausforderungen Priorität einzuräumen. Angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheit hat unsere Fähigkeit, uns unseren anderen Herausforderung zu stellen, offensichtlich nachgelassen. Sie haben Recht, der Wiederherstellung der öffentlichen Finanzen Priorität einzuräumen: Die außerordentliche Höhe der öffentlichen Schulden stellt eine beträchtliche und langfristige Bedrohung dar, die uns mehrere Jahrzehnte begleiten wird, sollten wir ihr jetzt nicht die Stirn bieten. Die Genesung der Finanzinstitutionen ist aber auch ein Schlüssel, mit dem das Vertrauen der Verbraucher zurückgewonnen werden und das Wirtschaftswachstum zurückkehren kann, ganz zu schweigen vom Geld der Steuerzahler.

Bei Ihren Prioritäten erwähnen Sie die Bedeutung des Aufsichtsrahmens. Ich würde hinzufügen, dass behördliche Deutlichkeit unverzichtbar ist. Bei diesen Industrien handelt es sich, wie wir alle wissen, um globale Industrien. Kapital, Talent und Einzelunternehmen sind wandelbar. Sie bedürfen geeigneter und definierter legislativer Zeitpläne, einer Priorisierung von Rechtsvorschriften und ordnungsgemäße Rücksprachen.

Ich begrüße Ihre Zusage, an der Seite der G20 zu arbeiten, denn wenn wir aus der Reihe tanzen und einseitige Wege in der EU gehen, laufen wir Gefahr, nicht nur Darlehensnehmer und Investoren zu benachteiligen, sondern bewirken auch, dass Industrien ihren Standort verlegen außerhalb ...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin.)

Eva-Britt Svensson (GUE/NGL). - (SV) Herr Präsident! Erst einmal möchte ich Ihnen zu Ihrer Ernennung zum Präsidenten gratulieren und Ihnen gleichzeitig für den interessanten Meinungsaustausch im Laufe der Wahlperiode danken. Premierminister, Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für Ihre Darstellung des

Programms des Ratsvorsitzes. Ich bin überzeugt, dass der schwedische Ratsvorsitz in organisatorischer Hinsicht ein großer Erfolg wird und dass die kompetente schwedische Staatsverwaltung wirklich hervorragend hierfür Sorge trägt.

Politisch teile ich natürlich die Ansicht des Ratsvorsitzes über die zwei Hauptkrisen - die Wirtschafts- und die Klimakrise - und selbstverständlich handelt es sich hier um prioritäre Themen. Wo aber ist die Analyse? Die Wirtschaftskrise und die Klimakrise wurden nicht vom Schicksal vorgezeichnet. Die Krisen haben ihren Ursprung in politisch getroffenen Entscheidungen. Das ist positiv, denn das heißt, dass wir auch die Krise anhand politischer Entscheidungen lösen können - ich kann aber keine Anzeichen eines Richtungswechsels zu anderen Strategien bei dem Ratsvorsitz erkennen. Es ist die gleiche Wirtschaftspolitik, die soziale oder ökologische Aspekte außer Betracht lässt.

Wonach ich und viele unserer Bürgerinnen und Bürger in dem Programm suchen, sind die Rechte der Arbeitnehmer, auf die sich nach den Gerichtsentscheidungen die Aufmerksamkeit richtet und die sozialen Aspekte, auf die in Kürze keine Antworten zu erwarten sind. Wir haben auch nichts über die berühmte fortschrittliche Gleichstellungspolitik gehört. Was das Stockholm-Programm anbelangt, heißt es, dass es Sicherheit schaffen wolle, was aber in Wirklichkeit entsteht, ist ein „Big Brother“-Staat, in dem die Privatsphäre bedroht ist. Wir werden nie Beschränkungen des Asylrechts oder Beschränkungen unserer Rechte als freie Bürgerinnen und Bürger in diesem Programm tolerieren. Wir brauchen eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik.

Timo Soini (EFD). - (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schweden hat immer die Menschenrechte und Demokratie geachtet.

Vor einiger Zeit hat die schwedische Bevölkerung gegen den Euro gestimmt und Sie haben die Entscheidung respektiert, obwohl Sie selbst sehr dafür waren. Und deshalb ist es recht sonderbar, dass die Iren jetzt prompt noch einmal über genau denselben Vertrag abstimmen sollen.

Es ist die nordische und die schwedische Art, die Stimme der Menschen zu respektieren. Ich wünsche Ihnen Glück und Erfolg bei der Herausforderung, vor der Sie jetzt stehen. Ich hoffe, dass Sie die Werte der besten Sorte nordischer Demokratie respektieren: nicht mit Zwang sondern durch Zusammenarbeit.

Ich bin sehr froh, dass Sie die Ostsee erwähnten und Sie haben hier meine volle Unterstützung. Die Ostsee ist in Schwierigkeiten; sie droht zu sterben und muss gerettet werden. Die Nördliche Dimension fehlt jedoch in all dem und ich hoffe, dass Sie alle Hebel in Bewegung setzen, sie zu unterstützen, obwohl Sie kein Wort darüber verlieren.

Hans-Peter Martin (NI). - (DE) Herr Präsident! Wir brauchen eine Revolution der Demokratie. Wir brauchen kühne Demokraten und wir brauchen dringend in dieser neuen Zeit ein spannendes, tatsächlich funktionierendes, demokratisches Europa.

Künstlern, und dabei vor allem freien Schriftstellern, kommt beim Werden eines solchen neuen Europas eine identitätsstiftende Rolle zu. Ihre unzensurierte Fantasie vermag die Dämonen der Bürokratie und der Demokratiezerstörung in Schranken zu weisen. Denn letztlich sind es packende Ideen, die am Anfang gesellschaftlicher Veränderungen stehen. Wer mit hoffnungsbestärkenden Visionen – und da waren die Schweden historisch richtig gut darin, und da vertraue ich jetzt auch gerade auf meine ehemalige Kollegin Cecilia Malmström – in die Köpfe der Menschen vordringt, kann auch ihre Herzen gesellschaftspolitisch zum Schlagen bringen.

So habe ich ganz bewusst zu Beginn dieses letzten Wahlkampfes, der große Veränderungen gebracht hat, den Schlussabsatz in meinem neuen Buch verfasst. Und das ist mit viel Hoffnung verbunden, dass gerade Sie aus Schweden mit Ihrer großen demokratischen Tradition und auch Transparenz jetzt die Zeichen der Zeit erkennen. Wir sind nicht nur mit der Wirtschaftskrise konfrontiert – und hier haben die Schweden Geschicklichkeit bewiesen, indem sie sie weitgehend vermieden haben –, sondern wir haben es vor allem mit einem ziemlich bedrohlichen Rechtsruck zu tun. Und deswegen bin ich ganz fest der Meinung, dass wir Demokraten gemeinsam für echte Transparenz und gerade auch als Demokraten gemeinsam für den Kampf gegen rechts außen eintreten müssen!

VORSITZ: Gianni PITTELLA*Vizepräsident*

Corien Wortmann-Kool (PPE). – (NL) Mein inniger Dank für die ehrgeizigen Pläne, die Sie für die kommenden sechs Monate entworfen haben. Ich kann Ihnen sagen, dass wir hohe Erwartungen an Sie haben, da Ihnen der Ruf vorseilt, die europäische Integration und unsere europäischen Werte zu verteidigen. Es ist wichtig, dass die Lösungen, die wir vorbringen, und an denen Sie arbeiten, um uns aus dieser Wirtschaftskrise herauszubekommen, unsere soziale Marktwirtschaft stärken.

Es ist auch wichtig, dass diese Lösungen unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht nur heute und morgen zugutekommen, sondern auch die Zukunft unserer Kinder berücksichtigen. Daher ist es so sehr wichtig, damit weiterzumachen, eine nachhaltige Wirtschaft aufzubauen und den Klimawandel zu verhindern. Es ist gut, dass Sie diesen Punkten in Ihrem Programm eine solch hohe Priorität einräumen. Ich hoffe aufrichtig, dass Ihre Bemühungen in diesen Bereichen dabei helfen, die Mitgliedstaaten näher zusammenzubringen, und dass Sie es, im Vorfeld der Kopenhagen-Konferenz, gleichfalls bewerkstelligen, die größten Akteure auf der Weltbühne dazu zu veranlassen, wirklich ihren Beitrag bei der Findung einer Lösung für den Klimawandel zu leisten.

Herr Präsident, die soziale Marktwirtschaft ist auch wichtig, wenn es um nachhaltige Staatsfinanzen geht, da Staatsdefizite eine Bürde für zukünftige Generationen bilden. Daher ist es wichtig, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu respektieren und es ist gleichfalls gut, dass Sie dies so ausdrücklich formuliert haben.

Herr Präsident, es ist ironisch, aber die Finanzkrise hat Island näher an die Europäische Union gebracht. Ich hoffe, dass die schwedische Ratspräsidentschaft im Hinblick auf Island wohlwollend ist, aber dass sie auch streng darin ist, dass Island den Anforderungen für einen Beitritt genügt, und dass es die Verpflichtungen im Hinblick auf die europäische Gesetzgebung und gegenüber den Mitgliedstaaten erfüllt.

Hannes Swoboda (S&D). – (DE) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident! Sie werden gestatten, dass ich in diesem Zusammenhang insbesondere auch Herrn Carl Bildt anspreche, weil ich als erstes Thema die Frage der Erweiterung, insbesondere auch auf dem Balkan, anschnitten möchte.

Sie haben erwähnt, dass dieser Erweiterungsprozess langsamer vor sich gehen wird, als sich das manche auf beiden Seiten gewünscht hätten. Dennoch ist es ganz wichtig, klare Signale zu geben. Ich erwarte mir von der schwedischen Präsidentschaft, dass man den Menschen insbesondere auch in Südosteuropa hilft, die Probleme, die da sind – auch die zwischenstaatlichen Probleme –, zu überwinden, sodass sie Hoffnung haben, dass der Weg nach Europa nicht abgeschnitten wird, sondern fortgesetzt werden kann, selbst wenn es vielleicht etwas länger dauert. Aber die entsprechenden Vorbereitungen sind natürlich von diesen Ländern zu treffen.

Zweitens darf ich zu einem anderen Thema kommen, das Sie angeschnitten haben, nämlich die Frage der Umstrukturierung der Wirtschaft, der Verbindung von Ökologie und Wirtschaftspolitik. Es ist schon angeklungen, dass wir Sie da voll unterstützen. Ich glaube, dies ist eine wichtige europäische Aufgabe. Es stimmt, dass wir hier ganz weit vorne liegen, aber dennoch müssen wir noch viel erledigen. Gleichzeitig nimmt auch die Arbeitslosigkeit zu. Was wir heute in Europa an Arbeitslosigkeit sehen, ist noch nicht das Maximum. Es wird weiter gehen. Leider!

Daher ist es ganz wichtig, auch die andere Seite, die soziale Seite, zu erwähnen. Denn wir werden nur dann breite Unterstützung für die ökologische Umstrukturierung der Wirtschaft bekommen, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass auch ihre sozialen Bedürfnisse, ihre sozialen Nöte ernst genommen werden.

Gerade aus den nordischen Ländern gibt es viele gute Beispiele einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir können weder als EU noch als Einzelstaaten Arbeitsplätze schaffen, aber wir können Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, helfen, möglichst rasch wieder Arbeit zu finden. Das ist das, was wir unter sozialem Europa verstehen: jene aktive Arbeitsmarktpolitik, die wir in den einzelnen Mitgliedstaaten brauchen, bei der aber auch die Europäische Union, der Rat, klare Signale geben muss. Die Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung Ökologie heißt nicht mehr Arbeitslosigkeit, sondern letztendlich weniger Arbeitslosigkeit. Das ist das, was wir fordern!

Olle Schmidt (ALDE). – (SV) Herr Präsident, Herr amtierender Präsident des Rates, es ist gut, Sie hier zu sehen! Es gibt viele Herausforderungen in diesen turbulenten Zeiten: eine schwerwiegende Wirtschaftsrezession, die Unsicherheit im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon und die Verhandlungen vor der Klimakonferenz in Kopenhagen. Sie haben viel um die Ohren.

Herr Premierminister, einige wichtige Punkte. Sie müssen auch unsere Kolleginnen und Kollegen im Rat davon überzeugen, dass Protektionismus abscheulich ist. Die Stärke der Europäischen Union liegt in ihren offenen Grenzen und ihrem Freihandel. Staatliche Subventionen für die Rettung der Automobilindustrie sind nicht die Lösung. Die Finanzkrise ruft nach einer neuen globalen Ordnung, aber die gesetzlichen Regulierungen müssen ausgewogen ausfallen und dürfen nicht überzogen sein. In diesem Herbst muss die Europäische Union, wie einige hier erwähnt haben, einer anständigen Asylpolitik ein Stück näher rücken. Die Energiepolitik erfordert, genau wie einige schon sagten, sowohl Realismus als auch Solidarität. Keine neue Gaskrise, keine einseitige Abhängigkeit. Das Internet war ein wichtiges Thema in der Wahlkampagne. Hier hat Schweden eine große Verantwortung dafür, die als Telekom-Paket bekannte Sache zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit muss auch in der virtuellen Welt Anwendung finden.

Ich hatte gehofft, dass das Parlament während dieser Sitzungsperiode die Ernennung von José Manuel Barroso zum Präsidenten der Kommission für eine neue fünfjährige Amtszeit annehmen würde. Nunmehr wird dies nicht der Fall sein, und ich bedaure das. Jetzt ist für die Europäische Union nicht der Zeitpunkt, um ihre Zeit mit institutionellen Machtkämpfen zu vergeuden. Jetzt ist politische Führung und Dynamik gefragt.

Der Euro hat seine Stärke bewiesen. Wann denkt der Premierminister, sind wir in Schweden dafür bereit, auch ein Vollmitglied der Europäischen Union zu werden und den Euro in unserer Tasche zu haben? Vielen Dank, und wie wir in unserer Partei sagen: Viel Glück!

Satu Hassi (Verts/ALE). – (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Schweden trägt jetzt eine große Verantwortung für die Zukunft der Menschheit. Herr Premierminister Reinfeldt, Sie haben völlig zu Recht von der Klimakrise gesprochen.

Wir wissen, dass die Technologie, die wir für die kommenden Jahrzehnte brauchen, existiert, und dass sie zu einem angemessenen Preis verfügbar ist. Aber die schwierigste Sache ist, dass der Klimaschutz eine unglaubliche Herausforderung für die menschliche Zusammenarbeit darstellt. Leider sind die Verhandlungen, die derzeit stattfinden, mehr eine Kombination aus Versteckspiel und einem Wettstreit in Selbstbeweihräucherung. ---

Die Europäische Union muss den Mut dazu haben, einen Vorschlag nicht nur im Hinblick auf die EU-eigenen Emissionsreduzierungen vorzulegen, sondern den Grundsatz der Lastenverteilung durchzusetzen, bei dem alle Industrieländer Emissionsreduzierungen entsprechend der (IPCC)-Leitlinien des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung durchführen. Das Wichtigste ist, dass wir die Ziele für die Emissionsreduzierung bis zum Jahr 2020 erreichen. Zweitens muss erkannt werden, dass die Entwicklungsländer nicht in der Lage sein werden, sich einem System von ausreichenden Emissionsgrenzen anzugleichen, sofern wir sie nicht finanziell auf einer völlig neuen Ebene unterstützen, und die EU sollte in einer Position sein, auch hierzu entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Ryszard Antoni Legutko (ECR). – (PL) Herr Premierminister, wir sind Ihrer Rede sehr aufmerksam gefolgt, und möchten die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass die wichtigsten Punkte des Programms erfolgreich verwirklicht werden.

Dennoch möchte ich die Aufmerksamkeit auf drei Herausforderungen lenken. Die erste davon ist die europäische Solidarität, die in einer Zeit der Finanzkrise besonders wichtig ist. Wir können nicht zulassen, dass Situationen entstehen, in denen bestimmte europäische Länder ungleich behandelt werden. Wir können keine Situation akzeptieren, in welcher einigen gestattet wird, ihren Bankensektor zu subventionieren, und andere für Bestrebungen verurteilt werden, ihren Schiffbausektor zu stärken. Das ist keine Solidarität, das ist Heuchelei.

Zweitens sind wir froh darüber, dass die Ostseestrategie eine der Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes ist. Dies ist ein wichtiger Bereich der makroregionalen Zusammenarbeit. Das Ökosystem Ostsee sollte vor Risiken wie dem sehr unsicheren und auch finanziell absurden Nord Stream-Projekt geschützt werden. Der Bedarf an der Diversifikation von Energiequellen sollte gleichfalls erwähnt werden.

Lassen Sie uns drittens daran erinnern, dass Moskau selbst nicht zurückhaltend darin ist, den Gashahn, wie Georgien feststellte, zuzudrehen. Ich hoffe, da Schweden das Ruder der Europäischen Union für die nächsten sechs Monate übernimmt, dass es genauso energisch wie Minister Carl Bildt sein wird, der die russische Aggression gegen Georgien verurteilt hat. Ich bin mir sicher, dass der schwedische Ratsvorsitz diesen Herausforderungen gewachsen sein wird. Sie kann auf unsere Unterstützung zählen.

Morten Messerschmidt (EFD). - (DA) Herr Präsident, es gibt zwei Sachen, von denen ich betroffen war, als ich das Programm der schwedischen Ratsvorsitzes gelesen habe. Die erste sind all die Versprechungen dahingehend, wie die EU genutzt werden soll, um eine bessere Wirtschaft für die Lösung des Klimaproblems und sonstiger Probleme zu gestalten, aber es wird kein einziges Wort über die Probleme verloren, die die EU erzeugt - die Probleme, welche die EU in unseren Arbeitsmärkten erzeugt hat, die Probleme, welche die EU in unserem Fischereisektor, in unserer Wirtschaft, im Zusammenhang mit der Kriminalitätsbekämpfung erzeugt hat, und ich könnte weitermachen. Dies ist die erste grundlegende Beobachtung, die wir machen können, wenn wir das Programm des schwedischen Ratsvorsitzes lesen - dass die EU nur Lösungen aufzeigt und dass die EU kein Problem darstellt. Dies sagt mehr über den schwedischen Ratsvorsitz aus als über die EU selbst. Die zweite Sache ist, dass es keine Erwähnung der Tatsache gibt, dass der 2. Oktober einer der bedeutendsten Tage in der ganzen Geschichte der EU sein wird, und dies wird während der Amtszeit des schwedischen Ratsvorsitzes der Fall sein. Ich beziehe mich natürlich auf das zweite Referendum. Es gibt kein einziges Wort darüber, was der schwedische Ratsvorsitz tun wird, um sicherzustellen, dass die so genannten Garantien, die gegenüber der irischen Bevölkerung abgegeben worden sind, auch als solche betrachtet werden. Wir haben früher gesehen, wie die Menschen betrogen worden sind - betrogen über Referenden hinweg und betrogen über die Demokratie hinweg. Was wird der schwedische Ratsvorsitz tun, um zu gewährleisten, dass dies nicht noch einmal geschieht?

Werner Langen (PPE). - (DE) Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissionspräsident! Ich möchte die Schweden begrüßen und dazu beglückwünschen, dass sie – wie der Ministerpräsident gesagt hat – in einem langen Prozess den Weg nach Europa gefunden haben. Wir freuen uns sehr, dass die Schweden heute zu den besten Europäern gehören!

Sie haben Ihr Programm vorgestellt: sehr ehrgeizig, sehr ambitioniert! Aber ich möchte Sie bitten, einmal zu prüfen, ob Schweden den Schritt wagt, auch nach den Erfahrungen der Finanzmarktkrise dem Euro beizutreten – insbesondere weil Sie gesagt haben, der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss eingehalten werden! Sie haben ja keine Opt-out-Klausel wie z. B. Großbritannien und Dänemark, und Sie erfüllen die Bedingungen jetzt. Haben Sie in Ihrer Ratspräsidentschaft den Mut, Europa weiter zu stabilisieren und Mitglied der Eurozone zu werden!

Herr Ministerpräsident, ich halte Ihre Schwerpunkte mit der Klimapolitik, der Ostseestrategie für richtig gesetzt, aber was Ihr Programm angeht, wie es schriftlich vorgelegt wurde, habe ich die Bitte: Kümmern Sie sich noch mehr als vorgesehen um die Bewältigung der Finanzmarktkrise! Alle anderen Projekte werden keine Chance haben, wenn die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nicht baldmöglichst gelöst wird. Und dafür brauchen wir klare Regeln. Es genügt nicht, dass die Londoner City jetzt wieder die Richtung bestimmt. Wir brauchen in der sozialen Marktwirtschaft klare Regeln, weil Marktwirtschaft ohne Regeln nicht handlungs- und nicht mehrheitsfähig ist. Und deshalb sollten Sie nochmals überprüfen – bei allem Wohlwollen für Ihr Programm –, ob Sie das Thema Bewältigung der Finanzmarktkrise nicht noch höher ansetzen, als Sie es bisher getan haben. Vielen Dank und viel Glück in einer schwierigen Umbruchzeit!

(Beifall)

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident, Herr amtierender Präsident des Rates, wir alle haben das Programm des schwedischen Ratsvorsitzes mit großem Interesse und großer Wertschätzung verfolgt. Seine klare Prioritäten sind Wirtschaft und Energie, da es die Priorität der Europäischen Union ist, der Wirtschaft zum Neustart zu verhelfen und Arbeitsplätze zu schaffen, die Beschäftigung anzukurbeln und sicherzustellen, dass die Kopenhagen-Konferenz im Dezember 2009 ein Erfolg wird.

Dennoch möchte ich die Aufmerksamkeit auf ein politisches, bürgerliches und demokratisches Ziel lenken, welches das Haager Programm durch das Programm ersetzen soll, welches nach der schwedischen Hauptstadt benannt werden wird: Stockholm. Das Programm verbindet die Errungenschaften im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts der letzten fünf Jahre, die sehr wichtig im Hinblick auf Harmonisierung, gegenseitige Anerkennung und den Vertrauensgrundsatz in Bezug auf die Grundrechte und den Rechtsschutz, aber auch hinsichtlich der aktiven Zusammenarbeit waren.

Ich lade Sie dazu ein, ehrgeizig in diesem Bereich zu sein: Erstens ist es, von einem sachlichen Gesichtspunkt aus gesehen, leicht - wie in allen Bereichen mit Bezug zur Verwaltung von Außengrenzen, Einwanderung, Asyl, Flüchtlingen und der Bekämpfung illegalen Handels, organisierter Kriminalität und Terrorismus - sich in Richtung reaktionärer Positionen zu bewegen, die dem gemeinschaftlichen Besitzstand von Grundrechten widersprechen, welche die Europäische Union herausheben sollten, und mit denen sich Schweden als ein Land, welches Transparenz und demokratische Grundsätze respektiert, sehr stark identifiziert.

Zweitens möchte ich Sie dazu einladen, auch ehrgeizig im Hinblick auf die Form zu sein, da der schwedische Ratsvorsitz sehr wahrscheinlich den Weg für Lissabon bereiten wird, was zunächst heißt, dass es den oft verwirrenden doppelten Verfahrensrahmen der dritten und ersten Säule nicht mehr geben wird. Dennoch wird dies in höchst bedeutsamer Weise auch besagen, dass das Parlament eine größere Kapazität für die Überwachung der Gesetzesinitiativen, welche der schwedische Ratsvorsitz als Teil des Stockholm-Programms verwirklicht, haben wird.

Das heißt, dass das, was bislang oft als ein Defizit Brüssels oder des Rates gesehen wurde, auch die Verantwortung vom Parlament sein wird.

Lena Ek (ALDE). - (SV) Herr Präsident, natürlich bin ich sehr zufrieden und stolz, meine Regierung im schwedischen Ratsvorsitz zu sehen, und ich denke auch, dass das Programm eine Menge enthält, was im Hinblick auf Lösungen für das Klima, Arbeitsplätze, die Finanzkrise, die Kopenhagen-Konferenz, die Ostseestrategie, die Gemeinschaftspolitik, die Erweiterung, Island, Kroatien, Türkei, etc. gut ist. Allerdings kann ich eine weitere Sache sehen, die wichtig für die Zukunft ist: Und zwar ein offenes Europa, Datenschutz und freie Meinungsäußerung.

Heute treffen sich die Minister in Stockholm, um das Stockholm-Programm zu diskutieren. Gut ist, dass dies die Strategie für die Rechtsvorschriften bildet, die jetzt ausgearbeitet werden sollen. Teile des Vorschlags sind lange erwartet worden. Die Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention wird endlich stattfinden, ich hoffe - die der Rechte des Kindes und der Opfer von Gewaltverbrechen ebenfalls. Wir können etwas wirklich Gutes daraus machen, aber es gibt auch Kehrseiten; und zwar die Bedrohung für die offene Gesellschaft, die das Stockholm-Programm enthält.

Gefahren für unsere offene Gesellschaft müssen unter Anwendung der Methoden der offenen Gesellschaft abgewandt werden. Einiges von dem, was das Stockholm-Programm enthält, ist weder liberal, noch ist es human oder weitblickend. Die Registrierung unserer Reisen, die Massenspeicherung von Personendaten und die systematische Aufzeichnung von Wirtschaftsvorgängen sind weder liberal noch sind sie tolerant oder weitblickend. Lassen Sie Stockholm für Offenheit, Freiheit und Toleranz stehen, und nicht für Registrierung, Überwachung und Intoleranz. Außerdem denke ich, dass unsere Arbeit in Straßburg eingestellt werden muss.

Der Präsident. - Bevor ich Herrn Stolojan das Wort erteile, möchte ich einen Gast von uns begrüßen, ein Kind, welches auf Platz 505 sitzt. Es bereitet mir besondere Freude zu sehen, dass sich Kinder für europäische Belange und für unsere Einrichtungen interessieren, denn es ist wichtig, als Europäer in einem sehr jungen Alter heranzuwachsen.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). - (RO) Ich wünsche dem schwedischen Ratsvorsitz jeden erdenklichen Erfolg und ich denke, dass die dargelegten Prioritäten jenen entsprechen, die wir erwartet haben. Die nächsten sechs Monate sind entscheidend für die europäischen Bürgerinnen und Bürger und für die Europäische Union. Sie sind entscheidend im Hinblick darauf, ob unsere Länder im nächsten Jahr aus der Wirtschaftskrise herauskommen werden, oder ob wiederum für ein weiteres Jahr über der Wirtschaft ein großes Fragezeichen stehen wird.

Viele Vorschläge und neue Programme werden gerade eingereicht. Indes denke ich, ist es für uns an der Zeit, die Auswirkungen des durch die Europäische Kommission zu Beginn des Jahres eingeleiteten Konjunkturprogramms zu bewerten, wenn es welche hat, und einen prüfenden Blick auf den Haushalt der Europäischen Union für dieses Jahr zu werfen, um zu sehen, welche Maßnahmen eingestellt wurden, und welche Ressourcen wir weiterhin nutzen können, um mit neuen Maßnahmen aufzuwarten.

Wir haben gleichfalls Investitionsprojekte für den Energiesektor geplant, die bereits in Höhe von zirka 3 Milliarden EUR bewilligt wurden. Wir werden besondere Maßnahmen ergreifen müssen, um diese Vorhaben zu verwirklichen. Ich möchte EU-Kommissionspräsident Barroso für seinen besonderen Beitrag bei der Ingangsetzung des Nabucco-Projekts danken.

Abschließend möchte ich Sie an die politische Verpflichtung der Europäischen Union gegenüber anderen Ländern, der Europäischen Union auch erfolgreich beizutreten, erinnern.

Proinsias De Rossa (S&D). - Herr Präsident, wir werden die tiefe Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise - oder den Klimawandel - als unabhängige, protektionistische Nationalstaaten nicht überwinden. Ohne Europa und dem Euro werden wir als Kontinent in Bedeutungslosigkeit versinken, noch können wir als eine Union so weitermachen, als ob mit Ausnahme einiger gieriger Bankiers nichts verkehrt wäre: Disziplin bei der Haushaltsplanung wird das Problem nicht lösen.

Das System ist beschädigt und muss tiefgreifend reformiert werden. Da sich die Finanzinstitutionen bereits gegen die Regulierungen wehren, müssen wir einen künftigen Kollaps verhindern. Wir brauchen eine größere Integration unserer Sozial- und Wirtschafts- sowie Klima- und Energiestrategien mit dem Ziel des Arbeitsplatzerhalts und der Schaffung angemessener Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wir brauchen einen Durchbruch beim Klimagipfel im Dezember. Wir brauchen jetzt mehr denn je eine neuerliche Verpflichtung gegenüber den Millenniumsentwicklungszielen und, umgehender, Herr amtierender Präsident, bedaure ich, dass Sie nicht zu einer sofortigen Aufhebung der Besetzung von Gaza aufgerufen oder jeglichen Wunsch angezeigt haben, die Friedenssuche Seite an Seite mit Präsident Obama wiederzubeleben.-

Als ein Mitglied aus Irland möchte ich das Parlament daran erinnern, dass politische Ironie eine in Irland sehr geschätzte Charaktereigenschaft ist. Jonathan Swift, der Autor von *Gullivers Reisen*, hatte einmal der britischen Regierung vorgeschlagen, dass der Weg zur Lösung der Armut in Irland sei, uns dazu zu ermutigen, unsere Babys zu essen. Nun, ich denke nicht, dass die historische Ironie der Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs, die vorhat, nach Irland zu kommen, um Wahlpropaganda für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs von der Europäischen Union zu machen, als Gegenstand eines ordentlichen Lachers für die Menschen von Irland seine Wirkung verfehlt. Das wird etwas werden, Herrn Nigel Farage in seine englische Nationalflagge und Koboldmütze gekleidet zu sehen, Arm in Arm mit Gerry Adams, dem ehemaligen IRA-Führer, und Joe Higgins, meinen Kollegen hier im Rücken, rufend nach einem „Nein“ zum Vertrag von Lissabon, jeder mit seiner eigenen undurchsichtigen, widersprüchlichen Agenda. Ich bin davon überzeugt, dass die irische Bevölkerung zu diesem besonderen Zirkus das sagen wird, was sie zu Libertas sagte: Zieh Leine!

(Beifall)

Marietta Giannakou (PPE). - (EL) Herr Präsident, das Programm des schwedischen Ratsvorsitzes enthält in der Tat all die wichtigen Themen unserer Zeit, sowohl der Gegenwart als auch der Zukunft, mit denen wir zu tun haben.

Ich beabsichtige, mit der Rezession zu beginnen. Ich nehme an, dass der schwedische Ratsvorsitz detaillierter auf diese Frage wird eingehen müssen. Die soziale Marktwirtschaft braucht Investitionen in die Realwirtschaft und nicht einfach in Finanzprodukte wie jene, die uns in die Situation gebracht haben, in der wir uns heute befinden.

Die Fragen von Klima und nachhaltiger Entwicklung, die gleichfalls die soziale Entwicklung und die Beschäftigungsfrage einschließen, sind offenbar außerordentlich wichtige Fragen. Indes sind auch hier wirkliche Investitionen in die Wirtschaft zusammen mit mehr Kontrolle vonnöten. Eine Marktwirtschaft, die versucht, sich in Richtung einer „Laissez faire et laissez passer –Einstellung“ zu bewegen, ist nicht das, was wir in Europa brauchen.

Die Fragen von Kriminalität, Innenpolitik und Gerichtswesen betreffen uns wirklich alle. Organisierte Kriminalität ist sicherlich nicht mehr das, was sie einmal war, und sie hat sicherlich Verbindungen zu Terrorismus und jeder Form illegaler Aktivität. Sie erfordert daher einen differenzierten Ansatz.

Ich denke, besonders wichtig ist, dass wir im Hinblick auf die große Zahl von Einwanderern aus Drittländern auch prüfen, ob die Entwicklungspolitik der Europäischen Union wirklich erfolgreich war und in welchen Punkten sie dies war; mit anderen Worten, wir brauchen eine reale Einschätzung und müssen prüfen, was geändert werden könnte oder sollte, um mit der illegalen Einwanderung in der richtigen Weise umzugehen, weil wir es in Wirklichkeit mit Menschen und nicht nur mit politischen oder Verwaltungsvorgängen zu tun haben.

Das Programm des schwedischen Ratsvorsitzes ist wirklich sehr ehrgeizig, unter anderem speziell in Bezug auf den transatlantischen Dialog. Dennoch müssen wir auch bei dieser Frage prüfen, ob es für die Europäische Union angebracht ist, einzig und allein mit Entwicklung und für die Vereinigten Staaten, einzig und allein mit Sicherheit befasst zu sein.

Ivari Padar (S&D). - (ET) Meine Damen und Herren, als Vertreter Estlands, einen von Schwedens Nachbarn, mit dem es über die Ostsee verbunden ist, möchte ich die Aufmerksamkeit auf eine der Prioritäten des Ratsvorsitzes, nämlich die der Ostseestrategie, lenken. Die Strategie, die unter aktiver Teilhabe meines sozialdemokratischen Kollegen aus dem vorherigen Parlament, dem derzeitigen estnischen Präsidenten Toomas Hendrik Ilves, initiiert wurde, ist sehr wichtig für ganz Europa, und ich möchte dem Ratsvorsitz dafür danken, dass sie dies zu einer Priorität gemacht hat.

Dies ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie von Mitgliedern des Parlaments vorgeschlagene Initiativen konkrete Resultate erzielen können. Ich möchte den schwedischen Ratsvorsitz dazu auffordern, die Ostseestrategie zu verwirklichen, da es jetzt eine ungewöhnliche Gelegenheit dazu gibt. Um dies zu bewerkstelligen, müssen wir Fonds für die gegenwärtig leere Haushaltslinie im EU-Haushalt bereitstellen. Ich hoffe, diese Strategie wird im Europäischen Rat während des schwedischen Ratsvorsitzes durchgeführt. Es gibt zwei weitere Bereiche, die für mich wichtig sind: Als ein ehemaliger Finanzminister halte ich den Umgang mit der Wirtschaftskrise und die Einführung von Transparenz im Finanzsektor für sehr maßgeblich ... *(Rede unterbrochen)*

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

Arturs Krišjānis Kariņš (PPE). – (LV) Herr Präsident, Herr Barroso, Herr Reinfeldt, zunächst möchte ich der schwedischen Regierung viel Glück für die Verwirklichung ihrer Ziele, die sie sich für die Dauer ihres Ratsvorsitzes gesetzt hat, wünschen. Europa durchlebt momentan schwierige Zeiten, Zeiten voller Herausforderungen. Eines der vielen vorrangigen Anliegen des schwedischen Ratsvorsitzes, das ich ansprechen möchte, ist die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum, insbesondere in Bezug auf die Sicherung des Energiemarkts. Eine gemeinsame Sicherung des europäischen Energiemarkts kann nicht gelingen, solange getrennte und sich isolierende Strom- und Gasmärkte in Europa bestehen. Aus historischen Gründen ist dieses Problem insbesondere im Ostseeraum evident. Wir benötigen eine gemeinsame EU-Energiepolitik, um dieses Problem zu lösen und das Risiko hinsichtlich der Energieversorgung zu verteilen. Die Grundlagen dieser Politik sind nicht nur Energieeffizienz und erneuerbare Ressourcen, sondern außerdem die Schaffung eines gemeinsamen Strom- und Gasmarkts mit Verbundnetzen. Die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sie verfolgt eine schrittweise Verknüpfung der Energiemärkte in dieser Region, indem die Lücken in den Verbundnetzen geschlossen und gemeinsame Marktmechanismen eingeführt werden. Das Vermächtnis der Besatzung der Sowjetunion im Ostseeraum ist ein geteilter und teilweise isolierter Markt, der das Risiko einer nicht flächendeckenden Energieversorgung erhöht. Unsere Herausforderung für die Zukunft besteht darin, diese Situation zu ändern und unsere gemeinsame Energieversorgungssicherheit zu erhöhen. Ich wünsche dem schwedischen Ratsvorsitz viel Glück dabei, diese wichtige Aufgabe tatkräftig anzugehen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Åsa Westlund (S&D). – (SV) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, wenn wir ein zufriedenstellendes internationales Klimaschutzübereinkommen erzielen wollen, müssen wir auch anderen Ländern Gehör schenken. Wenn wir dies tun, werden wir feststellen, dass erstens die EU und andere Länder notwendigerweise eine größere Verantwortung für die Reduzierung ihrer eigenen Emissionen tragen und zweitens die EU und andere Industriestaaten konkretisieren, wie sie wirtschaftlich zur Klimapolitik ärmerer Länder beitragen wollen.

Die Tatsache, dass die schwedische Regierung bis jetzt dagegen gearbeitet hat, hat leider die Möglichkeit, ein vertretbares Übereinkommen in Kopenhagen zu erzielen, unterminiert. Der Ministerrat der EU sollte dies auch zur Kenntnis nehmen, und ich möchte daher zwei Fragen stellen. Ist der schwedische Ratsvorsitz bereit, durch einen erhöhten Anteil der Emissionssenkung der EU im eigenen Land zu einem guten internationalen Klimaschutzübereinkommen beizutragen? Wann beabsichtigt er, spezifische Vorschläge zur Finanzierung der Klimapolitik armer Länder vorzulegen?

Tunne Kelam (PPE). -Herr Präsident, ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz zu der historisch einmaligen Gelegenheit, die Umsetzung des Vertrags von Lissabon auf den Weg zu bringen, beglückwünschen.

Ich möchte gerne drei Punkte ansprechen. Erstens ist es sehr wichtig, dass die neue Kommission so schnell wie möglich einsatzbereit ist. Institutionelle Ungewissheit kann nicht als Entschuldigung für eine Verzögerung der Neubesetzung der Kommission angeführt werden. Das sind wirklich scheinheilige Argumente. Zur Überwindung der Wirtschaftskrise und Schaffung neuer Arbeitsplätze brauchen wir mehr denn je eine starke, unabhängige und innovative Kommission.

Zweitens möchte ich den schwedischen Ratsvorsitz dafür loben, dass er federführend bei der Umsetzung der vom Europäischen Parlament initiierten Strategie für den Ostseeraum ist. Es existiert auch eine besondere Haushaltslinie für diese Strategie, allerdings noch ohne Etat. Wir können keinen positiven Wandel der Umweltverhältnisse im Ostseeraum erwarten, wenn wir nur auf Ad-hoc-Projekte zurückgreifen. Wir benötigen sicherlich auch eine koordinierte Unterstützung durch den Haushalt der Europäischen Union.

Drittens ist für Estland das Stockholm-Programm von Bedeutung. Es sollte auch ein Programm zur Anwendung moderner Informationstechnologie beinhalten. Ich frage mich, ob die Einrichtung einer Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht zur Umsetzung dieser Strategie beitragen würde. -

Alf Svensson (PPE). - (SV) Herr Präsident, ich möchte Ihnen zunächst meine Glückwünsche zu Ihrer Wahl aussprechen. Ich möchte auch Herrn Fredrik Reinfeldt für seinen hervorragenden Bericht und seine Übersicht danken. Wir alle erwarten nun große Erfolge in Kopenhagen, obwohl auch betont werden muss, dass es eine internationale Veranstaltung ist. Erwartungen wurden tatsächlich geweckt, aber ich nehme an, dass, wenn nicht alle Gruppen mit dem Ergebnis zufrieden sind, das nicht das Ende der Welt ist.

Natürlich wird die Wirtschaftskrise hier hervorgehoben. Die großen Gruppen und die großen Unternehmen finden immer genügend Beachtung. Ich möchte betonen, dass auch die kleinen loyalen Subunternehmen bei der Erörterung von Finanzangelegenheiten nicht zu vergessen sind. Ich möchte auch den spezifischen Nutzen der Strategie für den Ostseeraum hervorheben. Ich glaube, dass die Strategie für den Ostseeraum die Legitimität der gesamten Europäischen Union steigern kann. Europas größtes Binnenmeer kann und muss gerettet werden. Die Strategie für den Ostseeraum kann auch einen Beitrag dazu leisten, die Entwicklung der Kriminalität und den illegalen Handel unter Kontrolle zu halten. Dies ist auch ein wichtiger Umweltaspekt, der eigentlich im Rahmen einer eigenen Kopenhagener Konferenz erörtert werden müsste.

Ich freue mich, dass die Erarbeitung einer Lösung zur Beilegung des Grenzkonflikts zwischen Kroatien und Slowenien auf der Tagesordnung steht und dass die Zypern-Frage auch gelöst wird. Wir alle warten ungeduldig auf die Lösung dieser Probleme. Ich glaube auch, dass die nordische Region innerhalb der EU schrittweise erweitert wird und Island sowie, nehme ich an, in nicht allzu ferner Zukunft auch Norwegen aufnehmen wird.

Präsident Barack Obama hielt vor Kurzem in Afrika eine großartige Rede über Afrika. Schweden kann mit Recht stolz auf seine Arbeit sein, und ich hoffe, dass wir die Fahne der Solidarität weiterhin hochhalten.

Ivo Belet (PPE). - (NL) Ich glaube, dass wir mit unserem europäischen Projekt an einem Scheideweg stehen. Der Vertrag von Lissabon, die Kopenhagener Klimakonferenz und ein effizientes Konzept zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die drei wichtigen Anliegen, mit denen Sie sich innerhalb der nächsten sechs Monate befassen müssen, und wenn wir sie zu einem erfolgreichen Abschluss bringen, macht Europa wirklich einen „Quantensprung“ vorwärts.

Sie sind sich sicherlich dessen bewusst, dass die große Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments bereit ist, diesen Weg zu unterstützen, und ich möchte Sie dringend bitten, die Kritiker und die „bellenden Hunde am Spielfeldrand“ zu ignorieren. Lassen Sie sich nicht von Ihrer Mission, Ihrem Ziel abbringen. Ich glaube, dass wir uns auf das Wesentliche konzentrieren müssen.

Gestatten Sie mir, dass ich einen Kernpunkt herausgreife, Herr Ministerpräsident Reinfeldt. Es ist entscheidend, dass wir uns auf eines der vorrangigen Kernthemen konzentrieren, nämlich die Ausarbeitung eines gezielten Plans für die Zukunft der Automobilindustrie in der Europäischen Union. Meiner Ansicht nach gibt es bisher keinen solchen Plan oder nur Bruchteile davon, und ich glaube, dass Sie mit uns in diesem Punkt übereinstimmen. Es ist definitiv noch nicht zu spät. Der Rettungsplan für Opel ist in vollem Gang, und die Welt und sogar Europa hat die Dämonen des Protektionismus noch nicht besiegt. Sie schlummern unter der Oberfläche, und Schweden ist genauso betroffen wie Belgien oder Frankreich, Deutschland und die Slowakei. Wir sitzen alle im selben Boot.

Wir müssen diese Aufgaben solidarisch, in koordinierter Form angehen, anstelle einen „Jeder für sich“-Ansatz zu verfolgen, und wir dürfen uns dabei nicht gegenseitig die Flügel stutzen. Herr Präsident, Sie haben hier die einmalige Gelegenheit, mit dem Präsidenten der Kommission zusammenzuarbeiten – dies ist auch ein klares Signal an die Kommission –, um einen gemeinsamen Plan auszuarbeiten, einen gemeinsamen Plan, Herr Barroso, für die Zukunft unserer Autofabriken, um sie sicher in das 21. Jahrhundert zu lenken.

Wir glauben, dass das energieeffiziente und umweltfreundliche Auto in Europas bestehenden Montagewerken herzustellen ist, und wir zählen deshalb auf Sie, Herr Barroso und Herr Reinfeldt, dass Sie auf unserer Seite sind.

Csaba Sógor (PPE). - (HU) Unserer Ansicht nach ist Schweden mit Europa gleichzusetzen. Dieses Land ist die Heimat von Wohlstand, Sicherheit und Freiheit, wo Themen wie Menschenrechte und Grundfreiheiten genauso wichtig sind wie wirtschaftliche Belange und Fragen des Klimawandels. Wir haben das Parlament

eines EU-Mitgliedstaates, das am 30. Juni 2009 ein Sprachgesetz verabschiedete, das festlegt, dass jeder, einschließlich Sie alle, der die Hauptstadt dieses Landes nicht in der Amtssprache des Landes, Bratislava, benennt, sondern den deutschen Namen, Pressburg, oder den ungarischen Namen, Pozsony, verwendet, unter Umständen ein Bußgeld von 5 000 EUR bezahlen muss. Die Begründung zum Änderungsantrag des Sprachgesetzes lautet, dass der Schutz der Landessprache in einigen Fällen das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Schutz der Privatsphäre überschreitet. Eine Europäische Union, die so ein Gesetz verabschiedet, ist nicht länger ein freies Europa. Ich bitte den schwedischen Ratsvorsitz, alles dafür zu tun, dass dieses Gesetz aufgehoben wird und dass der slowakische Staatschef es nicht unterzeichnet.

Kinga Göncz (S&D). – (HU) Ich möchte gerne zwei der Schwerpunkte des schwedischen Ratsvorsitzes ansprechen, die ich mit Freude auf der Liste gesehen habe. Der erste ist die eindeutige Ablehnung von Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie. Ich glaube, dass die Bedeutung dieser Frage insbesondere noch durch das Ausmaß der Unterstützung der extremen Rechten in einigen europäischen Ländern während der Wahlen zum Europäischen Parlament verstärkt wird. Wir, das Parlament und der derzeitige Ratsvorsitz stehen daher alle in der Verantwortung und müssen sicherstellen, dass die Sicherheit der Schutzbedürftigsten nicht gefährdet ist. Insbesondere müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um eine Zusammenarbeit zwischen den Parteien, die eine demokratische Gesinnung vorgeben, und den extremistischen Parteien zu unterbinden. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist das slowakische Sprachgesetz, das bereits mehrfach heute erwähnt wurde und das der Beschreibung nach höchst diskriminierend ist. Der zweite Schwerpunkt, den ich positiv bewerte, ist eine Reihe europäischer Maßnahmen zur Integration von Roma-Volkgruppen.

Mirosław Piotrowski (ECR). – (PL) Herr Präsident, die Fortführung der Erweiterung der Europäischen Union und die Zukunft des Vertrags von Lissabon gehören zu den Zielen des schwedischen Ratsvorsitzes. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat vor Kurzem entschieden, dass dem Vertrag von Lissabon nur zugestimmt werden kann, wenn der Vorrang von Bundestag und Bundesrat gesichert ist, was die Idee des europäischen Föderalismus infrage stellt. Der Vertrag von Lissabon stellt sich somit als „juristisches Monstrum“ dar, was nicht nur von den Deutschen erkannt, sondern auch von den Iren in einem Referendum und von den Präsidenten der Tschechischen Republik und Polen zum Ausdruck gebracht wurde. Vor diesem Hintergrund sollte der schwedische Ratsvorsitz eine europaweite Debatte über die Funktion der nationalen Parlamente der 27 Mitgliedstaaten initiieren und ein neues Modell der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten entwickeln.

Es ist daher zu hoffen, dass der schwedische Ratsvorsitz, dem ich viel Erfolg wünsche, der Stimme der Bürgerinnen und Bürger größere Aufmerksamkeit schenken wird.

Simon Busuttil (PPE). – (MT) Ich möchte auch Herrn Ministerpräsident Reinfeldt loben, dass er bis zum Ende der Aussprache geblieben ist. Wir erwarten vom Ratsvorsitz die Umsetzung von drei wichtigen Schwerpunkten. Der erste ist das Stockholm-Programm zum Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Wir müssen sicherstellen, dass eine Einigung über dieses Programm so schnell wie möglich erzielt wird. Der zweite Schwerpunkt ist die Umsetzung des Pakts zu Einwanderung und Asyl. Wir erwarten von Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie diesen im letzten Jahr beschlossenen Pakt umsetzen. Drittens wurde im letzten Monat auf der Tagung des Europäischen Rates eine Einigung über das Pilotprojekt zur Lastenverteilung im Bereich Immigration erzielt. Sie haben eine Menge Arbeit vor sich, Herr Ministerpräsident, und wir werden zusammen mit unserem Präsident genau verfolgen, ob diese Arbeit durchgeführt wird.

Ana Gomes (S&D). – (PT) Seit Dag Hammarskjöld hat sich Schweden als ein Mitglied der Vereinten Nationen ausgezeichnet. Es weiß daher, dass ohne Gremien mit allgemein anerkannter Legitimität und Repräsentationsgrad es politisch nicht durchsetzbar ist, Kyoto 2, die Doha-Runde oder die Millenniumsentwicklungsziele zum Abschluss zu bringen oder die globale Wirtschaft zu regulieren, ganz abgesehen von der Verteidigung der Menschenrechte.

Es ist bedauerlich, dass der schwedische Ratsvorsitz nur auf den informellen und strittigen Rahmen der G20 zurückgreift. Es ist tragisch, dass die EU – diese Lokomotive der Welt, laut Herrn Barroso nach einem Zitat des Generalsekretärs der Vereinten Nationen – führungslös ist und zu einem Zeitpunkt, wo Präsident Obama sein Engagement für eine globale Ordnungspolitik bekundet, keine strategische Vision in diesem Bereich hat. Stattdessen haben wir auf unserer Seite nur den Papst gehört, der die dringende Notwendigkeit einer Reorganisation des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der Bretton-Woods-Institutionen weiterhin annahmt.

Herr Präsident, warum weigert sich der schwedische Ratsvorsitz, Europa dazu zu veranlassen, eine Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu erzwingen, wenn er mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon einen Sitz für die Europäische Union einfordert?

Pat the Cope Gallagher (ALDE). – (GA) Herr Präsident, das Referendum zum Vertrag von Lissabon, das am zweiten Oktober dieses Jahres in Irland stattfindet, ist eines der wichtigsten Ereignisse für den schwedischen EU-Ratsvorsitz.

Irland hat Rechtsgarantien in einigen Politikbereichen erhalten, und dies trägt in erheblichem Maße dazu bei, die Bedenken der irischen Bevölkerung, die in dem ersten Referendum im letzten Jahr bekundet wurden, teilweise auszuräumen. Nun obliegt es denen von uns, die glauben, dass eine Abstimmung zugunsten des Vertrags für Irland von Nutzen wäre, diese Entscheidung in meinem Land zu fördern.

Wird der Vertrag von Lissabon angenommen, – und ich hoffe, dass das Referendum erfolgreich ist, – können die einzelnen Länder ein Mitglied der Kommission ernennen. Diejenigen, die sich für den Vertrag aussprechen, können sich keine Selbstzufriedenheit leisten. Wir müssen alle Anstrengungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Vertrags unternehmen.

(Der Präsident entzieht dem Sprecher das Wort)

Jacek Protasiewicz, (PPE). – (PL) Herr Präsident, Ich möchte gerne Herrn Ministerpräsident Reinfeldt dafür danken, dass er die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn in seine Prioritätenliste aufgenommen hat. Ich möchte ihm auch für das Engagement der schwedischen Regierung für die Weiterentwicklung der Östlichen Partnerschaft danken.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass in den nächsten sechs Monaten wir, als Europäische Union, und Schweden, durch die Übernahme des EU-Ratsvorsitzes, mit Problemen der Missachtung von Menschenrechten in Weißrussland konfrontiert werden. Seit sechs Monaten nun sind drei Unternehmer, Herr Avtukhovich, Herr Leonov und Herr Osipenko, inhaftiert und bekommen keinen fairen Strafprozess. Von 12 jungen Aktivisten, die im Januar 2008 an einer Demonstration teilnahmen, wurden 11 zu Freiheitsstrafen verurteilt, und vor einigen Tagen wurde einer zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Herr Ministerpräsident, bitte nehmen Sie sich in den nächsten sechs Monaten dem Thema der Verletzung der Menschenrechte in Weißrussland an.

Fredrik Reinfeldt, amtierender Präsident des Rates. – (SV) Herr Präsident, ich hoffe, ich kann etwas von der Zeit, die ich Ihnen zuvor gestohlen habe, zurückgeben.

(Der Präsident entzieht kurz dem Sprecher das Wort)

Ich weiß, dass Sie auf eine Abstimmung warten. Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen meinen Dank dafür ausspreche, dass Sie Ihre entsprechenden Fraktionen so gut vertreten haben. Ich nehme Ihren Eifer und die Erwartungen, die Sie in den schwedischen EU-Ratsvorsitz setzen, zur Kenntnis und nehme Ihren Wunsch nach durchschlagenderen Klimaverhandlungen und wirksamen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise ernst. Sie haben unsere Strategie für den Ostseeraum, unser Stockholm-Programm, unsere fortlaufenden Bemühungen, den Erweiterungsprozess weiter voranzutreiben, erwähnt, und ich möchte Ihnen allen für Ihre Unterstützung in diesen Belangen danken.

Ich weiß zudem, dass der Übergang zu dem Vertrag von Lissabon ein nächstes Treffen nach sich zieht, und dass wir in diesem Herbst intensiv zusammenarbeiten werden. Einige Minister in meinem Kabinett sind heute schon hier. Wir haben Ihre Fragen und Meinungen genau verfolgt und vermerkt. Ich hoffe auf eine enge Zusammenarbeit und sehe Sie hoffentlich im Herbst wieder.

Der Präsident. – Wir hoffen auch auf kontinuierliche Debatten und eine Zusammenarbeit mit dem Ratsvorsitz. Das ist sehr wichtig für das Europäische Parlament. Es ist der Beginn unserer Wahlperiode, wir haben eine Menge zu tun, und der schwedische Ratsvorsitz ist ein sehr guter Ausgangspunkt. Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Ich möchte auch dem Präsidenten der Europäischen Kommission meinen Dank aussprechen.

(Beifall)

Die Aussprache ist beendet.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Bairbre de Brún (GUE/NGL), schriftlich. – (GA) Ich begrüße den Vorschlag des schwedischen Ratsvorsitzes, den Schwerpunkt während der EU-Ratspräsidentschaft auf politische Themen und nicht auf Verfassungsfragen zu legen.

Der Rat hat allerdings entschieden, den demokratisch geäußerten Willen der Iren zu übergehen und den Vertrag von Lissabon durchzusetzen.

Leider ist der politische Handlungsrahmen dieselbe verfehlte Politik der Deregulierung und Liberalisierung. Dies ist keine angemessene Reaktion auf die Wirtschaftskrise. Das völlige Gegenteil ist der Fall, nämlich eine Fortsetzung derselben Politik, welche die Krise verursacht hat, und es ist auch diese Politik, die im Vertrag von Lissabon weiterhin gestützt wird.

Uns wird gesagt, dass wir den Vertrag von Lissabon brauchen, weil so viele Jahre daran gearbeitet wurde. Aber der Vertrag von Lissabon wurde vor der Wirtschaftskrise ausgearbeitet und beschlossen und basiert auf einer Politik, welche die Krise mit ausgelöst hat. Es wäre verhängnisvoll, diese überholte Politik durchzusetzen, da es die Krise noch verstärken würde.

Eine neue Politik für eine neue Ära ist geboten. Ein neuer Vertrag für eine neue Epoche ist notwendig.

In Bezug auf den Klimawandel sollte der schwedische Ratsvorsitz alle Anstrengungen unternehmen, um ein stabiles Übereinkommen in Kopenhagen zu erzielen.

Diane Dodds (NI), schriftlich. – Der neue schwedische Ratsvorsitz ist mit vielen Herausforderungen konfrontiert, aber die größte ist die Zusicherung, dass die EU die Staatshoheit der Mitgliedstaaten achtet und die demokratischen Rechte der Völker Europas nicht mit Füßen tritt.

Zu oft werden die Belange und Interessen der Völker Europas durch einen überstürzten Aktionismus, die föderalistische Agenda auf den Weg zu bringen, wie im Vertrag von Lissabon verdeutlicht, übergangen.

In Anbetracht bevorstehender Änderungen sind die Vorbereitungen für die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 2013 ein Anliegen während dieses EU-Ratsvorsitzes. Die Vertreter der Regionen, die wie Nordirland stark von der Landwirtschaft abhängig sind, müssen im Rahmen dieser Debatte und bei der Aussprache zur Reform der Fischereipolitik angehört werden.

Wir haben eine große Verpflichtung, unseren Wählerinnen und Wählern in diesen Zeiten großer Spannungen auf den Finanzmärkten zu helfen und sie zu schützen. Die EU darf den Weg zu Wirtschaftswachstum und -stabilität nicht weiter verbauen.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Das antisoziale Programm des schwedischen EU-Ratsvorsitzes ist ein gefährlicher Schritt vorwärts zur Ausweitung einer neoliberalen Politik. Es lässt eine kompromisslose Verfolgung der Politik durch die kapitalistischen Führer der Europäischen Union erkennen, die trotz der Faktenlage vergessen, dass ihre Politik die Hauptursache für die wirtschaftliche und soziale Krise ist.

Auch wenn bei der Vorstellung seines Programm der schwedische Ratsvorsitz die Menschen und die Probleme der Arbeitslosigkeit ansprach, erwähnte er keine einzige Maßnahme zur Änderung der bestehenden Politik, die diese Probleme verursacht hat. Ganz im Gegenteil. Er unterstrich insbesondere die Politik des freien Wettbewerbs in vielen Bereichen, einschließlich des Dienstleistungssektors und Außenhandels. Er verlässt sich völlig auf die Erholung der Finanzmärkte, auf die Wiederaufnahme der Paradigmen des Stabilitätspakts und die Verteidigung des Neoliberalismus, der zweifellos zu einer weiteren Einschränkung sozialer Rechte und der Rechte von Arbeitnehmern führt.

Er vergaß auch nicht, auf einem neuen für den 2. Oktober geplanten Referendum in Irland zum Vertrag von Lissabon im Sinne einer fortgesetzten Erpressung des irischen Volkes zu beharren, um die Zerschlagung des öffentlichen Dienstleistungssektors und die Einschränkung sozialer Rechte, auch in den Bereichen soziale Sicherheit, Gesundheit, Wasser- und Stromversorgung, Sozialschutz und Rechte der Arbeitnehmer, schneller voranzutreiben. Es ist nicht schwer, vorherzusehen, dass er neue Vorschläge für Richtlinien vorlegen wird, um zu versuchen, wieder dieselbe Politik durchzusetzen, die in der vorherigen Wahlperiode zurückgewiesen wurde.

Livia Járóka (PPE), schriftlich. – (HU) Ich begrüße den neuen Ratsvorsitz und möchte meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass, als drittes Mitglied der Troika, Schweden die Arbeit des tschechischen und französischen Ratsvorsitzes im Bereich der sozialen Integration von Roma-Volksgruppen fortsetzen wird. Viele Faktoren behinderten die Arbeit des scheidenden tschechischen Ratsvorsitzes, aber die allgemeine

Situation in Bezug auf die Belange der Roma ist trotzdem positiv. Tatsächlich tagten die Interessenvertreter der Roma zum ersten Mal im April in Prag, und im Juni erweiterte der Europäische Rat seine allgemeinen Ziele durch die Zusicherung der Chancengleichheit für die Roma-Volksgruppen, indem er die Kommission und Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung, der die Roma ausgesetzt sind, aufforderte.

Dasselbe Papier beinhaltet die Annahme der in Prag festgelegten gemeinsamen Grundprinzipien durch den Rat, um die soziale Integration der Roma durchzusetzen, und einen Aufruf an die öffentlichen Entscheidungsträger, diese Grundprinzipien zu berücksichtigen und zu befolgen. Auf der Grundlage der bisher durch die Troika erzielten Ergebnisse hoffe ich, dass der schwedische Ratsvorsitz den Anliegen der Roma zumindest mehr Beachtung als bisher schenken wird. Zum Beispiel hoffe ich, dass auf der bevorstehenden Konferenz zum globalen Arbeitsmarkt im Oktober und auf dem Gipfel zur Chancengleichheit, der im November stattfinden soll, die Anliegen von Europas größter Minderheit vorrangig behandelt werden. Tatsächlich ist die Bevölkerung dieser Volksgruppe erheblich größer als die im Ostseeraum lebende Bevölkerung, die von diesem Ratsvorsitz als Schwerpunktthema eingestuft wurde. Ich hoffe auch, dass der schwedische Ratsvorsitz über die bereits angenommenen theoretischen Ansätze und die beschlossenen organisatorischen Vorkehrungen hinaus spezifische Maßnahmen einleitet und diese Konzepte umsetzt.

Marian-Jean Marinescu (PPE), schriftlich. – (RO) Das Stockholm-Programm, ein Schwerpunktthema für den schwedischen Ratsvorsitz, muss eine unterstützende Funktion beim Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie bei der Ankurbelung der Wirtschaft in der derzeitigen Krise, insbesondere angesichts des möglichen Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon, einnehmen.

Der Erfolg des Stockholm-Programms trägt zur Öffnung Europas gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern bei. Dieser Erfolg spiegelt sich in der Durchsetzung des Rechts auf Freizügigkeit und freie Wahl des Wohnsitzes für alle europäischen Bürgerinnen und Bürgern und einer umfassenden Umsetzung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung in Zivil- und Strafsachen auf EU-Ebene wider.

Der schwedische Ratsvorsitz muss die Arbeit des französischen und tschechischen Ratsvorsitzes fortsetzen, dessen vorrangiges Ziel darin bestand, allen Arbeitnehmern innerhalb der EU einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt der Gemeinschaft, einer für die europäische Bürgerschaft äußerst symbolische Freiheit, zu gewähren.

In diesem Sinne müssen die Mitgliedstaaten sich durch konkrete Maßnahmen zur Abschaffung virtueller Grenzen innerhalb der EU aktiv beteiligen. Diese virtuellen Grenzen schränken das Recht der Bürgerinnen und Bürgern auf Freizügigkeit ein, da sie mit administrativen und rechtlichen Hürden konfrontiert werden, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat leben und arbeiten.

Das Recht auf Freizügigkeit und der freie Personenverkehr muss für alle EU-Bürgerinnen und Bürger Wirklichkeit werden, insbesondere in Zeiten einer Wirtschaftskrise, welche die Notwendigkeit der Förderung einer uneingeschränkten Mobilität unter den Arbeitnehmern aufzeigt. Diese Mobilität kann eine selbstregulierende Wirkung zeigen und Flexibilität gewährleisten sowie die Schwarzarbeit einschränken und die natürliche Arbeitslosenquote senken.

Silvia-Adriana Țicău (S&D), schriftlich. – (RO) Die EU ist derzeit mit enormen Herausforderungen konfrontiert: der Wirtschafts- und Finanzkrise, einem alarmierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit und dem Klimawandel. Die Arbeitslosenquote in der EU beträgt derzeit 8,9 %, während 19 % der Jugendlichen unter 16 Jahren und 19 % der älteren Menschen dem Armutsrisiko ausgesetzt sind. Menschen verlieren ihre Arbeit, viele Unternehmen gehen in Konkurs, während nationale Haushalte hohe Defizite aufweisen. Der schwedische EU-Ratsvorsitz trägt eine große Verantwortung gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Sie muss ihre Hoffnung auf einen annehmbaren Lebensstandard wiederherstellen und die Grundlage für einen Wirtschaftsaufschwung schaffen, indem sie die Bürgerinnen und Bürger dazu veranlasst, an einem Strang zu ziehen. Maßnahmen, wie die Steigerung der Energieeffizienz, die Energienutzung aus erneuerbaren Energiequellen und eine höhere Energieversorgungssicherheit innerhalb der EU gehören zu den Schwerpunkten des schwedischen Ratsvorsitzes. Ich hoffe, dass der schwedische EU-Ratsvorsitz eine Epoche des Wohlstands mit einem Wirtschaftswachstum für die nächsten 40 bis 50 Jahre einleitet. Ich glaube, dass wir mehr als je zuvor in Bildung, Forschung, Energieeffizienz und vor allem in Menschen investieren müssen. Schweden ist bekannt für seine Sozialpolitik und seinen hohen Lebensstandard. Daher wünsche ich Ihnen zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern in Europa viel Erfolg, und wir hoffen, dass diese Wahlperiode das Sprungbrett für eine neue Zukunft ist.

Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Die Schwerpunktthemen des schwedischen Ratsvorsitzes verschärfen den Angriff der EU auf die Graswurzelbewegung. Die EU verfolgt weiterhin die Sicherung der Rentabilität von Euro-Kapital, wobei sie die Last der kapitalistischen Rezession der Arbeiterschaft und den Gruppierungen der Graswurzelbewegung aufbürdet. Der schwedische Ratsvorsitz versucht, kapitalistische Restrukturierungen im Rahmen der Lissabon-Strategie voranzutreiben. Im Zentrum dieses Angriffs auf die Arbeiterschaft stehen Lohn- und Rentenkürzungen, die vollständige Auflösung von Arbeitsverhältnissen, Arbeitnehmerrechten und Sozialschutz sowie Versicherungssystemen und eine noch stärkere Kommerzialisierung von Gesundheit und Bildung.

Die „grüne Wirtschaft“ wird geschaffen, sodass unter dem Vorwand der Bekämpfung des Klimawandels neue gewinnbringende Gewerbegebiete für das Kapital erschlossen werden.

Das Stockholm-Programm verfolgt im Namen der Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens den weiteren Ausbau des politischen Systems der Bourgeoisie, um Reaktionen der Graswurzelbewegung einzudämmen und repressive Maßnahmen gegen Immigranten zu ergreifen.

Die Strategie für den Ostseeraum hat den Weg für eine aggressivere Marschroute der EU-Monopole in den Ländern der östlichen Grenzgebiete der EU geebnet, in dem Versuch, ihre Position im imperialistischen Wettbewerb zu stärken.

Indem sie „Garantien“ als Vorwand und offenkundigen Zwang einsetzen, versuchen sie, die irische Abstimmung an sich zu reißen, um den Vertrag von Lissabon, der sich gegen die Graswurzelbewegung richtet, umzusetzen.

VORSITZ: Gianni PITTELLA

Vizepräsident

6. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Der nächste Punkt auf der Tagesordnung ist die Abstimmungsrunde.

(Für Einzelheiten zum Abstimmungsergebnis: siehe Protokoll)

6.1. Wahl der Quästoren des Europäischen Parlaments (erster, zweiter und dritter Wahlgang)

- Vor der Abstimmung

Martin Schulz (S&D). – (DE) Herr Präsident! Ich glaube, Sie müssen etwas erklären: Wir führen jetzt einen Test durch. Bei diesem Test kann man nur zwei Personen – also Pavarotti und Montserrat Caballé – wählen. Nachher bei den Quästoren kann man aber fünf Personen wählen. Das will ich nochmals festhalten. Das führt hier bei vielen Kollegen zu Verwirrung. Nur bei diesem Test kann man zwei Personen wählen, nachher bei der Abstimmung sind es fünf.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Außer Ihnen meinen Dank auszusprechen, dass Sie Pavarotti an erste Stelle setzen, möchte ich auch etwas sagen. Müssen wir, nachdem wir die beiden angekreuzt haben, über die abgestimmt wird, unsere Wahl bestätigen oder es dabei belassen?

Carlo Casini (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da nicht jeder die mündliche Erklärung vor der Abstimmung vollkommen verstanden hat, wäre es eine gute Idee, erneut deutlich zu erklären, wie wir abstimmen.

Der Präsident. -- Ich bin davon überzeugt, dass das Ergebnis der Abstimmung zeigt, wie schnell das Verfahren erlernt wurde.

- Nach der Abstimmung

Gemäß Artikel 16 und Artikel 15 Absatz 2 der Geschäftsordnung, wird die Rangfolge der Quästoren durch die Zahl der erhaltenden Stimmen festgelegt. Die Zusammensetzung des neuen Präsidiums wird den Präsidenten der Organe der Europäischen Gemeinschaften mitgeteilt.

6.2. Zahlenmäßige Zusammensetzung der Ausschüsse

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmung beendet.

(Die Sitzung wird um 13.45 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen)

VORSITZ: Gianni PITTELLA

Vizepräsident

7. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

8. Iran (Aussprache)

Präsident. – Der nächste Punkt auf der Tagesordnung sind die Erklärungen des Rates und der Kommission zum Iran.

Carl Bildt, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident! Es ist eine Ehre, zum ersten Mal hier vor Ihnen zu stehen. Ich erwarte, in den kommenden sechs Monaten hier oftmals zu verschiedenen Themen zu sprechen.

Das gegenwärtige Thema auf der Tagesordnung ist der Iran. Bevor ich zum Kern dieses Themas komme, lassen Sie mich gegenüber dem Iran mein tiefempfundenes Mitgefühl für den tragischen Unfall heute früh ausdrücken. Wir bedauern aufrichtig den Verlust von Leben und drücken unsere Sympathie all jenen aus, die von dieser Tragödie betroffen sind.

Das Thema Iran steht offensichtlich ganz oben auf der Agenda des schwedischen Ratsvorsitzes. Dies hängt mit dem Wahlergebnis und den Fragezeichen - um es mild auszudrücken - die nach der Wahl aufkamen, sowie mit den politischen Entwicklungen zusammen, die wir seitdem erlebt haben.

Ich denke, Sie alle sind sich bewusst, dass die Europäische Union in Zusammenhang mit diesen Ereignissen eine sehr starke und prinzipientreue Stellung bezogen hat. Wir haben erneut darauf hingewiesen, dass Fragen bezüglich der Durchführung von Wahlen Themen sind, die die iranischen Behörden wirklich untersuchen und klären sollten. In unseren Reaktionen waren wir auch bezüglich dessen, was in den Straßen von Teheran passierte, sehr deutlich. Wir haben die Razzien, die Gewalt und die Gewaltanwendung gegen friedliche Demonstrationen, die wir gesehen haben, verurteilt; wir verurteilen die Razzien gegen Journalisten, Medienkanäle, das Nachrichtenwesen und Demonstranten. Diese widersprechen nicht nur den Normen und Werten, für die wir stehen, sondern offensichtlich auch dem Wunsch nach einer offeneren und reformorientierten Gesellschaft, der von so vielen Iranern zum Ausdruck gebracht wurde.-

Dies gesagt, bleiben wir bei unserer prinzipientreuen Politik, uns eine andere, bessere und neue Beziehung zur iranischen Nation zu wünschen. Es ist eine reiche Nation, die zur Entwicklung der Welt und zur Entwicklung ihrer eigenen Region viel beizutragen hat, und wir möchten hoffen, dass es eines Tages - hoffentlich in nicht allzu ferner Zukunft - die Möglichkeit einer wahrhaft neuen Beziehung geben wird.

Bevor ich schließe, lassen Sie mich nur ein Problem anmerken, das uns sehr beschäftigt hat, und zwar, dass die iranischen Behörden eine Anzahl von Personen festgehalten haben, die Bedienstete europäischer Missionen sind, sowie auch einige europäische Staatsbürger. Bezüglich dieser Probleme waren wir mit den iranischen Behörden in ständigem Kontakt. Wir halten mögliche Anschuldigungen gegen sie für unbegründet und ich kann Ihnen versichern, dass wir uns weiterhin mit den iranischen Behörden auf allen möglichen Ebenen auseinandersetzen werden, bis diese Probleme in zufriedenstellender Art und Weise gelöst sind - also bis die betroffenen Personen freigelassen sind.

Catherine Ashton, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Dies ist meine erste Gelegenheit, den Damen und Herren Abgeordneten zu ihrer Wahl in dieses neue Europäische Parlament zu gratulieren. Ich kann im Namen der Kommission sagen, dass wir uns sehr auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen freuen, natürlich auch im Bereich einiger der dringendsten internationalen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, und das Thema der heutigen Debatte ist mit Sicherheit eines davon. Meine Kollegin Benita Ferrero-Waldner ist diese Woche auf Reisen und deswegen habe ich angeboten, in Ihrem Namen heute im Parlament zu sprechen und freue mich sehr darüber.

Dieses Parlament spielt eine bedeutende Rolle in der Aufrechterhaltung und Entwicklung von Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Islamischen Republik Iran. Austauschbesuche zwischen der

Iran-Delegation unseres Parlaments und den Abgeordneten des iranischen Parlaments, dem Majlis, haben bereits eine bedeutende Rolle bei der Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses gespielt. Das Parlament hat auch an der Schaffung von mehreren Instrumenten Anteil gehabt, die als wichtige Grundlage für Aktivitäten der EU im Iran dienen, und wir in der Kommission hoffen, diese in den kommenden Jahren weiterhin gut zu nutzen.

Die heutige Debatte wurde von den vor Kurzem stattgefundenen iranischen Präsidentschaftswahlen und den anschließenden Ereignissen veranlasst. Während, wie der Ratsvorsitz gesagt hat, die Entwicklung des politischen Lebens und die Politik im Iran hauptsächlich die Bürgerinnen und Bürger des Irans betreffen, kann kein Zweifel an der weiteren Bedeutung bestehen und es ist richtig, dass wir diese Entwicklungen aufmerksam verfolgen sollten.

Die Europäische Union hat im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen sehr klare Standpunkte zur Lage im Iran eingenommen und ist in diesen Standpunkten geblieben. Wir haben vollen Respekt für die Souveränität des Irans ausgedrückt, aber unsere tiefe Betroffenheit über die auf die Wahlen folgende Gewalt betont, wie wir es für jedes Land tun würden, in dem Menschen sterben oder Rechte gefährdet werden.

Anschuldigungen einer Einmischung Europas in die Iran-Wahlen oder einer Beteiligung an den darauf folgenden Demonstrationen sind unbegründet. Dennoch stellen die Unterdrückung von friedlichen Demonstrationen, willkürliche Verhaftungen und die strenge Zensur der Medien Verletzungen der Menschenrechte dar, die nicht als reine innenpolitische Angelegenheiten eines Landes betrachtet werden können. Trotz der aktuellen schwierigen Lage im Iran ist die Kommission sehr von der Beibehaltung des Dialogs überzeugt. Dies galt vor den Wahlen und es gilt auch jetzt.

Die Europäische Union und der Iran haben viele gemeinsame und dringende Interessen, zu denen der Kampf gegen Drogenhandel und die Unterstützung von afghanischen Flüchtlingen gehören. Diese verlangen unsere kontinuierliche Aufmerksamkeit und Zusammenarbeit, und wir hoffen, dass der Iran diese Ansicht teilen wird.

Die Kommission sucht weiterhin nach Wegen, die Gemeinschaftsinstrumente für konstruktive Aktivitäten im Iran einzusetzen. Wir können das gegenseitige Verständnis verbessern, indem wir beispielsweise unsere Zusammenarbeit im Bereich des akademischen Austauschs über Erasmus Mundus fortsetzen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Europäische Union alle verfügbaren Kommunikationswege mit dem Iran offenhalten sollte. Wir sollten uns auf allen Ebenen um einen Dialog mit dem Iran bemühen. Sofern dies möglich und klug ist, sind wir bereit, unsere Zusammenarbeit in Zukunft fortzusetzen und auszudehnen.

Derzeit haben wir viele Differenzen mit der iranischen Regierung; einige sind sehr ernst. Wir rufen die iranische Regierung auf, sich uns bei dem Versuch anzuschließen, mithilfe des Dialogs Lösungen für unsere Differenzen zu finden. Nur durch die Diskussion der uns trennenden Herausforderungen im Geiste gegenseitigen Respekts, können wir hoffen, diese zu überwinden. Europa hat die Tür nie vor solchen Diskussionen verschlossen und sie bleibt auch heute offen.

Schließlich schließe ich mich dem Ratsvorsitz an und möchte den Familien von Iranern und Armeniern, die in die Tragödie des heutigen Flugzeugabsturzes verwickelt sind, mein Beileid ausdrücken.

Jacek Saryusz-Wolski, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte den Ton der Debatte in der Sondersitzung des ausscheidenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wiedergeben, der vergangenen Mittwoch zusammenkam, weil es keine Zeit gab, einen neuen Ausschuss einzuberufen.

Jeder kennt die Tatsachen nur zu gut, also werde ich mich nicht damit aufhalten. Die Union hat die Pflicht, die Universalität der Menschenrechte zu betonen, Verletzungen der Menschenrechte im Iran sehr genau zu verfolgen und den Iran für die Brutalität und Gewalt zur Rede zu stellen. Vergangene Woche haben wir, aus dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und der Delegation für Beziehungen mit dem Iran, uns mit Vertretern der Zivilgesellschaft des Irans getroffen und dies sind Aspekte, die wir für extrem wichtig halten.

Wir befürworten vollkommen die bisherigen Erklärungen und Stellungnahmen des Ratsvorsitzes, des Rates und der Kommission. Wir fordern den Rat aber auch auf, dafür zu sorgen, dass Mitgliedstaaten der EU und ihre Botschafter in Teheran sich gänzlich an EU-Richtlinien für Menschenrechtsverteidiger und die Verhütung von Folter halten. Wir sollten der Kommission deutlich machen, dass wir auf die Nutzung aller verfügbaren Mittel bestehen. Wir sollten Zivilgesellschaftsorganisationen im Iran unterstützen und stärken - insbesondere mit dem europäischen Instrument für Demokratie und Menschenrechte - und alle Bemühungen für erneuerte Verbindungen mit der iranischen Zivilgesellschaft auf so unumstrittenen Gebieten wie dem Kampf gegen

Drogenhandel, Flüchtlingsproblematiken, akademischen Austausch und Journalistenbesuchen in Europa einsetzen, um nur einige wenige zu nennen. Sie könnten dabei helfen, die Kontakte zwischen den Völkern zu fördern und zu besserer Redefreiheit im Land führen. Druck auf Menschenrechte - ja! Aber keine Isolierung! Dialog, auch wenn es ein sehr schwieriger Dialog ist.

Wir werden mit dem Iran eine sehr schwierige und angespannte Periode erleben. Die entscheidende Atomfrage liegt auf Eis und wir fragen: Welcher Weg, ist der Weg nach vorn? Nun, Sanktionen sind eine mögliche Maßnahme, die untersucht wird. Wir sind wirklich davon überzeugt, dass die Union einen Weg finden muss, um den Dialog mit dem Iran auf all diesen Gebieten wieder aufzunehmen. Die Notwendigkeit, Wege zu finden, um frisches Vertrauen aufzubauen und einen starken diplomatischen Prozess zu schaffen, war nie größer als gerade jetzt. Wir sollten dem Rat und der Kommission unsere volle Unterstützung bei ihren Bemühungen geben. Wir, das Europäische Parlament, müssen wiederum unsere Bemühungen fortsetzen, diplomatische Aspekte der Beziehungen unseres Parlaments mit dem Iran durch bessere Verbindungen mit dem Majlis zu stärken.

Richard Howitt, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Egal, was die Leute über das Ergebnis der iranischen Wahlen denken, es besteht kein Zweifel darüber, dass Dutzende - Hunderte Personen verletzt wurden. Dutzende Personen wurden in den Demonstrationen, die seit den Wahlen in diesem Land stattgefunden haben, getötet und Tausende Menschen scheinen als politische Gefangene verhaftet worden zu sein. Deswegen sollte dieses Parlament nicht zögern, diese Menschenrechtsverletzungen genauso wie die Behinderung des freien Journalismus, die seit den Wahlen stattfindet, zu verdammen.

Wir sollten auch, wie Herr Sayusz-Wolski es bezüglich der Sondersitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vergangene Woche erwähnte, anerkennen, dass einer der besten Wege der Ermittlung freier und gerechter Wahlen darin besteht, Wahlbeobachter für den Vorgang einzuladen und diese Europäische Union hat diesbezüglich einen guten Ruf. Wir sollten in diesem Parlament heute bemerken, dass die Kommission in unserem Auftrag nicht zuversichtlich war, dass sie eine unabhängige, gerechte und objektive Arbeit leisten konnte. Deswegen haben wir einen echten Grund zu sagen, dass wir in die Wahlergebnisse kein Vertrauen haben.

Wir empfinden großes Mitgefühl mit den Iranerinnen und Iranern, die verletzt, verhaftet oder deren Menschenrechte verletzt wurden. Wir denken vor allem an sie, aber ich fordere dieses Parlament auch auf, nicht den Iraner zu vergessen, der Mitarbeiter der Britischen Botschaft war. Er wurde verhaftet und in vollkommen ungerechtfertigter Art und Weise beschuldigt, die Demonstrationen geschürt zu haben. Wir haben auch großes Mitgefühl mit der französischen Studentin, die von iranischen Stellen festgehalten wurde. Wir sollten unsere Kolleginnen und Kollegen im schwedischen Ratsvorsitz loben, die jenen Ländern beigestanden und eine gemeinsame Aktion der Europäischen Union als Reaktion gewährleistet haben, und wir bitten sie, dies weiterhin zu tun.

Schließlich bin ich beschämt, dass die Britische Nationalpartei zum ersten Mal zu Wort kommt, mit einem Abgeordneten, der vergangenen Freitag den Islam als einen „Krebs, der mit Chemotherapie aus Europa entfernt werden sollte“ bezeichnete. Das ist nicht repräsentativ für die Meinung des britischen Volkes; das ist nicht Europas Haltung gegenüber dem Islam. Wir sollten dem entgegengetreten, genau so wie wir internationaler Ungerechtigkeit entgegengetreten.

Annemie Neyts-Uyttebroeck, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – (NL) Der Iran ist ein großes Land mit einer großen und vorwiegend jungen Bevölkerung, einer langen und ereignisreichen Geschichte und eindrucksvollen Kultur. Außerdem liegt der Iran in einer der empfindlichsten Gegenden auf der Welt. Lassen Sie uns aus all diesen Gründen, aber auch aus Mitgefühl für unsere Mitmenschen, gegenüber den Geschehnissen im Iran nicht gleichgültig sein. Die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa ist nicht für einen Regierungswechsel durch Gewalt. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass alle Völker der Welt - auch das iranische Volk - berechtigt sein müssen, ihre eigenen Führer zu wählen und sie abzulösen, wenn sie den Anforderungen nicht mehr genügen.

Wahlen unter dem derzeitigen iranischen Regime erfüllen nicht die internationalen Standards für freie und gerechte Wahlen, eine Situation, die auch bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen nicht anders war. Dennoch weigerten sich große Teile der Bevölkerung sogar unter den strengen Beschränkungen, die im Iran herrschen, die offiziellen Ergebnisse zu akzeptieren und gingen auf die Straße, um zu demonstrieren. Das iranische Volk war von der extrem eingeschränkten Prüfung der Ergebnisse nicht überzeugt und die Proteste wurden deswegen fortgesetzt.

Die Proteste wurden auf besonders gewaltsame Art und Weise niedergeschlagen und die Strafverfolgung geht weiter. Wir verurteilen diese Verfolgungen streng und rufen die iranischen Behörden auf, sie umgehend zu beenden und all jene, die inhaftiert wurden, freizulassen. Die Verfolgung von ausländischen Journalisten, NRO-Mitarbeitern und iranischen Mitarbeitern ausländischer Botschaften in Teheran muss sofort beendet werden.

Meine Damen und Herrn, Herr Präsident, Herr amtierender Präsident des Rates, verehrte Kommission! Eine Regierung, die sich auf diese Art und Weise gegen ihr eigenes Volk und ihre eigene Jugend wendet, verliert alle Legitimität, nicht nur zu Hause, sondern auch auf internationaler Ebene. Es ist deswegen besonders tragisch, dass diese dramatischen Entwicklungen zu einem Zeitpunkt stattfinden, an dem der Präsident der Vereinigten Staaten seine Bereitschaft ausgedrückt hat, den Dialog mit dem Iran aufzunehmen. Der Iran steht kurz davor, eine historische Gelegenheit zu verpassen, einen Platz auf der Weltbühne einzunehmen, den seine Geschichte und Kultur verdienen.

Daniel Cohn-Bendit, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FR) Kommissar, amtierender Präsident des Rates, Präsident der Kommission, meine Damen und Herren! Wenn ein Volk sich selbst befreien will, erweckt es unsere Bewunderung und unsere Solidarität. Dies ist der Fall mit dem iranischen Volk. Es stimmt, dass diese Wahlen tatsächlich endeten, bevor sie begannen, aber sogar in diesen Wahlen sahen wir, dass das iranische Volk in der Lage war, die Achillesferse zu finden, um seinen Wunsch nach Freiheit und Demokratie auszudrücken.

Es stimmt, dass es in unserem Interesse ist, den Dialog mit der iranischen - terroristischen - Macht aufrechtzuerhalten; niemand bestreitet dies. Gleichzeitig können wir jedoch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Was in Teheran stattfand ist absolut schrecklich. Folter findet in iranischen Gefängnissen täglich statt, aber nicht nur von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs. Auch iranische Männer und Frauen werden in diesen Gefängnissen täglich gefoltert.

Deswegen muss Europa seine Stimme erheben. Ich weiß, dass es schwierig ist, das Gleichgewicht zwischen den Interessen und dem Schutz des iranischen Volkes und unseren eigenen Interessen, die nicht immer identisch sind, zu halten. Dennoch, ist es wichtig - auch wenn es kompliziert ist - zu betonen, dass wir gegenüber dem iranischen Volk jeden Tag Solidarität zeigen. Ich rufe die Kommission und den Rat auf, die Rolle, die Nokia Siemens gespielt hat, sowie die Verantwortung von europäischen Waffen bei der Unterdrückung des iranischen Volkes, zu prüfen. Es ist schließlich undenkbar, dass große europäische Unternehmen es der iranischen Regierung ermöglichen haben sollten, die Freiheit und den Wunsch nach Freiheit des iranischen Volkes zu unterdrücken.

(Beifall)

Struan Stevenson, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Herr Präsident! Denken wir, während wir hier sitzen und den jüngsten Aufstand im Iran debattieren daran, dass über 50 der Studentenführer, der Demonstranten, die verhaftet wurden, von den iranischen Behörden selektiert und gehängt wurden; dass über 200 Menschen, auf den Straßen getötet wurden? Zu ihnen gehört auch Neda, die ein internationales und sehr starkes Symbol für die Brutalität dieses faschistischen Regimes gegen das iranische Volk geworden ist. Und denken wir, während wir weiterhin unseren Platz als der größte Handelspartner mit der iranischen Regierung genießen, ernsthaft, dass Geld wichtiger ist, als Leben?

Warum sind wir nicht darauf vorbereitet, härtere Sanktionen zu ergreifen? Warum lösen wir als Parlament unsere Delegation für die Beziehungen zum Iran nicht auf? Sie ist sowieso in den letzten fünf Jahren nichts anderes als ein gefälliges Sprachrohr der iranischen Botschaft in Brüssel geworden und hat den EU-Institutionen Schande gemacht. Vergessen Sie sie und lassen sie uns beginnen, hart mit der iranischen Obrigkeit zu sprechen. Es ist die einzige Sprache, die sie verstehen.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (DE) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die GUE/NGL-Fraktion ist zutiefst besorgt über die andauernde Gewalt im Iran. Auch wir verurteilen auf das Schärfste die brutalen Misshandlungen von Demonstranten. Wir sind höchst besorgt über das Schicksal unzähliger Verhafteter und fordern ihre sofortige Freilassung, und wir meinen auch, das sollte das Europäische Parlament in seiner Gesamtheit tun.

Wir kritisieren zugleich Kommentare aus Medien und Regierungskreisen anderer Staaten, die den legitimen Protest iranischer Bürger instrumentalisieren. Auch die jüngste Entwicklung im Iran rechtfertigt keine Pläne eines Militärschlags gegen iranische Nuklearanlagen. Meine Fraktion lehnt solche Strategien ab. Deshalb begrüßen wir die deutlichen Worte Obamas, der Israel absolut kein grünes Licht für einen Angriff auf Iran

gegeben hat. Auch der amerikanische Präsident setzt auf die Diplomatie. Der Iran ist souverän. Einzig seine Bevölkerung besitzt das Recht, über gesellschaftliche Entwicklungen zu entscheiden. Die Regierung eines souveränen Staates muss den Wunsch nach Veränderung offen aufnehmen und eine politische Lösung vorantreiben.

Fiorello Provera, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident! Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl. Die Repressionen gegen Bürgerinnen und Bürger, die Wahlergebnisse anfechten, die Zensur von Medien und die Verfolgung der Opposition bestätigen den Mangel an Demokratie im Iran. Wir finden ähnliche Situationen auch in anderen Ländern, wie China, aber im iranischen Fall besteht mehr Anlass zu Besorgnis.

Zunächst, wegen der hegemonialen Ambitionen, die in Interferenzen mit Nachbarstaaten, wie in der Region von Basra im Irak, sowie in der Unterstützung der Hisbollah im Libanon deutlich werden. Zweitens wegen des starken Einflusses des religiösen Extremismus auf die politische Macht der Islamischen Republik. Vor einigen Stunden wurden ein Sänger – ein iranischer Sänger – wegen Religionsbeleidigung zu fünf Jahren Haft und 12 Sunniten zum Tode verurteilt.

Präsident Ahmadinejad hat bei zahlreichen Gelegenheiten erklärt, dass die Zerstörung des Staates Israel sein wichtigstes politisches Ziel ist. Zudem ist der Wunsch des Iran, ein Atomprogramm außerhalb von internationalen Kontrollen zu entwickeln, besorgniserregend.

In Anbetracht der Tatsache, dass der Iran einer der größten Gas- und Ölproduzenten ist, scheint sein wirkliches Ziel darin zu bestehen, Atomwaffen für den offensichtlichen Zweck zu schaffen, Länder in der Region und die gesamte Völkergemeinschaft erpressen zu können. Intensive Bemühungen sind deswegen von der gesamten Europäischen politischen Gemeinschaft notwendig, um das richtige Gleichgewicht zwischen einer Opposition gegen das Ayatollah-Regime und der Unterstützung des gemäßigten und reformistischen iranischen Elements, dass existiert und aktiv ist, zu finden.

In dieser Beziehung könnte das Finanzierungsinstrument für die Förderung der Demokratie und der Menschenrechte genutzt werden, um alle Opfer der aktuellen Unterdrückung zu unterstützen. Jedoch kann ohne die Einigung und gemeinsame Handlung aller Staaten Europas kein politischer Eingriff wirksam sein.

Krisztina Morvai (NI). – Herr Präsident! Lassen Sie mich als Menschenrechtsanwältin mit 20 Jahren internationaler Erfahrung dieses Parlament auffordern, um Legitimität und Glaubwürdigkeit zu haben, die Menschenrechtslage in der dritten Welt und anderen Nicht-EU-Staaten zu prüfen, aber auch die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der EU, insbesondere in meinem eigenen Land, Ungarn, genau zu betrachten. Lassen Sie mich Ihnen einige Tatsachen mitteilen.

Am 23. Oktober 2006 gab es eine große Demonstration mit etwa 100 000 Menschen zur Erinnerung an die Revolution von 1956. Diese wurde von der größten Oppositionspartei, dem Ungarischen Bürgerbund, Fidesz genannt, organisiert, der hier in der EVP gut vertreten ist und im Grunde gewann er in diesem Jahr in Ungarn die Wahlen. Es war eine zur Mittelklasse gehörende Menschenmenge mit Familien, älteren Menschen, Kindern und die brutale ungarische Politik griff diese Menschenmenge brutal mit Tränengas, Gummigeschossen, berittener Polizei an und verursachte bei mehreren Hundert Menschen schwere Verletzungen. Bei derselben Gelegenheit wurden mehrere Hundert Menschen illegal verhaftet und in Gefängnissen gefoltert.

Seit diesem Datum fanden in den letzten drei Jahren bis zu den vergangenen Tagen, als 216 friedliche Demonstranten illegal verhaftet und von der Polizei brutal misshandelt wurden, bei jeder einzelnen Gelegenheit, wenn es Proteste gegen die Regierung gab, nicht im Iran, nicht in China, nicht in Honduras, sondern in einem EU-Staat, in Ungarn, dieselben Ereignisse statt: massive Brutalität der Polizei, illegale Verhaftungen.

Darf ich Sie auffordern, sich mir anzuschließen und unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit dabei zu helfen, herauszufinden, was geschah und wer verantwortlich ist, zu versuchen, den Opfern gerecht zu werden und bitte, sich als Europäische Union zu bemühen, diese massiven Menschenrechtsverletzungen in der EU zu beenden, um die Glaubwürdigkeit und Legitimität zu besitzen, um die Menschenrechtslage im Iran oder irgendeinem anderen Land außerhalb der Union zu untersuchen?

Francisco José Millán Mon (PPE). – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte hier über den Iran sprechen und zunächst auch den Opfern des Flugzeugabsturzes von heute morgen mein Beileid aussprechen.

Meine Damen und Herren! Ich stimme vielen der Ideen, die bereits bezüglich der Lage im Iran nach dem Wahlvorgang deutlich gemacht wurden, zu. Dieser Vorgang war weder frei noch gerecht und hat es Präsident Ahmadinejad und den radikalsten Zweigen der Regierung ermöglicht, an der Macht zu bleiben, indem sie mit Gewalt Demonstranten unterdrücken, Journalisten davon abhalten, ihre Arbeit zu tun und versuchen, eine angebliche externe Verschwörung für das interne Chaos verantwortlich zu machen, während sie falsche Informationen nutzen, um die Wahrheit zu verbergen.

Es ist gewiss, dass die iranische Regierung sowohl innen- als auch außenpolitisch ernsthaft geschädigt wurde. Darüber hinaus ist die Oligarchie, die in den vergangenen Jahrzehnten Macht genossen hat, nun geteilt, was die Stabilität des Regimes beeinflussen wird. Gleichzeitig wird die Unzufriedenheit im Volk wachsen, insbesondere dann, wenn Ölpreise nicht wieder steigen und sich die Wirtschaftslage deswegen nicht verbessert.

Die Europäische Union muss ein geeintes Auftreten aufrechterhalten und weiterhin den im Iran begangenen Missbrauch verurteilen. Sie sollte größeren Respekt für Menschenrechte verlangen und wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir der Zivilgesellschaft, insbesondere in jenen Sektoren, die demokratische Pluralität und Respekt von Menschenrechten für ihr Land wünschen, helfen können. Wir sollten jene Zweige, die nach Westen und auch auf die Europäische Union blicken, nicht enttäuschen.

Mit Blick auf den Iran dürfen wir jedoch nicht die Bedrohung vergessen, die sein Atomprogramm darstellt, da es eine destabilisierende Wirkung auf die Region und auf die Nichtverbreitung im Allgemeinen hat. Es ist wesentlich, dass die Europäische Union und die Vereinigten Staaten weiterhin in diesem Bereich zusammenarbeiten und ich bin sicher, dass dies eine Priorität für den schwedischen Ratsvorsitz sein wird.

Wir müssen Russland und China, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, stärker involvieren. Ihre Unterstützung ist wesentlich, damit eine Verhandlungslösung für diese schlimme Bedrohung, die Einigkeit und Entschlossenheit seitens der Völkergemeinschaft verlangt, gefunden wird. Ich begrüße deswegen die in dieser Hinsicht vergangene Woche beim G8-Gipfel verabschiedete EntschlieÙung.

Meine Damen und Herren! Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben klar den Extremismus und die radikale Natur der aktuellen iranischen Führer gezeigt; es ist klar, dass es sich die Völkergemeinschaft nicht leisten kann, dass sie Atomwaffen erhalten.

María Paloma Muñiz de Urquiza (S&D). – (ES) Herr Präsident, amtierender Präsident des Rates, Präsident der Kommission! Ich wollte meine erste Rede in diesem Plenum mit der Begrüßung der Tatsache beginnen, dass die Debatte der Lage im Iran nicht von der Anwesenheit Irans in den Medien verursacht wurde, die nacheinander von China, Honduras, den G20 usw. verdrängt wurde.

Leider haben die vor Kurzem stattgefunden Hinrichtungen von sunnitischen Kämpfern im Iran das Land und seine Menschenrechtsverletzungen auf die Titelseiten der Zeitungen zurückgebracht. Dennoch denke ich nicht, dass die Tagesordnung des Parlaments in Sachen Außenpolitik von den Nachrichten, sondern vielmehr vom eigenen Verantwortungssinn des Parlaments und seiner überlegten und kohärenten Reaktion bestimmt werden sollte, die der wachsenden Rolle der Außenpolitik der Europäischen Union, insbesondere im Bereich von Menschenrechten, entspricht.

Diese Rolle, Herr Präsident, hängt mit der Prüfung des konsequenten Einsatzes aller Instrumente, über die die Europäische Union in diesem Bereich verfügt, zusammen und wir sollten im Fall Iran den Dialog über Atomwaffen nicht vollkommen von dem gänzlichen Fehlen eines politischen Dialogs über Menschenrechte trennen.

Ein strukturierter Dialog im Bereich von Menschenrechten wurde seit dem Jahr 2004 unterbrochen. Wir haben kein Zusammenarbeits- und Handelsübereinkommen, an das wir eine Demokratieklausele anhängen können, wir haben es nicht geschafft, eine internationale Beobachtergruppe zur Wahl zu entsenden und die Mittel der Initiative für Demokratie und Menschenrechte sind gering.

Im Parlament und in der gesamten Europäischen Union müssen wir die Mittel, die uns zur Verfügung stehen und mit denen wir uns selbst ausgestattet haben, effizienter nutzen. Einige in diesem Parlament und in der iranischen Opposition haben gefordert, dass die Beziehungen zum iranischen Regime vollkommen abgebrochen werden und dass die neue Regierung nicht anerkannt wird.

Wir verurteilen die politische Unterdrückung und die Erstickung der Meinungsfreiheit im Iran sehr, aber wir können nicht denken, dass wir darauf verzichten sollten, Einfluss in der Verteidigung und im Schutz von Menschenrechten, Demokratie und im Kampf gegen Armut auf der Welt zu haben. Herr Präsident! Dafür

brauchen wir Dialog, Verhandlung und Diplomatie und wir müssen gemeinsame Interessen suchen und ein Bündnis der Zivilisationen aufbauen. Ich rufe den Ratsvorsitz auf, dies zu tun.

Anna Rosbach (EFD). - (DA) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Europäische Parlament hat die Menschenrechtsverletzungen durch den Iran bei vielen Gelegenheiten diskutiert und wir tun dies in der Tat heute erneut. Wir werden das entsetzliche Verhalten der Diktatoren mit Worten allein nicht ändern. Es ist Zeit für konkrete Maßnahmen. Die brutale Gewalt gegen ein Volk, das sich nach Freiheit sehnt und mutig auf die Straße geht, muss uns dazu bringen, etwas Verantwortung dafür zu übernehmen, dieses kriminelle Regime zu Fall zu bringen. Dieses Regime hat im 21. Jahrhundert keinen Platz. Europäische Regierungen müssen das iranische Regime dem UN-Sicherheitsrat melden und fordern, dass die Täter, insbesondere Ali Khamenei und Mahmoud Ahmadinejad, vor einen internationalen Gerichtshof gebracht werden.

Das iranische Volk will Freiheit und wir müssen den Ruf nach freien Wahlen unter Aufsicht der UNO unterstützen. Das Parlament kann seine Delegation mit dem Iran nicht aufrechterhalten, die, bei ihrer letzten Sitzung, in ein Werkzeug des diktatorischen Regimes verwandelt wurde, dass unser Parlament beeinflussen soll. Wir müssen zeigen, dass wir mit Diktaturen nicht zusammenarbeiten.

Nick Griffin (NI). - Herr Präsident! Vergangenes Jahr war ich Beobachter bei den Gedenkfeiern für die Revolution von 1956 in Budapest. Ich kann bestätigen, dass Dr. Morvai recht hat, jene zu kritisieren, die sich über den Iran ärgern, während sie Menschenrechtsverletzungen hier in Europa ignorieren.

Ich vertraue darauf, dass keine Mitglieder der EKR-Fraktion hier scheinheilig genug sein werden, um den Iran für die Verwendung von Gewalt bei Wahlen zu verurteilen, wenn David Cameron zu den Sponsoren von Unite Against Fascism, einer Organisation von extrem linken Kriminellen gehört, die regelmäßig Einschüchterung und Gewalt gegenüber nationalen Regimekritikern in Großbritannien anwendet. Dasselbe gilt für fünf aktuelle Abgeordnete der Labour-, Lib Dem- und Tory-Parteien, die von der Schande gezeichnet sind, die Verwendung von britischen Steuergeldern zu befürworten, um ihre eigene Miliz zu unterstützen, die Oppositionstreffen unterbricht und Gegner mit Steinen, Darts und Hämmern angreift.

Aber mein Schwerpunkt ist dies: egal wie gut gemeint und sogar gerechtfertigt Kritik am Iran hier sein mag, sie wird von den mächtigen Interessengruppen, die von einem militärischen Angriff auf das Land profitieren können, als Kriegspropaganda verwendet werden. Neokonservative, Ölfirmen, Baugesellschaften und die Mullahs der Wahabisten aus Saudi-Arabien wollen alle den souveränen Staat Iran in einem aggressiven Krieg zerstört sehen. Noch nicht einmal Europäische Liberale sind naiv genug, um auf die Lügen über Massenvernichtungswaffen erneut hereinzufallen, also werden Menschenrechte als neuer Kriegsgrund verwendet.

Fügen Sie die Stimme dieses Ortes nicht dem Chor von Kriegstreibern für einen dritten illegalen und kontraproduktiven Angriff auf die muslimische Welt durch den Westen hinzu. Oder, wenn Sie es tun müssen, überlassen Sie den Krieg nicht - was scheinheilige Rhetorik zu rechtfertigen und entfesseln helfen wird - dem üblichen, mutigen britischen Kanonenfutter: d. h. den 18-Jahre alten Jungen von Mersey, Themse und Tyne. Stattdessen senden Sie Ihre eigenen Söhne, die in Särgen oder ohne Beine, Arme und geistige Gesundheit heimkommen - oder kümmern Sie sich um Ihre eigenen Sachen!

Filip Kaczmarek (PPE). - (PL) Herr Präsident! Der Tod von unschuldigen Menschen ist immer eine Tragödie. Wenn sie jedoch bei der Verteidigung von Werten wie Freiheit oder Wahrheit sterben, können wir sagen, dass ihr Leid nicht umsonst ist - wie es für die jüngsten Opfer im Iran gilt. Die Dinge sind sehr schlimm geworden, wenn ein Regime auf Demonstranten schießt, Gegner ins Gefängnis steckt und sie foltert und umbringt. Die einzige Quelle für Hoffnung und Optimismus besteht darin, dass diese Ereignisse Politikern und der öffentlichen Meinung auf der ganzen Welt die wahre Natur des iranischen Regimes zeigen, das zu Handlungen im Stande ist, die weit entfernt sind von den Mindeststandards der modernen Welt. Dieses Regime hat Blut an den Händen. Wir sollten immer daran denken und wir sollten auf eine Veränderung dieser Lage, die wir nicht akzeptieren können, hinarbeiten. In solchen Situationen kommt immer dieselbe Frage auf: Was können wir tun? Nun, wir können die Forderungen und Vorschläge, die bereits deutlich gemacht wurden, unterstützen.

Zunächst muss die iranische Obrigkeit aufhören, Gewalt gegen jene anzuwenden, die eine andere Meinung haben, als das Regime. Im Fall von Ländern wie dem Iran sollte die Beachtung von Menschenrechten von der Völkergemeinschaft geprüft und gewährleistet werden.

Zweitens sollten im Iran freie und gerechte Wahlen durchgeführt werden, in denen sich alle Kandidaten zur Wahl stellen dürfen und nicht nur jene, die eine Erlaubnis dafür erhalten haben. Übrigens haben jene, die

Entscheidungen über das Recht treffen, sich zur Wahl zu stellen, selbst kein demokratisches Mandat. Die Gerechtigkeit der Wahl sollte von unabhängigen, externen Beobachtern geprüft werden - ansonsten wird die Wahl sinnlos sein.

Drittens sollten wir alles tun, um zu gewährleisten, dass die Lösungen für den Iran friedlich und politisch sind. Das bedeutet, dass wir jene Iraner unterstützen sollten, die grundlegende Änderungen für ihr Land wünschen - Änderungen, die bedeuten werden, dass der Iran von jenen regiert wird, die gerechte Wahlen gewinnen, und der Iran wird selbst aufhören, eine Bedrohung für die Weltsicherheit zu sein.

Die Anführerin der iranischen Opposition im Exil, Frau Rajavi, hat gesagt, dass was im Iran geschieht, der Anfang vom Ende des Regimes ist. Ich hoffe aufrichtig, dass Frau Rajavi recht hat.

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin dem schwedischen Ratsvorsitz für seine Beobachtungen vor unserer Debatte dankbar. Diese waren meiner Meinung nach ausgewogen und konnten unser Verständnis für die Verantwortung fördern, die wir erfüllen sollen. Ich möchte in diesem Sinn, eine Bemerkung machen, die daher rührt, dass ich, wie so viele andere, auf Bildschirmen überall die Mengen gesehen habe, die irgendwie die Demonstrationen der vergangenen Tage aufgewühlt hat.

Während es jedoch stimmt, dass der Iran eine Theokratie ist, in welcher mit dem Fundamentalismus die Macht ausgeübt wird, indem behauptet wird, dass dies im Namen Gottes geschieht, haben wir in den vergangenen Tagen auch Menschen gesehen, die auf die Straße gehen und tatsächlich rufen „Gott ist groß“. Was für ein Unterschied! Der Unterschied in den Blicken, im Willen, den diese Menschen ausgedrückt haben, und in der Entschlossenheit, nicht gewalttätig zu sein, lassen uns bewusst werden, dass im Iran die Liebe für Freiheit und Wahrheit, die Liebe für das eigene Volk und die Liebe und der Blick für alle nicht tot sind.

Dreißig Jahre Theokratie, dreißig Jahre systematische, menschliche Zerstörung waren nicht genug, um die Erinnerung zu erlöschen, die in den Herzen von uns allen existiert. Dem schulden wir Loyalität. Dieser Tatsache, dieser Wahrheitsliebe und dieser Freiheitsliebe schulden wir unsere bedingungslose Hingabe. Und dies sollte die Verantwortung jedes einzelnen steigern, weil die Forderung, dass europäische Institutionen stark und entschlossen sein müssen und dafür sorgen sollen, dass ihre Stimme erhört wird, zunächst und vor allem nicht eine Forderung des Parlaments aufgrund seiner geopolitischen Prominenz ist. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Freiheits- und Wahrheitsliebe, insofern sie dieses politische Projekt, das wir ein geeintes Europa nennen, verkörpert und die in all jenen lebt, die in den vergangenen Tagen demonstriert haben, nicht von Europas Institutionen im Stich gelassen werden darf.

Tunne Kelam (PPE). - Herr Präsident! Eine entscheidende Veränderung hat im Iran stattgefunden. Unsere ersten Schlussfolgerungen sollten deswegen darin bestehen, dass der Iran nicht mehr derselbe ist und sein wird. Dies liegt daran, dass Millionen Iraner sich geweigert haben, Geisel ihrer geistlichen Machthaber zu sein. Sie haben mit der Kampfansage gegen die Diktatur erstaunlichen Mut gezeigt.

Das Problem besteht deswegen nicht darin, dass sogenannte Wahlen mehr als gewöhnlich manipuliert wurden. Dieses Mal haben offen manipulierte Stimmen eine Gelegenheit für Volksproteste geboten, mit denen Experten außerhalb des Irans nicht rechnen konnten oder wollten.-

Das erinnert mich an die Lage vor 20 Jahren in Osteuropa: während die westlichen Regierungen auf ein langfristiges Auskommen und eine pragmatische Koexistenz mit dem totalitären Sowjetsystem vorbereitet waren, wurden plötzlich Millionen Geisel des kommunistischen Regimes aktiv: sie fochten das System an, das zu einem schnellen Ende gebracht wurde.-

Deswegen ist es wichtig, sich darüber klar zu werden, dass die europäische Herangehensweise an den Iran nicht dieselbe bleiben kann, indem wir die Augen vor routinemäßig manipulierten Wahlen und systematischer Unterdrückung verschließen. Schätzungen zufolge wurden in 30 Jahren Diktatur über fünf Millionen Menschen verhaftet, über 200 000 Menschen zu Tode gefoltert und kürzlich über 200 Menschen umgebracht.

Die EU-Regierungen haben zu sehr gezögert, diese grauenhaften Verbrechen zu verurteilen und das Regime für sein Verhalten verantwortlich zu machen. Wenn wir es mit dem Schutz der Rechte von iranischen Bürgerinnen und Bürgern ernst meinen, müssen wir darauf vorbereitet sein, den Diktatoren wirklich wehzutun. Was bedeutet das? Wir sollten beispielsweise allen Führern des Regimes die Einreise in die EU verweigern; wir sollten unsere Botschafter als Geste der Empörung aus dem Iran abberufen; und freie Wahlen können im Iran nur unter Aufsicht der UNO stattfinden.

Lena Barbara Kolarska-Bobinska (PPE). - Herr Präsident! Da die Lage im Iran eskaliert und die Verletzung von Demokratie auch eine Gefahr für die Stabilität der ganzen Region darstellt, müssen wir unsere

Betroffenheit und Verurteilung deutlich machen. Erklärungen dürfen aber nicht nur symbolisch und leer sein. Einige europäische Führer besprechen neue Sanktionen, die dem Iran auferlegt werden sollen, aber eine Diskussion der Förderung von Demokratie an der Basis in diesem Land ist gerade jetzt nötig.

Ich bin Polin und wir in Osteuropa wissen, wie wichtig solche Aktionen für die Schaffung von Demokratie sind. Die Förderung sollte an die politische und wirtschaftliche Lage in einem Land angepasst sein, aber ältere EU-Erfahrung bei der Förderung von Demokratie in Nordafrika, dem Nahen Osten und Osteuropa muss überarbeitet und geprüft werden, um zu sehen, was im Iran getan werden sollte, was im Iran getan werden kann und was unter den gegebenen Umständen in diesem Land effizient ist.

Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass die EU, wenn sie glaubwürdig sein will, einige Maßnahmen in Moldawien ergreifen muss. Bald werden wir am 29. Juli mit den Wahlen in Moldawien einem neuen Test gegenüberstehen. Die EU muss alles tun, was in ihrer Macht steht, um freie und gerechte Wahlen in diesem Land zu gewährleisten. Es ist nicht genug, über Förderung von Demokratie zu sprechen: Wir im Europäischen Parlament und in den europäischen Institutionen müssen in dieser Hinsicht aktiver sein.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Herr Präsident! Es ist sicherlich notwendig, den Fortschritt des Wahlprozesses im Iran zu beobachten, obwohl der Anfang einer Lösung für den Konflikt in einer Erklärung der Obrigkeit im Iran bestehen sollte, dass sie aufhören werden, Gewalt anzuwenden und dass sie die verhafteten Oppositionsaktivisten, Verteidiger von Menschenrechten, Journalisten, Demonstranten und Bürger anderer Länder, denen gegenwärtig die im Iran herrschende Lage angelastet wird, freilassen werden. Wir sollten natürlich einen absoluten Respekt der Souveränität des Irans beibehalten, aber Teheran auch daran erinnern, dass es verpflichtet ist, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zu beachten.

Ich möchte auch meine Bedenken bezüglich Irans Atomprogramm ausdrücken. Teheran hat Anspruch auf ein Atomprogramm, das für friedliche Zwecke verwendet wird, aber es ist auch verpflichtet, das Vertrauen der Völkergemeinschaft in die ausschließlich friedliche Natur der iranischen Atomaktivität wiederherzustellen.

Maria Eleni Koppa (S&D). – (EL) Herr Präsident! Ich möchte mein tiefes Bedauern über den tragischen Flugzeugunfall ausdrücken, der sich heute in der Provinz Qazvin im Iran ereignet hat.

Die heutige Debatte hier ist nach den Ereignissen, die auf die Wahlen vom 12. Juni folgten, notwendig. Dennoch denke ich, dass wir sie im richtigen Rahmen lassen müssen. Wir dürfen nicht die falsche Botschaft aussenden. Jede direkte oder indirekte Verbindung zwischen diesen Ereignissen und der Frage des Atomprogramms ist irreführend. Wir müssen klar machen, dass unser Thema heute die Lage von Demokratie und Menschenrechten im Iran ist.

Gespräche über neue Sanktionen werden unter keinen Umständen helfen, die ernststen Probleme des iranischen Volkes zu lösen. Demokratie kann mit solchen Mitteln nicht auferlegt werden. In der Europäischen Union müssen wir Bemühungen um Demokratie und den Respekt von Grundfreiheiten steigern, aber indem wir das Thema in den Rahmen eines wirklichen politischen Dialogs setzen und indem wir unsere Kontakte mit der Zivilgesellschaft stärken.

Wir müssen auch weitere Untersuchungen von Beschwerden über Betrug im Wahlprozess fordern und erneut betonen, dass das Recht auf friedlichen Protest ein unveräußerliches Recht der Völker aller Länder ist.

Wir müssen heute deswegen entschieden die Gewalt von dieser Tribüne hier verurteilen und fordern, dass der Respekt der Rede- und Meinungsfreiheit im Iran, wie in jedem Land der Welt, in der Praxis umgesetzt wird.

Michael Gahler (PPE). – (DE) Herr Präsident! Ich finde es gut, dass wir diese Debatte in der ersten Woche des neuen Parlaments führen. Leider haben sich unsere Fraktionsvorsitzenden gegen eine Entschließung ausgesprochen. Ich habe mich gefragt, auf wen hier eigentlich Rücksicht genommen wird.

Eine Entschließung wäre für die Andersdenkenden im Iran hilfreich gewesen, wenn wir ihnen mit einer vorzeigbaren Stellungnahme bestätigt hätten, dass das, was offiziell als Präsidentschaftswahl bezeichnet wurde, in keiner Weise internationalen demokratischen Standards entsprach, weil die meisten Kandidaten vom Wächterrat aussortiert wurden und weil man selbst bei denjenigen, die antreten durften, nicht davon reden konnte, dass sie gleiche Bedingungen gehabt hätten. Deswegen kann man politisch die Schlussfolgerung ziehen und ohne Einschränkung sagen, dass das bekanntgegebene Ergebnis der Wahl nicht den Willen des iranischen Volkes reflektiert.

Nutzen wir als EU aktiv unser Instrument für Demokratie und Menschenrechte, unterstützen wir die lebendige Zivilgesellschaft oder auch Rechtsanwälte wie Shirin Ebadi, die sich zum Beispiel für die inhaftierten Bahai dort einsetzt. Ich glaube, das ist die Politik, die wir im Augenblick auch kurzfristig realisieren können.

(Beifall)

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). - (DE) Herr Präsident, Herr Ratspräsident, meine Damen und Herren! Wir haben letzte Woche in einem – zu meiner Freude als neue Abgeordnete – einberufenen außenpolitischen Ausschuss Herrn Makhmalbaf gehört, einen iranischen Filmregisseur, der uns ganz klar gesagt hat, dass es vor dieser Wahl 20 % Demokratie im Iran gab, nach dieser Wahl, die für ihn ein Putsch war, gibt es überhaupt keine Demokratie mehr.

Auch ich schließe mich dieser Bezeichnung an, es war sehr wohl ein Wahlputsch, der mit massivem Wahlbetrug der Mehrheit der iranischen Bevölkerung, die sich für eine Veränderung ausgesprochen hat, dieses Recht genommen hat. Herr Ratspräsident, mich interessiert vor allem eines: Es wird Mitte August eine Amtseinführung für den „wiedergewählten“ Herrn Ahmadinedschad geben. Was wird im Rat und auch in den Mitgliedstaaten derzeit besprochen? Wird es hier eine offizielle Vertretung der Europäischen Union und auch der Mitgliedstaaten geben? Ich hoffe, es wird diese nicht geben! Denn ich finde, nach diesem Wahlputsch darf es keine offizielle Vertretung der Europäischen Union oder auch der Mitgliedstaaten geben, so sehr ich mich für einen weiteren Dialog ausspreche, aber bei dieser Amtseinführung dürfte niemand offiziell von Seiten der Europäischen Union vertreten sein. Was ist Ihre Position dazu? Wie wird das derzeit bearbeitet?

Pier Antonio Panzeri (S&D). – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir Themen der Außenpolitik, wie das heutige Thema bezüglich des Irans debattieren, besteht – wie wir wissen – immer das Risiko, dass wir den Ereignissen, die stattgefunden haben, hinterherhinken. Dennoch besteht kein Zweifel darüber, dass das Europäische Parlament, wenn es dies will, eine wichtige Rolle dabei spielen kann, Europa und die Völkergemeinschaft zu drängen, die aktuellen Ereignisse ernst zu nehmen und alle Initiativen umzusetzen, um zu gewährleisten, dass der Schaffungsprozess eines demokratischen Systems im Iran tatsächlich stattfinden kann.

Nach der großen Aufmerksamkeit, die der Zeit nach der Wahl im Iran sowie den Straßendemonstrationen, die das iranische Regime mit Gewaltanwendung zu unterdrücken versuchte, von der internationalen Öffentlichkeit geschenkt wurde, ist es wichtig dafür zu sorgen, dass sich nicht über die Lage im Land der Mantel des Schweigens gehüllt wird. Die Dinge realistisch zu betrachten, bedeutet nicht, das Thema Iran von der Tagesordnung zu streichen. Es hängt auch von uns ab, dass wir aufmerksam bleiben und es hängt auch vom schwedischen Ratsvorsitz ab – dem ich für die Punkte, die er heute genannt hat, danke – eine starke Initiative zusammen mit den Vereinigten Staaten, Russland und anderen Staaten zu fördern, um die Art und Weise, wie sich die Dinge im Iran – von den demokratischen Rechten bis zur Atomfrage selbst – entwickeln, zu ändern.

Alejo Vidal-Quadras (PPE). – (ES) Herr Präsident! In den vergangenen Wochen wurden wir von wiederholten Demonstrationen des Heldentums und des Mutes des iranischen Volkes bewegt, das sich den Maschinengewehren und Schlagstöcken ihrer Tyrannen mit bloßen Händen entgegenstellte. Die große Anzahl von Frauen, die die Demonstrationen anführten, ist ein unmissverständlicher Ausdruck der Entschlossenheit der Iranerinnen und Iraner, in einer echten Demokratie zu leben.

Herr amtierender Präsident des Rates! Die Reaktion der Europäischen Union war zu schwach und zu zaghaft. Wir müssen ein starkes politisches Zeichen setzen, um unsere absolute Ablehnung dieser untragbaren theokratischen Diktatur deutlich zu machen.

Die Lösung wurde sehr gut vom Führer des Widerstandes im Exil, Massoud Rajavi, ausgedrückt: Der Oberste Führer muss abgesetzt werden und eine vorübergehende Versammlung von Experten muss freie Wahlen unter internationaler Aufsicht ausschreiben. Alles andere wird Zeitverschwendung sein und diese Schande verlängern.

Ria Oomen-Ruijten (PPE). – (NL) Ich möchte damit beginnen, den neuen amtierenden Präsidenten des Rates, Herrn Bildt, zu begrüßen. Ich bin mir natürlich bewusst, dass er dabei ist, eine Reihe von sehr anstrengenden Monaten anzugehen, da die Probleme der Welt, mehr als irgendwo anders, auf seinen großen, breiten Schultern lasten werden.

Herr Präsident! Zum Thema Iran möchte ich folgendes sagen: Zunächst ist das iranische Regime unberechenbar. Zweitens bemerke ich, dass in der Tat feine Risse beginnen, im Regime deutlich zu werden,

insbesondere in religiösen Kreisen. Drittens beobachte ich, dass das Regime alles unterstützt, das schlecht ist oder mit Korruption in dieser Welt zusammenhängt - sei es im Nahen Osten oder in Pakistan. Viertens möchte ich aufzeigen, dass Dialog nicht wirklich hilft und schließlich bemerke ich den richtigen Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Freiheit und dass sie in dieser Hinsicht die Unterstützung von uns Europäern haben müssen.

Ich möchte Sie, Herrn Bildt, fragen, warum der Rat nicht härter Stellungnahme beziehen konnte und warum wir nur einige Länder angehört haben, die immer unter Missachtung der Menschenrechtssituation handeln wollen?

Enrique Guerrero Salom (S&D). – (ES) Herr Präsident! Ich möchte natürlich damit beginnen, die Ereignisse im Iran und die Unterdrückung durch die iranische Regierung zu verurteilen. Aber ich möchte mich auch jenen anschließen, die geraten haben, dass wir Druck durch die europäischen Institutionen mit der Aufrechterhaltung des Dialogs und des Verhandlungsprozesses kombinieren sollten.

Geschichte und Erfahrung haben uns gezeigt, dass der Abbruch von Beziehungen mit autoritären Regimen die Lebensbedingungen für Menschen, die unter solchen Regimen leiden, nicht verbessern und gleichzeitig schwächt es die Position von jenen unter uns, die den Respekt von Demokratie und Menschenrechten in solchen Ländern verteidigen.

Ich denke deswegen, dass wir alle Mittel der Europäischen Union nutzen sollten, um Druck auf das iranische Regime auszuüben. Dies beginnt mit dem Parlament, aber gleichzeitig sollten wir Verhandlungen und den Dialog aufrechterhalten - einen Dialog, der insbesondere durch den Hohen Vertreter, Herrn Solana, Druck auf das Regime ausübt.

Magdi Cristiano Allam (PPE). – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Iran stellt heute die größte Bedrohung für die internationale Sicherheit und Stabilität dar: Einerseits setzt er mit dem Verstoß gegen Resolutionen der Vereinten Nationen sein Ziel fort, sich mit Atomwaffen auszustatten und andererseits wiederholt er seinen Wunsch, den Staat Israel effektiv zu zerstören.

Ich hoffe, dass Europa mit dem schwedischen Ratsvorsitz eine deutliche Nachricht an den Iran im Allgemeinen senden kann, indem es aufzeigt, dass die nicht verhandelbaren Werte des Rechtes auf Leben, der Menschenwürde und der Wahlfreiheiten nicht von der Entwicklung bilateraler Beziehungen getrennt werden können, und dass er insbesondere deutlich macht, dass das Existenzrecht des Staates Israel nicht verhandelbar ist und dass Europa, das den Holocaust auf seinen eigenen Gebieten erlebt hat, einen zweiten Holocaust des Staates und des Volkes Israel nicht zulassen wird.

Philippe Juvin (PPE). – (FR) Herr Präsident! Ich möchte das Wort ergreifen und unser Parlament aufrufen, sich klar für finanzielle und technische Sanktionen gegen den Iran auszusprechen.

Natürlich gibt es viele wichtige Argumente gegen Sanktionen, da sie Konsequenzen für das Leben der iranischen Bürgerinnen und Bürger haben werden. Herr Präsident, dennoch wäre die von diesen Sanktionen verursachte Knappheit nicht das Schlimmste für das iranische Volk; das Schlimmste wäre unser Schweigen, unsere Tatenlosigkeit. Sanktionen, Herr Präsident, würden zeigen, dass wir dem nicht gleichgültig gegenüberstehen und ich bin davon überzeugt, dass dies entscheidend ist.

Herr Präsident, deswegen muss unser Parlament Finanzsanktionen gegen den Iran fordern.

Charles Tannock (ECR). - Herr Präsident! Die entsetzliche iranische theokratische Diktatur ist bereits vieler Verbrechen gegen ihr eigenes Volk schuldig: vom Erhängen der Bahais über das Erhängen Homosexueller nun offensichtlich zum Erhängen 50 unschuldiger Demonstranten. Also sollten wir von dem reinen Diebstahl einer Wahl mithilfe eines großen Wahlbetrugs kaum überrascht sein. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Riss im Regime und der Mut der protestierenden Jugend - vor der ich meinen Hut ziehe - schließlich die ganze verfaulte Regierung stürzen wird.

Herr Howitt schlug kürzlich in einer anderen Sitzung vor, dass wir EU-Wahlbeobachter aus diesem Haus hätten aussenden sollen, um zu bestätigen, ob Betrug tatsächlich stattgefunden hat. Nein, wir dürfen Scheinwahlen, in denen Kandidaten auf Grundlage ihrer religiösen Reinheit beschränkt werden und deren Zählungen hinter verschlossenen Türen stattfinden, nie legitimieren.

Carl Bildt, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident! Ich habe den verschiedenen Einschätzungen und ausgedrückten Meinungen sehr aufmerksam zugehört. Dies ist, wie gesagt wurde, eine höchst wichtige Debatte eines höchst wichtigen Themas.

Ich denke, es kann gesagt werden, dass wir geeint zu unserer Beurteilung dessen stehen, was geschah, was wir auf Fernsehbildschirmen gesehen haben und, noch wichtiger, was wir von dem Volk gehört haben, das noch mehr weiß, als was im Fernsehen zu sehen ist.

Ich möchte jemandem widersprechen, der sagte, wir seien nicht deutlich genug gewesen. Wenn Sie vergleichen, was die Europäische Union gesagt hat und was alle anderen weltweit bedeutenden Akteure gesagt haben, besteht kein Zweifel, dass wir diejenigen gewesen sind, deren verwendeten Worte am deutlichsten, am konsequentesten, am stärksten waren.

Wir hätten uns gewünscht, dass diese Worte mehr Wirkung zeigen, als sie bereits tun, aber das ist häufig der Fall. Aber während Worte zwar wichtig sind - das steht außer Frage - diskutieren wir in erster Linie, was im Iran seit der Wahl am 12. Juni geschehen ist.

Ich denke, es ist wichtig, sich auch auf das zu konzentrieren, was wir vor dem 12. Juni im Fernsehen sahen, weil es sich plötzlich um einen etwas anderen Iran handelt, als den, den wir gewohnt waren. Es gab in den Grenzen des Regimes sicherlich ein Element der Vitalität, der Pluralität, einen offensichtlichen Wunsch nach Änderung, Offenheit und Reform. Ob das die Mehrheit der Iranerinnen und Iraner repräsentiert oder nicht, ist von außen schwer zu beurteilen, aber dass es bedeutend war, zeigte nicht zuletzt die Gewalt des Durchgreifens, die wir nach dem 12. Juni erlebten. Wenn wir also verurteilen, was wir danach erlebten, sollten wir nicht vergessen, was wir zuvor erlebten und dessen langfristige Bedeutung.

Ich denke, wir sind uns einig in dem, was wir sagen und denken. Herr Saryusz-Wolski, Herr Cohn-Bendit und Herr Mauro: praktisch dasselbe, wenn wir betrachten, was wir beurteilen. Aber das Schwierigste ist nicht, was wir sagen; das Schwierigste ist, was wir in Anbetracht dieser Situation tun. Ich denke, wir müssen entlang zwei Linien agieren.

Die erste ist ziemlich offensichtlich. Die Europäische Union muss die deutliche Stimme für Menschenrechte und Demokratie sein, egal wo und unter welchen Umständen. Es mag andere Faktoren geben, wenn auch die Politik in Betracht gezogen wird, aber es sollte die Konsequenz unserer Verteidigung von Menschenrechten in keiner Weise schwächen. Also müssen wir die Morde, die Verwendung der Todesstrafe, verurteilen. Wir müssen die Freilassung der Gefangenen verlangen. Wir müssen deutlich nach vollem Respekt der Freiheit und Rechte, die es für jeden Menschen in unserer Welt gibt, fordern.

Zweitens - und ich denke, hier mag es etwas Uneinigkeit geben - müssen wir auch darauf eingerichtet sein, einzugreifen. Ich sage das und erkenne dabei an, dass diese Politik eine viel schwierigere Politik ist, als nur zurückzustehen, nichts zu tun oder zu versuchen, zu isolieren: Das ist einfach; einzugreifen ist schwierig. Herr Kelam hat auf unsere historische Erfahrung mit dem Balanceakt, den dies mit sich bringt, hingewiesen. Aber die Tatsache, dass wir eine gewisse Menge historischer Erfahrung in Europa haben - die sich nicht zuletzt hier zeigt - ermöglicht es uns vielleicht, uns auf diesen bestimmten Weg zu wagen.

Wir sollten nie glauben, dass allein ein diplomatischer Dialog jedes Problem lösen kann, das hier angesprochen wurde: Er kann es nicht. Andere Faktoren werden dieser bestimmten Gleichung hinzugefügt. Aber wir sollten auch nicht vergessen, dass es einige Probleme gibt, die wir versuchen müssen, mit diplomatischem Dialog zu lösen. Ich denke an Angestellte der britischen Botschaft oder die französische Studentin und andere, um die wir uns nun in einem Dialog kümmern müssen.

Ich komme aus einem Land, in dem 1 % unserer Bürger iranische Wurzeln haben. Sie ziehen hin und her. Wir haben konsularische Fälle von einer Vielfalt, die schwer auszuloten ist. Wir müssen bereit sein, uns zu engagieren, Personen in verschiedenen Fällen zu helfen, ohne zu glauben, dass dies alles auf einmal klärt.

Wir haben das Atomdossier, auf das hingewiesen wurde. Andere können glauben, dass es viel einfacherer Lösungen dafür gibt. Ich denke nicht, dass es eine Lösung gibt, wenn wir keinen wahren diplomatischen Dialog zu diesem Thema aufnehmen. Dies sind weitere Themen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Dies wird offensichtlich unter den Umständen, die wir nun haben, anspruchsvoller und schwieriger. Daran besteht kein Zweifel und ich denke, die Diskussion im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vergangene Woche hat einige der schwierigen Entscheidungen und einige der schwierigen Beurteilungen hervorgehoben, die wir nicht nur in den kommenden Wochen, sondern Monaten - aber nicht viel länger - vornehmen müssen. Hier müssen wir - Sie, wir im Rat und wir als Europäerinnen und Europäer - zusammen mit anderen bedeutenden internationalen Akteuren agieren: nicht nur mit den Amerikanern mit einer neuen und guten Herangehensweise der Obama Regierung, sondern auch mit anderen - dem UNO-Sicherheitsrat, Russland,

China und der weiteren Weltgemeinschaft. Erst dann können wir hoffen, beginnen zu können, nicht nur die aktuellen Probleme, sondern auch andere Probleme, die bearbeitet werden müssen, zu lösen.

Ich bin für diese Debatte dankbar. Ich denke, sie hat die klare Einstimmigkeit betont, die wir haben, wenn es um die Verteidigung unserer Werte geht. Sie hat aber auch einige der schwierigen Entscheidungen und Balanceakte betont, für die wir uns in den kommenden Monaten und Jahren einsetzen müssen. Wir wissen, was wir erreichen wollen; wir müssen versuchen, es zu erreichen. Aber denken Sie nicht, dass es einfach sein wird. Ich kann Ihnen versichern, dass sich der Rat weiterhin sehr stark mit allen Aspekten dieses besonderen Dossiers auseinandersetzen wird.

(Beifall)

VORSITZ: Stavros LAMBRINIDIS

Vizepräsident

Daniel Cohn-Bendit (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, bitte entschuldigen Sie, aber ich wurde gerade über einen Tatbestand informiert, den ich dem Rat und meinen Kolleginnen und Kollegen nicht vorenthalten möchte.

Natalia Estemirova, die Kandidatin für den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments, wurde heute morgen in Grosny entführt und befindet sich in der Hand von unbekannten Entführern. Ich fordere den Rat, die Kommission und die Abgeordneten auf, dagegen zu protestieren, sodass Moskau unsere Besorgnis über Natalia Estemirova zur Kenntnis nimmt.

Der Präsident. - Die Aussprache wird geschlossen.

Richard Howitt (S&D). - Herr Präsident, dies ist nur, um Missverständnisse aus dem Weg zu räumen, da mein Name von meinem Kollegen, Herrn Tannock, zitiert wurde.

Ich habe letzte Woche keine EU-Beobachter verlangt und habe mich zu einem früheren Zeitpunkt in dieser Debatte bereits klar dazu geäußert, dass die Europäische Union in der Lage gewesen wäre, eine Beobachtermission zu den iranischen Wahlen zu entsenden, wenn es die Umstände gerechtfertigt hätten. Aber eben weil die Kommission nicht das Selbstbewusstsein hatte, dies zu tun, hegen wir nun angemessene, gerechtfertigte und objektive Bedenken über die Durchführung dieser Wahlen.

Es tut mir Leid, dass Herr Tannock nicht im Plenarsaal war, um dies zu einem früheren Zeitpunkt in der Debatte zu hören, und ich hoffe, dass ich Missverständnisse ausräumen konnte.

Der Präsident. - Die Aussprache wird geschlossen.

9. China (Aussprache)

Der Präsident. - Der nächste Punkt sind die Erklärungen des Rates und der Kommission zu China.

Carl Bildt, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident, dies ist eine weitere Debatte, die zweifelsohne von einiger Wichtigkeit ist. Und obgleich das Thema China ist, finden diese Ereignisse natürlich vor dem Hintergrund einiger maßgeblicher Entwicklungen in Xinjiang, im Westen Chinas, statt. Ich weiß, dass diese Ereignisse von vielen Mitgliedern dieses Parlaments sowie unseren entsprechenden nationalen Parlamenten in ganz Europa verfolgt wurden.

Wir, wie auch der Rat, haben unsere Bedenken hinsichtlich der Berichte über die Unruhen dort geäußert, auf allen Seiten zur Zurückhaltung gemahnt und gefordert, dass die Situation friedlich gelöst wird. Ich denke, es ist an der Zeit für uns zu sagen, dass wir den Menschenrechten große Bedeutung beimessen. Wir bedauern auch nicht nur den Verlust von Leben, sondern auch die Zerstörung von Eigentum und alle anderen Vorkommnisse, die wir gesehen haben. Wir können die Verantwortlichen dafür nur verurteilen, wer auch immer sie sein mögen.

Aber lassen Sie mich die Gelegenheit ergreifen, auf etwas breiterer Ebene Bilanz unsere Beziehung zu China zu ziehen, einem Land, zu dem wir eine außerordentliche Fülle komplexer Beziehungen unterhalten. Als wir im Jahr 2003 beschlossen, diese Beziehungen im Rahmen einer umfassenden strategischen Partnerschaft einzugehen, haben wir uns einem äußerst ehrgeizigen Unterfangen verschrieben, und dies äußerst sich stark in der umfassenden und weitreichenden Beziehung, die wir heute mit China pflegen.

Komplexität bietet natürlich Chancen. Sie bringt jedoch auch Herausforderungen der unterschiedlichsten Art. Wir haben versucht, diese Beziehung zu öffnen, bis zu dem Punkt, an dem wir alle Bedenken, die wir auf beiden Seiten haben mögen, offen und ehrlich miteinander besprechen können. Die Basis für einen derart offenen Dialog sind die gemeinsamen Interessen, die wir am Ausbau unserer Beziehung haben, unser gemeinsames Interesse an globalem Frieden und Stabilität.

Wir versuchen, dies durch Dialog und Multilateralismus zu erreichen. Wir haben die jährlichen Gipfeltreffen und wir haben recht häufige Treffen auf Außenministerebene. Wir führen zudem jedes zweite Jahr einen intensiven Dialog über Menschenrechte und dann gibt es natürlich die sektoralen Dialoge zu verschiedenen Angelegenheiten, wobei der Handel natürlich von besonderer Bedeutung ist. Ferner haben wir den jährlichen hochrangigen Dialog zu Handels- und Wirtschaftsangelegenheiten. Wie Ihnen bewusst ist, haben wir im Jahr 2007 auch Verhandlungen über ein Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit eingeleitet. Die Verhandlungen gehen voran, es gibt jedoch noch immer Potenzial, die Bemühungen bei diesen Verhandlungen auf beiden Seiten zu verstärken.

Wir haben ein klares Interesse am Ausbau der Beziehung zu China auf allen Gebieten und dies bedeutet, wie ich schon ausführte, die Möglichkeit eines offenen und ehrlichen Dialogs, auch bei Themen, bei denen unsere Werte differieren mögen - und wir wissen, dass diese Themen existieren, wie beispielsweise im Hinblick auf die Menschenrechte oder die Vollstreckung der Todesstrafe. Dies bedeutet jedoch auch, die gemeinsamen Interessen weiter zu verfolgen, die wir zweifelsohne heutzutage haben: die finanzielle Stabilität weltweit sowie der Umgang mit den Klimawandel-Herausforderungen sind wichtige Themen.

Ebenfalls wichtig sind die außenpolitischen Probleme, sei es in Bezug auf die Situation, die wir auf der koreanischen Halbinsel mit der Provokation durch die DPK haben, oder in Bezug auf die Situation in Myanmar, wo wir natürlich über die Geschehnisse besorgt sind, aber unsere Sorge erstreckt sich auch auf die Situation in Afrika und die Notwendigkeit, die wichtigen Seerouten um das Horn von Afrika zu schützen.

Ich werde jetzt nicht näher auf diese Frage eingehen, aber ich möchte nochmals betonen, mit welcher Besorgnis wir die Entwicklungen beobachten, ohne jedoch zu einer detaillierten Beurteilung in der Lage zu sein, da die Sachverhalte außerordentlich komplex sind. Ferner möchte ich unsere Hoffnung hervorheben, dass sich die Situationen auf friedliche Weise lösen lassen sowie unsere Bereitschaft, zu einem offenen Dialog mit den chinesischen Behörden über diese Themen, sowie unsere Vielzahl anderer gemeinsamer Interessen, über die wir einen Dialog führen müssen.

Catherine Ashton, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, es zeugt von der Bedeutung, die dieses Haus unserer strategischen Beziehung mit China beimisst, dass diese Debatte während Ihrer konstituierenden Sitzung angesetzt wurde. Ich begrüße erneut die Möglichkeit, im Namen meiner Kollegin Benita Ferrero-Waldner, die, wie bereits erwähnt, diese Woche auf Reisen ist und daher nicht hier sein kann, einen kurzen Überblick über die Ansichten der Kommission liefern zu können.

Ich muss dieses Haus nicht an den gewaltigen Fortschritt erinnern, den wir im Hinblick auf unsere Beziehungen zu China seit unserem ersten Gipfel vor 10 Jahren erreicht haben. Wirtschafts- und Handelsbeziehungen haben sich gewandelt, die zwischenmenschlichen Kontakte werden immer vielfältiger und wir befinden uns in einem Dialog über immer mehr Themen.

Nach dem letzten EU-China-Gipfel im Mai, gehen die Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Zusammenarbeitsabkommen gut voran und können wir von einer wachsenden Anzahl hochrangiger Kontakte profitieren, darunter Premierminister Wens überaus erfolgreicher Besuch bei Präsident Barroso Anfang des Jahres und der Begegnung zum hochrangigen wirtschaftlichen und handelspolitischen Dialog, bei dem ich mit Vizepremierminister Wang Qishan zusammen den Vorsitz übernommen hatte.

Heutzutage konzentrieren wir uns natürlich auf globale Herausforderungen, wie beispielsweise auf die Wirtschafts- und Finanzkrise, den Klimawandel und regionale Themen. Gleichzeitig haben wir ein starkes Interesse an der Situation in China, wo wir viele spektakuläre Errungenschaften sehen, jedoch auch Entwicklungen, die zur Besorgnis Anlass geben. Chinas Politik der Öffnung seiner Wirtschaft hat Hunderte Millionen aus der Armut katapultiert und der Welt geholfen, den wichtigen Millenniumsentwicklungszielen ein Stückchen näher zu kommen. Aber China ist ein riesiges Land mit beträchtlichen internen Herausforderungen und regionalen Unterschieden.

Die Stärke unserer strategischen Partnerschaft ermöglicht zudem einen konstruktiven und offenen Austausch von Ansichten zu Themen, bei denen Europa und China verschiedene Standpunkte einnehmen. Dies kann zu Aspekten unserer Handelsbeziehung oder zu Menschenrechten sein - beispielsweise im Hinblick auf Tibet,

was in diesem Haus von besonderem Interesse ist. Kürzlich haben wir starke Besorgnis in Bezug auf die Unruhen in Xinjiang geäußert, den Verlust von Menschenleben beklagt und den Familien der Opfer unser Beileid und Mitgefühl ausgesprochen. Wir haben alle Parteien aufgefordert, Zurückhaltung zu üben und alle Gewalttaten sofort zu beenden. Wir hoffen, die Situation lässt sich friedlich und ohne weiteres Blutvergießen durch einen Dialog lösen.

Die EU hat in den letzten Jahren versucht, den Behörden ihre Bedenken angesichts der Lage der ethnischen Minderheiten in China zu vermitteln und ihnen ihre eigenen, häufig schmerzlichen Erfahrungen im Umgang mit der Marginalisierung, dem Ausschluss und der Diskriminierung, denen sich Minderheiten häufig gegenübersehen, nahezubringen.

Wir alle wollen ein offeneres, transparenteres China, das sich bezüglich der Menschenrechte an die internationalen Normen hält und mit uns zusammen an der Bewältigung der globalen Herausforderungen arbeitet. Dazu müssen wir China stärker in die internationale Gemeinschaft integrieren und an der Entwicklung unserer strategischen Partnerschaft im Geist eines konstruktiven Engagements arbeiten.

Elmar Brok, im Namen der PPE-Fraktion. – (DE) Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den grundlegenden Darlegungen der Vorredner von Rat und Kommission anschließen. Auch ich bin der Auffassung, dass wir die *One-China policy* fortsetzen sollen, dass der Zusammenhalt Chinas als ein einheitlicher Staat gewährleistet ist, dass wir all dies nicht angreifen wollen. Natürlich lassen wir Gewalt nicht zu – sei es Gewalt von Demonstranten unter bestimmten Umständen, sei es Gewalt des Staates gegen Demonstranten, wie sie erfolgt ist. All dies wollte ich vorausschicken.

Aber man muss auch verstehen, dass in China die Gewalt des Zentralstaates, der in diesem Vielvölkerstaat mit vielen kulturellen Unterschiedlichkeiten kein Verständnis in ausreichendem Umfang aufbringt, ein immer wiederkehrendes Problem sein wird. Aus diesem Grunde sind größere kulturelle Autonomie, größere Bewegungsmöglichkeiten, Möglichkeiten, die mit Sicherheit von Identität und Sprache zu tun haben, Voraussetzungen dafür, dass ein Vielvölkerstaat unter einem gemeinsamen Dach zusammenleben kann.

Die chinesische Geschichte war ja immer ein Ausbrechen und Wiederezusammenführen mit großen gewaltsamen Aktionen. Das ist in der chinesischen Geschichte immer wieder festzustellen. Man muss zu der Erkenntnis kommen, dass man so nicht weitermachen kann, und man muss hier diese Autonomie einführen.

Die Uiguren sind eine gemäßigte sunnitische Minderheit. Von ihnen geht keine unmittelbare Terrorismusgefahr aus. Aus diesem Grunde besteht dieselbe Gefahr wie auch in Tibet: Wenn man mit den Gemäßigten keine Vereinbarungen trifft, gibt es immer mehr junge Radikale, die nicht mehr warten können oder wollen. Aus diesem Grunde verzögert eine Lösung im Sinne von Identität auf Dauer eine Lösung. Deshalb ist die chinesische Regierung sehr schlecht beraten, nur von Terroristen zu reden, nur davon zu reden, dass man die Einheit des Staates zerstören will, dass auswärtige Kräfte wie Al-Qaida und so weiter dahinter stecken. Ich glaube, das ist keine Lösung für dieses Land, und deswegen sollten wir deutlich machen, dass eine solche Politik von uns nicht akzeptiert wird. All dies versteht sich unter der Prämisse, die ich zu Beginn vorausgeschickt habe.

Adrian Severin, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, das chinesische Volk fragt uns zu Recht, warum das Europäische Parlament die Lage in China auf die Tagesordnung der ersten Tagung während seines neuen Mandats gesetzt hat.

Unsere Antwort muss klar lauten: Der Grund ist, dass uns China sehr wichtig ist, und nicht, dass wir denken, unsere Funktion bestünde darin, China eine Lehre zu erteilen oder um unsere Ansichten darüber aufzudrängen, wie die heiklen innenpolitischen Probleme dieses Landes gelöst werden sollten. Denn genau, weil China uns so wichtig ist, sollten wir jedes Ereignis, das die innere Stabilität Chinas gefährdet, sowie jedes Ereignis, das eine Bedrohung seiner Sicherheit werden könnte, genau im Auge behalten.

Dieses Mal wurde der Kontext durch die multi-ethnischen Realitäten in der Region Xinjiang, und dem Autonomiestreben der dort vorherrschenden ethnischen Gruppe der Uiguren, definiert. Ein derartiger Kontext ist stets heikel und daher ist die Achtung der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten, die zu einem Sinn für Würde und Sicherheit sowohl für die Minderheit als auch für die Mehrheit führt, von großer Bedeutung.

Die Rechte von Minderheiten sollten jedoch keine Entschuldigung für die separatistische Politik, die Mittel der Extremisten zur Förderung dieser Politik und ganz gewiss nicht für das Töten friedlicher, einer Minderheit oder einer ethnischen Gemeinschaft angehörenden Zivilisten sein und kann dies auch gar nicht entschuldigen.

Während wir die volle Achtung der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten fordern, während wir unser Mitgefühl für all die Toten dieser Rechte aussprechen, während wir die Klärung des terroristischen, religiösen, extremistischen und separatistischen Ausmaßes dieser Ereignisse fordern, sollte das Europäische Parlament der chinesischen Regierung und Gesellschaft seine Hilfe bei der Bewältigung dieser schwierigen Gegebenheiten anbieten, die auch in einigen unserer Länder ein Problem darstellen. Während wir die chinesische Regierung auffordern, von übermäßigen Gewaltakten Abstand zu nehmen, müssen wir jeden weltweit dazu auffordern, keine Rechte von Minderheiten zur Förderung geopolitischer Ziele zu missbrauchen.

Graham Watson, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – Herr Präsident, dieses Haus hat die Volksrepublik China schon lange wegen der Behandlung seiner ethnischen Minderheiten kritisiert. Die Uiguren der Provinz Xinjiang mussten mehr als die meisten erdulden, insbesondere seit der Besetzung von Ost-Turkestan durch die Volksrepublik China im Jahr 1949.

Die Volksrepublik behauptet, dass sie keine territoriale Expansion anstrebt. Die Geschichte zeigt jedoch, dass sie unter kommunistischer Herrschaft wünschen, Ostturkestan, Tibet und Taiwan zu regieren und zu unterjochen. Aus diesem Grund darf die Europäische Union das Waffenembargo für China nicht aufheben.

Dass ein europäischer Premierminister die Reaktion auf die neuesten Unruhen als „Genozid“ bezeichnet, ist vielleicht eine Übertreibung, aber dass sich die Volksrepublik China über innenpolitische Behinderungen beklagt, zeugt von einer Weltsicht, die rührend antiquiert ist. Wenn die Konturen der Weltwirtschaft in den Computerindustrien an der Westküste Amerikas, den Call-Centern in Indien und den Fabriken in China festgelegt werden, wenn wichtige Entscheidungen in einer Nanosekunde von Beijing nach Brüssel übermittelt werden können, dann sind wir wahrhaftig zu einer globalen Gemeinschaft geworden und gibt es in dieser Gemeinschaft keinen Platz für Unterdrückung oder Unterjochung auf Grund von Rasse, Religion oder Ethnizität; keinen Platz für Islamophobie oder für Antisemitismus oder eine andere Art von Hass.-

Chinas Probleme sind in diesem Fall auf die Vergreisung von Rotchina zurückzuführen. Sie brauchen mehr junge Menschen für die Arbeit an anderen Orten, dies ist ähnlich den Problemen, denen wir hier in der Europäischen Union gegenüberstehen. Ich sah dies, als ich vor vier Jahren Ürümqi besuchte. Aber die Volksrepublik wird feststellen, dass sie Methoden zum Schutz von Wirtschaftsmigranten benötigt, Methoden zur Erkennung legitimer Forderungen von ethnischen Minderheiten - genau wie wir.

Hier, Herr Bildt, kann die Europäische Union eine Rolle spielen. Wir wissen, dass mit einer zunehmenden Reife der Demokratie eine größere Bereitschaft entsteht, dem Volk Autonomie und Selbstbestimmung zu gewähren. Die größten Probleme innerhalb Europas bestehen in den jüngeren Demokratien, wie Spanien und Ungarn. Wir müssen dem chinesischen Volk - das durchaus zu einem Leben in Demokratie fähig ist, wie Taiwan und Hongkong belegen - helfen, seine wachsende wirtschaftliche Stärke bei der Entwicklung der Demokratie mit einer wachsenden politischen Reife in Einklang zu bringen. Ferner müssen wir ihnen helfen, die passenden Strategien - wie Erasmus Mundus - zu entwickeln, Strategien, um den zwischenmenschlichen Austausch, laut Kommissar, zu verstärken. Ich bin überzeugt davon, dass die Europäische Union eine wichtige Rolle bei der Zusammenarbeit mit China zur Erreichung dieser Ziele spielen kann.----

Helga Trüpel, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (DE) Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Ratspräsident! Ich verurteile die Gewalt auf beiden Seiten, auf der Seite der Han-Chinesen und der Uiguren, und ich betrauerne alle unschuldigen Opfer.

Aber dies ist kein Konflikt, in dem es gleiche Kräfte gibt. Die Uiguren sind ein unterdrücktes Volk von neun Millionen. Ich sehe eine gescheiterte Minoritätenpolitik in der Volksrepublik China. Es gibt eben keine harmonische Gesellschaft, wie die KP Chinas behauptet. Es gibt in Xinjiang, im Uiguren-Gebiet, genauso wenig kulturelle Autonomie wie in Tibet. Es gibt keine wirkliche Selbstverwaltung, auch wenn diese Regionen so genannt werden, und vor allem – und das ist ganz entscheidend vor allem für die junge Generation – gibt es keine gleichen sozialen und wirtschaftlichen Rechte für die Uiguren. Aber die KP Chinas kennt nur einen Vorwurf, nur einen monotonen Vorwurf, und zwar den des kriminellen Separatismus. Jeder, der für Menschenrechte und Demokratie in China eintritt, läuft Gefahr zum Kriminellen und Separatisten erklärt zu werden.

Aber die Volksrepublik China muss verstehen, dass es nur mit der Garantie von Minderheitenrechten eine echte Chance auf inneren Frieden gibt. Nur mit der Gewährung gleicher Rechte wird es in China zu einer friedlichen inneren Entwicklung und zu einer Akzeptanz dieses Landes kommen.

Eine ganz wichtige letzte Bemerkung an die schwedische Ratspräsidentschaft: Ja, es ist richtig, wir haben ein Interesse an strategischer Partnerschaft mit China wegen der Klimapolitik, wegen allgemeiner Fragen der

Außenpolitik. Aber wir können die Menschenrechte und die Kritik an der Situation der Menschenrechte in China nicht einem strategischen Interesse opfern, sondern unsere strategische Politik China gegenüber muss deutliche Worte zur Minoritätenpolitik und zur Verletzung von Menschenrechten in China beinhalten!

Charles Tannock, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, jahrhundertlang haben die Uiguren ein gefährliches Leben in einem unwirtlichen Teil eines riesigen Landes geführt. Die meisten von ihnen sind friedliche Anhänger des Islam. Leider wurden jedoch in den letzten Jahren einige Menschen der lokalen Bevölkerung immer stärker von Terroristen mit Verbindungen zur Al-Qaida radikalisiert. China hat sich abweichenden Meinungen oder seinen eigenen Minderheiten gegenüber nie sehr tolerant gezeigt, aber ich teile seine Bedenken bezüglich einer Bedrohung durch einen Terrorismus islamischer Uiguren. Ich half dem Rat vor drei Jahren sogar dabei, die Befreiungsbewegung „Uighur East Turkestan Liberation Front“ zu verbieten.

Das autoritäre Regierungssystem von China und die Han-Dominanz dürfen von den uigurischen Terroristen, von denen sich einige bereits in Guantánamo Bay befinden, nicht als Entschuldigung für die Verbreitung von Angst und Gewalt missbraucht werden, da die meisten Opfer der neuesten Gewaltakte in Wirklichkeit Han-Chinesen waren.

Viele von uns sind natürlich besorgt wegen der Menschenrechte in China und ich bin zudem als Freund Taiwans involviert. Die EU bleibt jedoch dem Einstaatenprinzip treu und ausgehend davon, dass die EU Taiwan und Tibet offiziell als zur Volksrepublik China zugehörig ansieht, sollten wir die Sezession der Provinz Xinjiang definitiv in keinster Weise unterstützen.

Ein interessanter Aspekt dieses Themas ist, ob diese Kontroverse die muslimischen Partner Chinas in Afrika, wie den Sudan, dazu bringt, ihre Verbindungen mit dem Land neu zu überdenken.

Abschließend möchte ich bemerken, dass der türkische Premierminister Erdogan diese Gewaltakte als Genozid gebranntmarkt hat: Dies ist von ihm ein wenig übertrieben, wo doch sein eigenes Land den armenischen Genozid leugnet. Seine Bemühungen, an den pan-türkischen Nationalismus zu appellieren, sind ebenfalls scheinheilig, wenn man die Behandlung der eigenen Minderheiten in der Türkei bedenkt, insbesondere die der Kurden im Osten der Türkei.

Bastiaan Belder, *im Namen der EFD-Fraktion*. – (NL) Der Aufruf zum Dihad ist bereits sowohl in Xinjiang als auch außerhalb der Provinz ertönt, und nun drohen die blutigen Differenzen zwischen den Han-Chinesen und den Uiguren auf chinesischem Gebiet drastisch zu eskalieren, sowohl in China als auch in anderen Gebieten. Die lokale christliche Gemeinschaft versucht nach Kräften, gegen die gefährliche religiöse Dimension der ethnischen Spaltung in Xinjiang vorzugehen. Die Gemeinde betet besonders um Frieden, Stabilität und Gerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger Xinjangs.

Unvernünftigerweise ergreift die chinesische Regierung diese helfende Hand jedoch nicht, sondern schlägt sie repressiv nieder. Dies ist aus einer aktuellen unverhohlenen Kampagne von Regierungsbehörden gegen friedliche protestantische Hauskirchen ersichtlich. Daher wurden am 3. Juli acht Christen während eines Gottesdienstes in Xinjiang verhaftet. Vier von ihnen werden noch immer an einem geheimen Ort festgehalten, während zwei chinesisch-amerikanische Missionare einfach verschwunden sind.

Ich fordere den Rat und die Kommission auf, dringend bei den chinesischen Behörden zu intervenieren, um die Freiheit der Religionsausübung in dieser kritischen Situation in Xinjiang für alle zu gewährleisten. Dies wäre das einzig wirksame Gegenmittel gegen den Aufruf zum Dihad und wäre zudem ein Beweis für die chinesischen Hauskirchen, dass sie Bestandteil der Pläne von Beijing zur Schaffung einer harmonischen Gesellschaft sind.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). - Herr Präsident, „Gewalt“, „eine große Anzahl Opfer“, „Hunderte Tote und Verletzte beim Aufstand in der chinesischen Provinz Xinjiang“: dies waren die alarmierenden Berichte, die wir vor 10 Tagen erhielten. In Xinjiang war das Internet komplett blockiert, wodurch nur eine eingeschränkte Kommunikation in und aus der Wüstenregion möglich war. Wenn man berücksichtigt, was letztes Jahr in Tibet vorgefallen ist, sollten die neuesten Entwicklungen in Ost-Turkestan - auch als Xinjiang bekannt - eine Warnung für die chinesische Regierung und ihre Politik gegenüber ethnischen Minderheiten in China sein.

Die Botschaft, die vom Volk der Uiguren ausgesendet wird, ist, dass diese Politik fehlgeschlagen ist, und dass die chinesische Regierung dies verstehen und nach einer Lösung suchen muss. Die acht Millionen Menschen umfassende Bevölkerung der Uiguren in der Region hat sich schon lange über die Behandlung durch die chinesischen Zentralregierung beklagt, und während des jüngsten Angriffs des rassistischen Mobs, schützte

die chinesische Regierung die Uiguren nicht vor den Gewalttättern. Dies hat mit dem Kampf gegen den Terror nichts zu tun, einem kontroversen Konzept, das von der chinesischen Regierung zur Rechtfertigung der repressiven Behandlung der Uiguren in Ost-Turkestan vorgeschoben wird.

Die Tatsache, dass Präsident Hu Jintao seine Teilnahme am G8-Gipfel in Italien abbrechen musste, um nach China zurückzureisen, zeigt, dass die chinesische Regierung erkennt, dass es sich bei den Ereignissen in der Provinz nicht um einen Einzelfall handelt. Statt nach Lösungen durch Unterdrückung und Unterjochung zu suchen, braucht die chinesische Führungsrige positive Maßnahmen, um die grundlegenden Missstände des Volkes der Uiguren zu beheben, insbesondere, wenn China Reife zeigen und eine wahrhaft harmonische Gesellschaft schaffen will.

Ich unterstütze vollkommen die Position der EU, die vom amtierenden Präsidenten zum Ausdruck gebracht wurde, alle Seiten zur Zurückhaltung zu mahnen und die Regierung von China aufzurufen, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit sowie das Recht auf einen friedlichen Protest zu respektieren.

Véronique De Keyser (S&D). – (FR) Herr Präsident, der Ausbruch von Gewalt in der autonomen Region Xinjiang wird von der chinesischen Regierung stark unterdrückt. Die Differenzen zwischen den Uiguren und den Han-Chinesen haben bisher offiziell 186 Tote gefordert und das Blutvergießen geht weiter.

Die Gewalt wird von China als ein rein interethnischer Konflikt zwischen Han-Chinesen und Uiguren dargestellt, wo er doch tatsächlich das fast unausweichliche Ergebnis einer Politik der Unterdrückung in der Region Xinjiang ist. Die Region ist von strategischer Bedeutung, aber schwer zu kontrollieren. Als eine wichtige Transitstrecke mit ihrem Reichtum an natürlichen Ressourcen - Gold, Öl und Gas - ist sie für die Zukunft der Energieversorgung Chinas unverzichtbar. Die Bevölkerung dieser Region besteht jedoch aus vielen nicht-chinesischen ethnischen Gruppen. Die größte dieser Gruppen sind die Uiguren. Letztere stellen etwa die Hälfte der Bevölkerung. Sie bestehen zum größten Teil aus sunnitischen Muslimen türkisch sprechender Herkunft. Seit einem Jahrzehnt werden sie systematisch diskriminiert und mit Assimilierung und Tod bedroht: ihre Identität ist gefährdet.

Bis in die 1980er Jahre war Chinas Politik gegenüber diesen ethnischen Minderheiten liberal, aber sie ist allmählich härter geworden. Die chinesischen Behörden haben den 11. September 2001 dazu missbraucht, ihren ersten Kampf gegen - beachten Sie, wie sie miteinander verbunden werden - den Terrorismus, den Separatismus und den religiösen Extremismus zu propagieren. Im April 2009 gab Amnesty International eine deutliche Warnung: nach Tibet kommt Xinjiang. Die Politik der Gewaltlosigkeit sei fehlgeschlagen, die uigurischen Separatisten würden nach anderen Wegen suchen, ihren Forderungen nach Erkennung ihrer Identität Gehör zu verschaffen; und genau das ist auch eingetreten.

China kann jedoch nicht fortfahren, seine Kohäsion durch wiederholtes Blutvergießen zu wahren. Als Unterzeichner internationaler Abkommen ist China verpflichtet, seine ethnischen Minderheiten zu schützen. Darüber hinaus ist China auf Grund seiner Verfassung sowie dem Gesetz zur regionalen Autonomie von 1984 verpflichtet, diese Minderheiten zu schützen. Wird Europa angesichts der Unterdrückung weiterhin die Augen verschließen und diese nur verurteilen und erfolglos um die Freilassung der politischen Gefangenen bitten? Nein. Die Menschenrechte in China sind ein politisches Problem und wir müssen uns trauen, dieses Land an seine Verpflichtungen gegenüber seinem Volk zu erinnern und an die Risiken, die es hinsichtlich der internationalen Gemeinschaft einging, wenn es diese nicht einhält. Wir sollten diesbezüglich starke Maßnahmen von dem schwedischen Ratsvorsitz erwarten.

Tomasz Piotr Poręba (ECR). – (PL) Herr Präsident, die Art, in der die Proteste in der Provinz Xinjiang niedergeschlagen wurden, hat die autoritäre Natur der kommunistischen Behörden in Beijing weiter bestätigt. Mindestens 180 Menschen starben bei dem bedeutsamsten ethnischen Konflikt, der in den letzten Jahrzehnten in China stattfand, weitere 1 600 wurden verletzt. Das Europäische Parlament ist verpflichtet, die Gewalt, die aus der Diskriminierung aus ethnischen oder religiösen Gründen entsprungen ist, zu verurteilen. So sollte auch unsere Reaktion in diesem Fall aussehen, in dem die Macht eines autoritären Staates auf die Minderheit der Uiguren losgelassen wurde. Letztere sind jedoch nicht nur die Opfer einer totalitären Regierung.

Die Bürgerinnen und Bürger eines auf christlichen Werten begründeten Europas haben eine besondere Pflicht gegenüber den christlichen Minderheiten, die in anderen Teilen der Welt verfolgt werden. Laut inoffiziellen Quellen besteht die Minderheit in China aus über 30 Millionen Menschen. Dies bedeutet, dass die Vertreter einer Bevölkerungsgruppe, die so groß ist wie ein großer europäischer Staat, von den kommunistischen chinesischen Behörden drangsaliert, verfolgt, an der Arbeitssuche gehindert, gefoltert und ermordet werden. Das chinesische Regime ist sich bewusst, dass das Streben nach Freiheit und Rechtsstaatlichkeit mit dem Christentum einhergehen und daher versuchen sie, der Verbreitung dieser Religion Einhalt zu gebieten. Die

Versuche Chinas, die Kirche zu bezwingen, erweisen sich jedoch als erfolglos, da die Anzahl der Gläubigen jedes Jahr steigt.

Die chinesischen Behörden müssen verstehen, dass der sogenannte Zentralstaat kein wahrer moderner Staat werden kann, wenn er nicht anfängt, die wesentlichen Grundsätze Demokratie und Religionsfreiheit zu achten.

Bernd Posselt (PPE). - (DE) Herr Präsident! Die heutige Debatte beweist wieder einmal, dass der Rat die Schwachstelle der EU ist. Dieses Haus hat eine ganz klare Position in Sachen Menschenrechte, und für die Kommission hat sich Lady Ashton hier beeindruckend klar geäußert. Vom Rat habe ich nur gehört, dass beide Seiten wegen Gewalttaten verurteilt werden.

Natürlich ist auch uigurische Gewalt zu verurteilen! Aber kann man sie damit gleichsetzen, dass eine kommunistische Diktatur, die nichts aus dem Massaker am Platz des Himmlischen Friedens gelernt hat, ein ganzes Volk brutal und blutig unterdrückt und dieses Volk von Ethnozid durch gezielte Siedlungspolitik bedroht ist? Kann man sie vergleichen mit Vorfällen, die überhaupt nur Ausdruck der chinesischen Propaganda sind und von niemandem international untersucht wurden? Ich glaube dies nicht!

Man beschuldigt die Uiguren jetzt des Separatismus. Aber ist es Separatismus, wenn ein Haus brennt und ich versuche, aus dem Haus zu rennen? Ist es Separatismus, wenn ich zu Unrecht in ein Gefängnis eingesperrt werde und versuche, zu fliehen? Das ist kein Separatismus, das ist Ausdruck des Lebenswillens! Wenn man den Uiguren in China einen Raum gibt, um in ihrer Heimat in Freiheit und Würde und Eigenständigkeit zu leben, dann wird es auch keinen Separatismus mehr geben. Das ist die einzige Methode gegen Separatismus.

Die Uiguren sind keine Minderheit, sie sind ein Volk wie die Schweden, das eben kleiner ist als das der Han-Chinesen. Aber ist ein Volk im Unrecht, bloß weil es das kleinere ist? Und müssen wir uns vor einer Macht verbeugen, bloß weil sie die größere ist? Ich glaube nicht! Daher haben wir als Europäische Union eine große Verpflichtung.

Ich vertrete hier München. In München sitzt der Uigurische Weltkongress. Wir hatten in München früher Radio Liberty und Radio Free Europe. Wir sind heute noch immer stolz darauf, dass wir damals die Stimme der Freiheit waren. Ich bin sicher, dass wir eines Tages genauso stolz darauf sein werden, dass wir das Zentrum der freien Uiguren waren, und ich hoffe, dass eines Tages alle Uiguren diese Freiheit genießen!

Evelyne Gebhardt (S&D). – (DE) Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Eines muss man ganz klar sagen: In China haben wir ein einheitliches System, und wir wollen es auch nicht auseinanderbrechen lassen! Wir respektieren das chinesische System. Allerdings bedeutet das nicht, ...

(Unterbrechung von Herrn Posselt)

Wir respektieren ein einheitliches System Chinas. Aber das bedeutet nicht, dass die Vielfalt der Völker in China nicht auch respektiert werden muss. Und das ist es, was wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen einfordern.

Wir wollen, dass die Bürgerrechte, die Menschenrechte, die Freiheit der Menschen in China respektiert werden. Wir wollen, dass die Meinungsfreiheit respektiert wird. Wir wollen, dass sich Journalisten frei bewegen können, damit auch wirklich berichtet werden kann, wie die tatsächliche Situation ist. Das ist es, was wir wollen. Und eines sagen wir unseren Kolleginnen und Kollegen in China auch ganz klar: Wir erwarten von ihnen, dass das, was für uns ein Grundsatz ist, auch in China ein Grundsatz ist, nämlich dass die Menschenrechte universell sind. Was uns die Politiker immer wieder sagen – lassen Sie uns erst die sozialen Probleme lösen und dann können wir über Menschenrechte reden – das ist der falsche Weg! Anders herum muss es gehen. Erst die Menschenrechte und dann kommen die sozialen Rechte, die gehören nämlich schlicht und einfach dazu, das kann man nicht auseinander nehmen.

Deswegen war ich auch sehr enttäuscht, Herr Bildt, über das, was Sie gesagt haben! Denn aus Ihren Worten war herauszulesen: Lassen Sie uns wirtschaftlich zusammenarbeiten, das ist unser Hauptanliegen, alles andere interessiert uns nicht so sehr. Das ist nicht die Herangehensweise, die wir brauchen, sondern wir fordern die Herangehensweise, die uns auch die Europäische Kommission dargelegt hat, nämlich zu sagen: Erst wollen wir eine gemeinsame Basis für unsere Arbeit haben, auf deren Grundlage wir unsere Zusammenarbeit gestalten können! Denn wir wollen Zusammenarbeit, das ist ganz klar, aber nicht auf irgendeiner Grundlage, sondern auf einer richtigen, die Menschenwürde achtenden Grundlage.

Nirj Deva (ECR). - Herr Präsident, ich möchte Herrn Bildt zu seiner gerade gehaltenen, sehr ausgewogenen Rede gratulieren. Ich glaube an die Grenzen des Nationalstaates, wie er von den Vereinten Nationen anerkannt ist, und bin somit gegen separatistische Gewalt weltweit, sei es in Kaschmir, Indonesien, Sri Lanka, wo ich geboren wurde, Nordirland, wo ich bombardiert wurde, Spanien oder auch in China.

Ich bedaure, dass in China, einem Land, das für die EU sehr wichtig ist, ca. 1 680 Menschen verletzt und 184 getötet wurden. Das Problem begann in einer Spielzeugfabrik in Guangdong und hat sich dann ausgebreitet. Unter den Toten der Aufstände in Ürümqi befanden sich 137 Han-Chinesen und 46 uigurische Chinesen. Das ist beklagenswert. Wir müssen es verurteilen.

Wenn diese Taten von externen Kräften ermutigt und verübt wurden, insbesondere von separatistischen, fundamentalistischen Kräften, sollten diese vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt werden.

Waren sie hausgemacht, ist dies eine Angelegenheit für die Polizei in China und wir müssen sie unterstützen. Wir leben in einer kleinen Welt. Wir müssen miteinander leben. Die EU ist dafür ein klares Beispiel. Die Unterstützung von Separatismus an einem beliebigen Ort auf der Welt widerspricht dem Geist der EU. Wir können nicht zu Hause an einer europäischen Einheit arbeiten und die Zersplitterung Chinas in der Ferne fördern. Dieser Weg endet im Chaos und in Konflikten.

Csaba Sógor (PPE). - (HU) Die Frage ist, wo stehen wir in dieser Angelegenheit? Stehen wir auf der Seite von China oder auf der Seite des Tian'anmen-Platzes? Stehen wir auf der Seite Chinas oder auf der Tibets? Stehen wir auf der Seite Chinas oder auf der Seite Uiguristans? Stehen wir auf der Seite von 1,2 Milliarden Chinesen oder auf der von 8 Millionen Uiguren? Stehen wir auf der Seite von Unterdrückung, der Einführung einer fremden Lebensart, einem angenehmen Leben, guter Gesundheit und Geld oder auf der eines Bauern, mit einer nomadischen Vergangenheit, was zugegebenermaßen Armut und weit verbreitete Krankheiten nach sich zieht, jedoch die eigene Kultur und Freiheit wahr? Die Reden von einem oder zwei meiner Kollegen spiegeln die Sprache der Diktatur der ehemaligen osteuropäischen Regimes wider. Kann eine Mutter von 11 wirklich eine Terroristin sein? Eine Frau, die im Gefängnis gesessen hat, von deren Kindern zwei noch immer im Gefängnis sind? Wo stehen wir dann? Das ist die Frage. Stehen wir auf der Seite einer symbolischen oder einer echten Autonomie? Stehen wir auf der Seite der Unterdrückung, einer fremden Lebensart, der Ausbeutung der Rohstoffe in der uigurischen Region oder der Bewahrung von Kulturen, Freiheit und dem Recht der Menschen auf Selbstbestimmung? Für mich ist klar, auf welcher Seite ich stehe. Ich hoffe, dass dies auch meinen verehrten Kolleginnen und Kollegen klar ist. Wir müssen Freundschaft mit China schließen, sodass sie von uns lernen können. Wir müssen dies jedoch tun, indem wir ein leuchtendes Beispiel auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Freiheiten, der Selbstbestimmung und der Autonomie sind. Vor uns liegt noch immer ein Berg von Arbeit. Diesbezüglich denke ich an die Länder, die der EU erst kürzlich beigetreten sind.

Emine Bozkurt (S&D). - (NL) Ich habe mir die Einführungen sowohl des Rates als auch der Kommission angehört und vielleicht hat es mit der Übersetzung zu tun, aber ich habe den Begriff Uiguren heute nicht ein einziges Mal gehört, wo es doch heute eigentlich um die Uiguren geht. Es gibt Hunderte Tote, deren Verscheiden wir bedauern, und zudem viele Verletzte.

Die Europäische Union steht unverrückbar für Grundrechte, Menschenrechte, Zivilrechte und friedliche Demonstrationen. Wir sind der Ansicht, dass alle diese Rechte stark unterdrückt werden. Natürlich habe ich in den Einführungen von der Notwendigkeit zum Dialog gehört. Da ist auch etwas, das ich persönlich stark hervorheben möchte. Dialog ist enorm wichtig. Ich möchte jedoch vom Rat und von der Kommission wirklich gern erfahren, welche handfesten Maßnahmen kurzfristig ergriffen werden.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). - (DE) Herr Präsident! Wir führen diese Diskussion auf der Grundlage der Universalität der Menschenrechte, aber auch auf der Grundlage der Notwendigkeit globaler Partnerschaft. Es ist von der harmonischen Gesellschaft gesprochen worden. Das ist eine Parole der KP Chinas, aber es ist auch mehr: Es ist eine tiefe Hoffnung des chinesischen Volkes. Harmonische Gesellschaft ist nicht einfach identisch mit der Verhüllung autoritärer Verhältnisse. Ich finde, es könnte eine Aufgabe für uns sein, dem chinesischen Volk bei der Realisierung einer harmonischen Gesellschaft Unterstützung zu leisten.

Zur Partnerschaft gehört eine klare Aussprache. Wenn wir über Xinjiang reden, dann sollte das Wort Uiguren auch genannt werden! Allerdings ist eine klare Aussprache etwas ganz anderes als der Geist der Konfrontation, davon sollten wir Abstand nehmen.

Eine letzte Bemerkung zu Herrn Posselt: Er hat von Separatismus gesprochen. Nun weiß ich, Herr Posselt, dass Ihre bayrische Partei davon etwas versteht, aber ich glaube, wir sollten lieber wie Herr Brok von der Fortsetzung der Ein-China-Politik sprechen.

Struan Stevenson (ECR). - Herr Präsident, ich halte es für einen großen Fehler, China in der Debatte heute in dieselbe Kategorie einzustufen wie den Iran. Die EU unterhält sehr gute Beziehungen zu China und ich denke, wir müssen darauf achten, dass unsere Diskussionen über die aktuellen Ereignisse in Ürümqi präzise sind und auf Fakten basieren.

Der Vorfall, der sich am 5. Juli ereignete, umfasste einen vorsätzlichen Angriff der uigurischen Chinesen auf die Bevölkerung der Han-Chinesen dieser Stadt. Wie wir wissen, sind bestimmte Militante in der uigurischen Bevölkerung von Xinjiang islamische Fundamentalisten, die einen separaten Staat fordern. Sie leiteten einen gewaltsamen Angriff, der zum Tod von 137 Han-Chinesen führte. Die Toten waren also zumeist Han-Chinesen. Die chinesische Regierung hat ordnungsgemäß Polizei- und Militärkräfte hinzugezogen, um die Tötlichkeiten einzudämmen und die Vergeltungsschläge der Han-Bevölkerung auf die Uiguren zu unterbinden. Was sollten Sie denn sonst tun? Begründen wir unsere Kritik also auf Fakten und lassen wir uns nicht zu ungerechten Angriffen gegen die Chinesen hinreißen.

Sabine Lösing (GUE/NGL). - (DE) Herr Präsident! Ich finde, dass dieser Konflikt doch sehr oft einseitig dargestellt wird. Ich kann mich dem Vorredner anschließen, dass es im augenblicklichen Fall doch wirklich sehr häufig um Angriffe von Uiguren auf Han-Chinesen geht, und zwar Angriffe, die zum Teil auch rassistische Hintergründe haben.

(Zwischenrufe)

Ich habe z. B. ein Interview mit einer uigurischen Frau gelesen, die gesagt hat: Wollen Sie sich etwa von gelben Kommunisten regieren lassen? Die Uiguren genießen in ihrer Region sehr viele Privilegien, sie dürfen z. B. mehrere Kinder bekommen, sie dürfen ihre Religion auch während der Arbeitszeit ausüben und vieles mehr. Da gibt es auch viel Neid von den örtlichen Han-Chinesen.

Deshalb sollte man doch sehr differenziert hinschauen und über Ursache und Wirkung forschen. Manchmal liegen Probleme auch anderswo, als es auf den ersten Blick den Anschein hat oder haben soll. Wir sollten uns hüten, einseitig Position zu beziehen.

Wir sollten die Chinesen dabei unterstützen, ihre Probleme zu lösen. Die einseitige Sichtweise, die hier sehr oft vorgetragen wird, halte ich für sehr gefährlich. Die chinesische Regierung räumt durchaus Unzulänglichkeiten in ihrer Minderheitenpolitik ein. Sie räumt auch Versäumnisse ein. Sie zeigt aber auch Willen, vieles zu verbessern. Da sollten wir durch vertrauensvolle und sicherlich auch kritische Zusammenarbeit helfen.

Carl Bildt, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident, ich denke, diese Debatte hat die Komplexität der Problematiken, denen wir uns gegenübersehen, deutlich reflektiert. Die Themen, die hier angesprochen wurden, reichen von dem andersartigen System Chinas und der Evolution dieses spezifischen Systems über die Bedeutung, die wir Menschenrechten zuweisen und der Notwendigkeit, China bei der Entwicklung zu einer offeneren Gesellschaft zu unterstützen, der stärkeren Achtung eben jener Menschenrechte bis hin zu den Problemen in Bezug auf die Rechte von Minderheiten, Probleme, die derzeit in China auftreten.

Aber China ist leider nicht das einzige Land auf der Welt, das diese Probleme hat und sich dieser Gewalt, der ethnischen Gewalt, wie sie in den letzten Tagen auf den Straßen von Ürümqi zu sehen war, gegenüberstellt. Ethnische Gewalt ist immer schlimm. Sie sollte verurteilt werden und wir können nur die unterstützen, die versuchen, in dieser speziellen Situation eine Versöhnung basierend auf der Achtung der Menschenrechte herbeizuführen. Aus unserer eigenen Geschichte wissen wir jedoch auch um die Komplexität dieser Probleme.

Herr Bütikofer bezog sich auf das Konzept einer harmonischen Gesellschaft. Wir alle wollen harmonische Gesellschaften schaffen und in diesen leben und wir müssen natürlich sehen, was wir tun können, um China bei seiner Entwicklung zu einer Gesellschaft zu helfen, die als von jedem Bürger Chinas als harmonisch angesehen wird. Dieses Ziel haben sie aber noch lange nicht erreicht. In der Tat haben es bisher nur wenige Gesellschaften erreicht, aber bei China ist es recht offensichtlich. Lassen Sie mich ansonsten sagen, dass ich in den ersten Erklärungen von Herrn Brok, Herrn Severin und Herrn Watson viel Weisheit entdeckt habe, die uns bei unseren künftigen Überlegungen leiten könnte, während wir die wichtige Beziehung, die wir zu China unterhalten wollen, weiter ausbauen, wobei wir die Komplexität dieser Beziehung in all ihren Dimensionen verstehen.

VORSITZ: Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ*Vizepräsident*

Der Präsident. – Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Helmut Scholz (GUE/NGL), schriftlich. – (DE) Konfliktslung für Millionen Uiguren in China - Dialog statt Verurteilung Wir bedauern die blutigen Zusammenstöße, die Toten und Verwundeten in Xinjiang-Uigur. Das Vorgehen der Polizei- und Sicherheitskräfte war verzogen und schadet den Zielen der chinesischen Regierung nach Wachstum und Stabilität. Zugleich ist es falsch, China ?kulturellen Völkermord? vorzuwerfen. Die Regierung ist durchaus um eine Balance zwischen Minderheitenautonomie und Modernisierung in einem Vielvölkerstaat bemüht. Es ist auch an uns, Chinas rechtsstaatliche und demokratische Entwicklung partnerschaftlich zu unterstützen, ohne die historischen, geographischen und kulturellen Besonderheiten zu übersehen. Einseitige Belehrungen ersticken jeden Dialog. Und sie ersetzen keine Politik für eine verbesserungswürdige Garantie der Menschenrechte. China ist für Europa ein wichtiger Partner - neben den USA und Russland. Die Überwindung der Finanzkrise, Armutsbekämpfung, ein Stopp dem Klimawandel, Energiesicherheit und Wasserversorgung sind ohne Anstrengungen der VR China nicht zu haben. Die Mehrheit der Uiguren ist bestürzt über die Geschehnisse der letzten Wochen und möchte vor allem wieder in Frieden leben. Die chinesische Regierung weiß, dass dieser Konflikt nicht mit Gewalt zu lösen ist. Wir können den Dialog zwischen den Han-Chinesen und den uigurischen und anderen Minderheiten unterstützen anstatt die jahrzehntelange Einmischung von außen mit untauglichen Mitteln fortzusetzen. Ein institutionalisierter Dialog zum Ausbau von Rechtsstaatlichkeit in China wäre eine wichtige Aufgabe für das Europaparlament.

10. Honduras (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Situation in Honduras.

Carl Bildt, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident! Die Welt ist groß. Ich bin dankbar, dass wir die Gelegenheit haben, uns etwas mit der Situation in Honduras und mit den dort stattfindenden ernststen Entwicklungen, die nicht nur Honduras, sondern die gesamte Region betreffen, zu beschäftigen. Ich werde versuchen, mich einigermaßen kurz zu fassen.

Seit Beginn dieser besonderen Krise im letzten Monat hat der Ratsvorsitz das militärische Vorgehen gegen Präsident Zelaya, der trotz allem, was man einwenden könnte, demokratisch gewählt wurde, verurteilt. Dieses Vorgehen stellt einen Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung von Honduras dar.

Wir haben zur vollständigen Wiederherstellung dieser verfassungsmäßigen Ordnung aufgerufen und alle Parteien und Institutionen dringend aufgefordert, auf Gewalt oder Gespräche über Gewalt zu verzichten, und sich um eine schnelle und friedliche Lösung zu bemühen.

Ich denke, genau wie wir bei Problemen in verschiedenen Teilen Europas erwarten würden, dass die Europäische Union die Führungsrolle übernimmt, und wir hoffen würden, dass der Rest der Welt unsere Anstrengungen unterstützt, basiert unsere Politik nun auch darauf, die Organisation Amerikanischer Staaten bei ihren Bemühungen, durch Dialog und Kompromisse zu einer Lösung für die sich ihnen stellenden Probleme zu gelangen, zu unterstützen.

Wir haben eine Situation, in der keiner unserer Botschafter im Moment in Honduras vor Ort ist. Wir haben derzeit auch keinerlei diplomatische Verbindungen.

Wir begrüßen die jüngsten Bemühungen des Präsidenten von Costa Rica, Óscar Arias, dem Gewinner des Friedensnobelpreises, die bestehenden Streitigkeiten zu schlichten, sehr. Dies hat sich – man könnte sagen wenig überraschend – bisher als recht schwieriges Unterfangen erwiesen. Mich ermutigt jedoch die Nachricht, dass diesen Samstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Arias neue Treffen stattfinden werden. Wir können ihn nur ermutigen, diese Bemühungen weiter voranzutreiben und können beide Seiten nur weiterhin auffordern, kompromissbereit zu sein und sich in vollem Umfang an die Verfassung von Honduras zu halten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch die Bedeutung unterstreichen, die wir, neben der augenblicklichen Krise, der Abhaltung fairer, planmäßiger und transparenter Präsidentschaftswahlen Ende dieses Jahres in Honduras beimessen. Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte müssen überall auf der Welt das Fundament

demokratischer Regierungen sein; Mittelamerika, Lateinamerika, ganz Amerika bilden hier sicherlich keine Ausnahme.

Catherine Ashton, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Ich freue mich erneut, dass ich im Namen meiner Kollegin, Benita Ferrero-Waldner, kurz zu dieser Aussprache über die politische Krise in Honduras beitragen kann.

Nach vielen Jahren erlebt Lateinamerika wieder einen institutionellen Bruch. Diese Krise in Honduras zeigt uns, wie fragil die Rechtsstaatlichkeit und der institutionelle Rahmen im Hinblick auf die Lösung von Konflikten in manchen lateinamerikanischen Ländern ist und wie diese Länder gerade jetzt, wo sie eine Zeit starker politischer Polarisierung durchleben, in eine Krise stürzen können.

Die Kommission hat umgehend reagiert. Wir haben unsere tiefe Besorgnis über die Vorgänge in Honduras ausgedrückt und haben die große Bedeutung betont, die wir der Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und der Achtung demokratisch gewählter Institutionen beimessen. Wir haben alle beteiligten Parteien dringend aufgefordert, ihre Differenzen friedlich und unter vollständiger Einhaltung des rechtlichen Rahmens des Landes beizulegen und im Interesse des Friedens und der Stabilität im Land unverzüglich einen Dialog anzustrengen.

Wir haben die gewaltsamen Auseinandersetzungen umso mehr bedauert, da sie dazu geführt haben, dass Menschen ihr Leben verloren haben, und wir haben alle beteiligten Parteien aufgefordert, allergrößte Mäßigung und Zurückhaltung zu üben. Die Kommission hat erklärt, dass sie bereit ist, alle Initiativen, die auf eine friedliche Lösung der Krise und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung abzielen, zu unterstützen.

Wie der Ratsvorsitz bereits gesagt hat, haben wir die Initiative der Organisation Amerikanischer Staaten und ihres Generalsekretärs, Herrn Insulza, unterstützt, die jedoch leider keine Früchte getragen hat. Wir haben die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten von Costa Rica sehr begrüßt und hoffen, dass diese zu einer friedlichen Beilegung der Krise führen.

Nach den Ereignissen in Honduras und nach Beratungen mit den Regierungen Mittelamerikas und den EU-Mitgliedstaaten wurde beschlossen, die nächste Verhandlungsrunde hinsichtlich eines Assoziierungsabkommens mit Mittelamerika zu verschieben – Verhandlungen, die zwischen dem 6. und 10. Juli in Brüssel stattfinden sollten. Wir hoffen jedoch, dass diese Verhandlungen baldmöglichst wiederaufgenommen werden können.

Wie der Ratsvorsitz ebenfalls dargelegt hat, wurde der Botschafter des EU-Vorsitzlandes vor Ort aufgrund des Ernstes der Lage zu Beratungen zurückgerufen und auch alle anderen Botschafter der EU haben das Land verlassen.

Wir werden weiterhin in enger Zusammenarbeit mit dem Ratsvorsitz und den Mitgliedstaaten prüfen, auf welchem Weg wir am besten zur Lösung dieser Krise beitragen können. Bisher wurde noch keine Entscheidung über eine zeitweilige Einstellung der Zusammenarbeit getroffen, die Erfüllung unserer finanziellen Verpflichtungen in Zusammenhang mit Haushaltszuschüssen wurde jedoch bis auf Weiteres ausgesetzt.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Ereignisse in Honduras einen gefährlichen Präzedenzfall darstellen könnten, dass sie einen Rückschritt für die Demokratie bedeuten und die Region destabilisieren könnten. Deshalb verfolgen wir die Lage weiterhin genau und unterstützen alle Bemühungen, die auf eine friedliche Lösung abzielen. Wir werden das Parlament weiterhin regelmäßig über alle weiteren Entwicklungen unterrichten.

José Ignacio Salafrañca Sánchez-Neyra, im Namen der PPE-Fraktion. – (ES) Herr Präsident! Die Tatsache, dass ein gewählter Präsident mit Hilfe des Militärs aus seinem Haus geholt, in ein Flugzeug gesetzt und ins Ausland gebracht wurde, ist etwas, das aus demokratischer Sicht entschieden und uneingeschränkt verurteilt werden muss.

Herr Präsident, vor diesem Hintergrund muss ich sagen, dass die Beobachtung einiger angesehener Analysten, wie Mario Vargas Llosa, in jedem Fall von maßgeblicher Bedeutung ist: Die Personen, die sich am stärksten für den abgesetzten Präsidenten Zelaya einsetzen – der im Übrigen von all den verschiedenen politischen Parteien, einschließlich seiner eigenen, und vom Obersten Gerichtshof gegen den Nationalkongress der Republik Unterstützung gewonnen hat – sind in der Tat Vertreter von Regimen, die durch eine systematische Verletzung von Menschenrechten und eine schrittweise Einschränkung individueller Freiheiten gekennzeichnet sind, wie dieses Parlament im letzten Bericht über die Lage der Menschenrechte in der Welt festgestellt hat.

Wir müssen nun einen Ausweg aus dieser Situation finden. Der amtierende Präsident des Rates hat dies ganz richtig gesagt: Die Europäische Union muss zu einer Rückkehr zur demokratischen Normalität beitragen, indem sie die Anstrengungen eines Mannes unterstützt, der an einer Stabilisierung der Lage in der Region arbeitet, und dieser Mann ist der Präsident von Costa Rica, Óscar Arias.

Zweitens muss die Europäische Union Honduras mit Blick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen mit ihrer gesamten Erfahrung im Bereich Wahlbeobachtung unterstützen und sollte entsprechende Vorbereitungen zur Entsendung einer EU-Wahlbeobachtermission treffen.

Abschließend, Herr Präsident, ist es wichtig, dass die Europäische Union einheitlich handelt und nicht mit zweierlei Maß misst. Es ist untragbar, dass die Europäische Union einerseits ihren politischen Dialog mit dem einzigen undemokratischen Land in der Region vorantreibt und intensiviert und andererseits die Bürgerinnen und Bürger eines der ärmsten Länder Lateinamerikas für die Fehler ihrer Machthaber, Fehler, die auch Herrn Zelaya nicht ganz fremd sind, büßen lässt.

Herr Präsident, Frau Kommissarin, ich denke ebenfalls, dass die Europäische Union in der Region aktiv präsent sein muss, wie Herr Bildt gesagt hat. Diese aktive Präsenz zeigt sich derzeit in den Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen, die kurz vor dem Abschluss stehen. Herr Präsident, wir können nicht Unschuldige anstelle der Schuldigen büßen lassen und daher glaube ich, müssen wir nach Beendigung dieses Konflikts wieder eine schnelle Rückkehr an den Verhandlungstisch in Betracht ziehen.

Luis Yañez-Barnuevo García, im Namen der S&D-Fraktion. – (ES) Herr Präsident! Wir schließen uns der einhelligen Verurteilung durch die internationale Gemeinschaft nicht nur aufgrund des Ernstes der Lage selbst und des Zusammenbruchs der verfassungsmäßigen Ordnung – wie der amtierende Präsident des Rates und die Kommissarin betont haben – an, sondern auch deshalb, weil dies in einer Region, die es mit viel harter Arbeit und großen Anstrengungen geschafft hat, mit wenigen Ausnahmen auf dem gesamten Kontinent Demokratie wiederherzustellen, einen gefährlichen Präzedenzfall darstellt.

Wir können diese Situation daher nicht hinnehmen. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten hatten recht, ihre Botschafter zurückzurufen, alle Formen der Zusammenarbeit einzustellen und die Verhandlungen mit der Region auszusetzen. Ich stimme dem amtierenden Präsidenten des Rates und dem Kommissionspräsidenten zu, dass wir nun eine Verhandlungslösung unter der Führung des sozialdemokratischen Präsidenten von Costa Rica, Óscar Arias, Gewinner des Friedensnobelpreises, unterstützen müssen und keine repressive oder aufrührerische Gewalt provozieren dürfen.

Dies ist nicht der Zeitpunkt für eine Analyse der tatsächlichen oder vorgeblichen Fehler, die Präsident Zelaya, der noch sechs Monate im Amt vor sich hat, möglicherweise gemacht hat; darum geht es hier jetzt nicht. Dies ist der Zeitpunkt für eine Analyse des sehr ernststen Zusammenbruchs der verfassungsmäßigen Ordnung in Honduras, welcher vom Militär verursacht wurde (zwar auch mit Unterstützung des Kongresses und der Justiz, allerdings in völlig illegitimer und illegaler Weise).

Es wird Zeit genug sein, sich über seine Zukunft Gedanken zu machen, heute jedoch müssen wir entschlossen und ohne zu zögern die Wiedereinsetzung von Präsident Zelaya verlangen; er ist bis Januar 2010 der verfassungsmäßige Präsident des Landes.

Izaskun Bilbao Barandica, im Namen der ALDE-Fraktion. – (ES) (Spricht einige Worte in Baskisch.) Herr Präsident! Ich spreche baskisch, eine Minderheitssprache, die noch nicht zu den offiziellen Sprachen in diesem Haus gehört: Baskisch. Ich hoffe, dass dies in der Zukunft der Fall sein wird, wie dies bei anderen Sprachen schon der Fall ist, und dass wir auf diese Weise in meiner Muttersprache und in der Sprache des Baskenlandes sprechen können.

Abgesehen davon stimmen ich und meine Fraktion zu, dass der Putsch, – nennen wir die Dinge doch beim Namen – der in Honduras stattgefunden hat, entschieden verurteilt werden muss. Manche mögen es für einen Fehler halten, dass vielleicht vor allem versucht wurde, das Volk nach seinem Willen zu befragen, aber wir sind nicht hier, um dies zu analysieren. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass die Kommission und der Rat Anstrengungen unternehmen müssen, um die Wiederherstellung der außer Kraft gesetzten verfassungsmäßigen und institutionellen Ordnung zu unterstützen und die Rückkehr des rechtmäßig vom Volk gewählten honduranischen Präsidenten zu gewährleisten.

Ich bin ebenfalls besorgt über die Angriffe auf Regierungsmitglieder, darunter auch Mitglieder offizieller diplomatischer Missionen in Honduras, die, wie wir gehört haben, zurückgerufen wurden. Natürlich unterstützt meine Fraktion, genau wie der Vertreter der Kommission dies getan hat, auch die von der

Organisation Amerikanischer Staaten unternommenen Anstrengungen, um diesen Konflikt anzugehen und zu lösen.

Meine Fraktion glaubt, dass wir in Europa helfen müssen, die Demokratie in Honduras zu stärken, die Entwicklung von Grundrechten sicherzustellen und zu gewährleisten, dass der politische Dialog das einzige Mittel ist, sich einer Lösung des sich uns derzeit stellenden Problems anzunähern.

Es versteht sich von selbst, dass wir ebenfalls alle Anstrengungen, die der Gewinner des Friedensnobelpreises, Herr Óscar Arias, derzeit unternimmt, unterstützen und demzufolge hoffen, dass, sobald die vorgenannten Maßnahmen umgesetzt wurden, im November 2009, unter Gewährleistung vollständiger Transparenz und Einhaltung des demokratischen Systems und der Menschenrechte, Wahlen abgehalten werden können. Ich hoffe auch, dass es uns die derzeitige Situation erlaubt, die Verhandlungen fortzuführen, um das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu einem Abschluss zu bringen.

Raül Romeva i Rueda, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (ES) Herr Präsident! Ich möchte diese Gelegenheit ebenfalls nutzen, um die jüngsten Ereignisse in Honduras entschieden zu verurteilen und unsere Bestürzung darüber auszudrücken.

Ich habe die Lage im Land und in der Region in den letzten Jahren in meiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Mittelamerikas mitverfolgt; es ist für mich besonders aussagekräftig und von größter Bedeutung, dass wir über diese Angelegenheit am ersten Tag der politischen Debatten in diesem Haus beraten. Dies zeigt, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit von grundlegender Bedeutung handelt: Diesem Ereignis wird die zweifelhafte und bedauerliche Ehre zuteil, dass es als erster Staatsstreich in einem mittelamerikanischen Land im 21. Jahrhundert angesehen wird, und dies sollten wir nicht vergessen.

Daher verurteile ich nicht nur entschieden den Staatsstreich gegen Präsident Zelaya, sondern fordere die Europäische Union auch dringend auf, den Anführer des Staatsstreichs, Roberto Micheletti, nicht anzuerkennen. Ferner glaube ich, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass die Europäische Union auf die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung besteht, wie sie dies in der Tat derzeit auch tut. Es ist entscheidend, dass die Wahlen vom November 2009 in seriöser, verantwortungsvoller und glaubwürdiger Weise vorbereitet werden und vor diesem Hintergrund freue ich mich auch, dass die Gespräche, die auf den Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der Region abzielen, zumindest bis auf Weiteres ausgesetzt wurden.

Ich habe auch darum gebeten, Hilfeleistungen in Form von Handelsförderungen – mit Ausnahme von humanitärer Hilfe – auszusetzen, wie es die Weltbank und die Vereinigten Staaten bereits getan haben.

Neben diesen Maßnahmen halte ich es für wichtig daran zu erinnern, dass eine klare und präzise Untersuchung darüber durchgeführt werden muss, wer für diesen Staatsstreich Verantwortung trägt. Es ist klar, dass viele Personen verantwortlich sind, dass noch viele andere Personen hinter diesem Staatsstreich stehen, deren Namen wir in manchen Fällen nicht einmal kennen.

Ich glaube, die Europäische Union sollte auf eine solche Untersuchung drängen und zu diesem Zweck ist es erforderlich, dass wir permanente, vor Ort tätige internationale Delegationen aussenden, welche die im Land entstehenden Bewegungen unterstützen können, um die Demokratie, die ihnen genommen wurde, zurückzuverlangen und einzufordern.

Willy Meyer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (ES) Herr Präsident! Vier Tage nach dem Staatsstreich hat sich meine Fraktion entschlossen, mich nach Tegucigalpa zu entsenden, um die Folgen dieses Militärstreichs, dieses *Coup d'Etat*, vor Ort zu beobachten. In Tegucigalpa wurde ich Zeuge der Folgen eines jeden Militärstreichs, die da sind: Repression; fehlende Freiheit; gegen Parlamentsmitglieder, die den Putsch nicht unterstützt haben, ausgestellte Haftbefehle; inhaftierte Leiter sozialer Organisationen; und Krankenhäuser mit vielen verletzten Menschen, welche die Ausgangssperre nutzen. Das war das Bild, das sich mir dort geboten hat.

Ich begrüße die Antwort des Rates und der Europäischen Kommission, denn es ist die einzig mögliche Antwort. Zunächst müssen alle von der Organisation Amerikanischer Staaten vorgegebenen Anforderungen erfüllt werden. Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, dass ich bei meinem Treffen mit dem Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten festgestellt habe, dass sie in dieser Sache eine ganz klare Haltung haben: Alle Handlungen der unrechtmäßigen Regierung des Anführers des Staatsstreichs, Roberto Micheletti,

werden für nichtig erklärt, und somit hat die Organisation Amerikanischer Staaten bereits beschlossen, dass sie jede Art von Wahlen, die diese Regierung abhält, nicht beobachten wird.

Ich hoffe, dass die Europäische Union sich ebenso verhalten und den gleichen Fahrplan verfolgen wird, so dass Handlungen dieser Regierung als nicht legitim erachtet werden. Folglich können wir unter diesen Umständen Wahlen, die von einer Regierung manipuliert wurden, die durch einen Staatsstreich an die Macht gelangt ist, nicht überwachen.

Es scheint mir, dass dies eine entscheidende Woche sein wird. Präsident Zelaya, der einzige Präsident von Honduras, hat eine ganz klare Haltung bezogen: Er hat klargemacht, dass er noch eine Woche abwarten wird, und – sollte nicht innerhalb einer Woche bei den Gesprächen von Costa Rica seine Rückkehr beschlossen werden – er auf jeden Fall zurückkehrt.

Vor dem Hintergrund der Entscheidung des einzigen rechtmäßigen Präsidenten hoffe ich, dass das Parlament, die Institutionen, der Rat und die Kommission seine Entscheidung unterstützen, wie es die Organisation Amerikanischer Staaten tut, wie es die Vereinten Nationen tun und wie es übrigens auch die Vereinigten Staaten tun. Folglich glaube ich, dass es sehr wichtig ist, dass diese Tonart, eine Tonart, welche die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und die Wiedereinsetzung des Präsidenten Zelaya einfordert, ein Erkennungsmerkmal dieses Parlamentes ist.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, wir fassen den festen Beschluss, dass dieses Haus den Staatsstreich uneingeschränkt verurteilt und die Wiedereinsetzung von Präsident Zelaya unterstützt. Ich hoffe auch, dass wir aus diesem Grund alle Initiativen der internationalen Organisationen unterstützen.

Kader Arif (S&D). – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Gleich zu Beginn möchte ich mich meinen Vorrednern anschließen und den gegen die Regierung von Präsident Zelaya in Honduras geführten Staatsstreich aufs Schärfste verurteilen. Seine willkürliche Verhaftung und Ausweisung aus dem Land verstoßen gegen die verfassungsmäßige Ordnung, die so schnell wie möglich wiederhergestellt werden muss. Der Militärstreich, der dazu geführt hat, dass sich Roberto Micheletti selbst zum neuen Präsidenten erklärt hat, erinnert an die dunkelsten Momente in der Geschichte Mittelamerikas, die wir erlebt haben, und dieser Angriff auf die Demokratie ist in unseren Augen untragbar.

Ich begrüße daher die Entscheidung der Organisation Amerikanischer Staaten, die Mitgliedschaft von Honduras bei der Organisation auszusetzen und dass sich Präsident Óscar Arias bereit erklärt hat, als Vermittler dabei zu helfen, zu einer Lösung zu gelangen.

Ich bin, Frau Kommissarin, jedoch auch über die Handelsbeziehungen, welche die Europäische Union mit diesem Land unterhält, äußerst besorgt. Seit mehreren Monaten verhandeln die Europäische Kommission und Mittelamerika nun schon über ein Assoziierungsabkommen der neuen Generation. Nach dem Staatsstreich wurden die auf letzte Woche angesetzten Verhandlungen abgesagt. Darüber sollten wir uns freuen. Ich dachte, ich hätte Sie verstanden, aber ich hätte doch gerne noch genauere Informationen. Ist die Kommission entschlossen, die Verhandlungen solange auszusetzen, bis sich die institutionelle politische Lage in Honduras wieder normalisiert hat? Das ist es, was ich und meine Fraktion fordern, aber ich hätte doch gerne noch genauere Informationen über den Standpunkt der Kommission in dieser Sache.

Ein anderer Punkt, den ich gerne ansprechen würde, Frau Kommissarin, ist das Allgemeine Präferenzsystem Plus, von dem Honduras profitiert. Verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft haben über willkürliche Entscheidungen und Menschenrechtsverletzungen seit dem Staatsstreich berichtet, insbesondere was die Freizügigkeit, Vereinigungsfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung angeht. Die Europäische Kommission muss bei diesem Punkt eine entschiedene Haltung einnehmen. Das APS+ soll Anreize schaffen – die damit verbundenen Vorteile sind jedoch an klare Verpflichtungen geknüpft. Es gibt jedoch mehr als genug Berichte, die daran zweifeln lassen, ob die Republik Honduras ihre Verpflichtungen unter ihrem selbsternannten Präsidenten erfüllt. Ich fordere die Kommission daher auf, die Möglichkeit einer vorübergehenden Aberkennung der Honduras gemäß dem APS+ gewährten Präferenzen zu prüfen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL). – (FR) Herr Präsident! Unsere pazifistischen Grundsätze dürfen nicht dazu führen, dass wir den Eindruck erwecken, dass wir – da wir beide Seiten des derzeitigen Konflikts zur Zurückhaltung aufrufen – glauben, dass die Urheber des Staatsstreichs in Honduras und die verfassungsmäßige Regierung gleichermaßen verantwortlich sind. In einem Fall wie diesem ist die Gewalt der Aufständischen, die für eine Rückkehr des Präsidenten Zelaya kämpfen, legitim und die Gewalt der Putschisten kriminell.

Der persönliche Einsatz von Staats- und Regierungschefs Mittel- und Südamerikas für die bedingungslose Wiedereinsetzung des verfassungsmäßigen Präsidenten, Manuel Zelaya, zeigt, dass der gesamte Kontinent der Zeit der Staatsstriche und Diktaturen ein für alle Mal ein Ende setzen will.

Nach den einstimmigen Beschlüssen der UNO und aller regionaler Organisationen für Zusammenarbeit, muss Europa nun seinen Teil zu diesem Kampf beitragen, denn es ist ein Kampf und kein Arrangement. Es ist ein historischer Kampf. Europa muss alle Beziehungen jedweder Art – politische Beziehungen, Handelsbeziehungen – abbrechen und alle Verhandlungen mit dem revolutionären Regime bis zur bedingungslosen und unverhandelbaren Wiedereinsetzung des Präsidenten Zelaya einstellen, da es, wenn es um die Demokratie geht, nichts zu verhandeln gibt. Europa muss die Obama-Regierung und die Vereinigten Staaten auffordern, ihre Handelsbeziehungen und militärischen Beziehungen zu dem revolutionären Regime ebenfalls einzustellen. Nur auf diese Weise können wir den Grundsätzen Rechnung tragen, auf die wir uns so oft berufen, um anderen deren Nichteinhaltung vorzuwerfen.

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Herr Präsident! Die Lage in Honduras bedarf eines fortgesetzten spezifischen und entschlossenen Handelns der Europäischen Union, das zur Stabilisierung und zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung führt und eine Ausweitung des Konflikts zwischen Anhängern und Gegnern des abgesetzten Präsidenten Zelaya verhindert. Deshalb unterstütze ich die von Herrn Salafranca vorgeschlagene Initiative, gemäß welcher baldmöglichst eine vom Europäischen Parlament unterstützte Mission nach Honduras entsandt werden kann.

Die Streitparteien müssen so schnell wie möglich dazu bewegt werden, Gespräche zu beginnen, die den Abschluss einer Vereinbarung ermöglichen, nach der Präsident Zelaya wiedereingesetzt wird und bis zum Ende seiner derzeitigen Amtszeit im Amt bleiben kann, unter Ausschluss jedoch der Möglichkeit einer Verfassungsänderung, die seine Wiederwahl ermöglichen würde. Eine solche Lösung würde Hoffnung auf eine Stabilisierung der Lage machen, selbst wenn es eventuell nicht für beide Seiten akzeptabel ist ...-

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident! Ich glaube, dass wir als Europäisches Parlament und als Europäische Union die notwendigen Veränderungen herbeiführen müssen, damit der Staatsstreich in Honduras von so kurzer Dauer wie möglich ist, Präsident Zelaya in sein Land zurückkehrt und sich der Kreis aus Militärputschen in Latein- und Mittelamerika endgültig schließt.

Wir müssen die enormen Fortschritte und demokratischen Veränderungen, die sich in den letzten Jahren in einer Reihe von Ländern vollzogen haben, berücksichtigen, Veränderungen, welche die verfassungsmäßigen und demokratischen Freiheiten stärken, welche die Idee und den Kern von Politik gegen den unkontrollierten Markt, der diese zu verdrängen versucht, verteidigen und welche die langjährigen Fesseln des Neokolonialismus lösen. Deshalb glaube ich, dass wir die enorme Verantwortung Europas für ein friedliches Handeln auf internationaler Ebene berücksichtigen und demokratische und solidarische Verbindungen mit den Völkern und Ländern auf der anderen Seite des Atlantiks wiederherstellen müssen.

Carl Bildt, amtierender Präsident des Rates. – Herr Präsident! Ich denke, alle Redner haben sich sehr entschieden für die Verteidigung der Demokratie und verfassungsmäßigen Ordnung in ganz Lateinamerika ausgesprochen. Insofern findet natürlich eine Verurteilung der Geschehnisse statt. Was auch immer die Hintergründe sind – wir schicken nicht das Militär los, um den gewählten Präsidenten eines Landes zu verhaften und ihn außer Landes zu bringen. Unabhängig von den Hintergründen müssen wir hier eine ganz klare Position beziehen – und wir haben hier eine ganz klare Position.

Andererseits muss man, will man den Konflikt lösen, auch gewisse Zugeständnisse machen, gewisse Kompromisse eingehen. Nach dem zu urteilen, was Herr Salafranca und andere gesagt haben, sind sich alle darüber einig, dass Präsident Arias wohl der Mann ist, der am besten geeignet ist, um einen solchen Kompromiss zu erzielen. Er wird wahrscheinlich einige Zeit damit verbringen müssen, mit den Vertretern beider Parteien zu verhandeln, aber ich denke es ist wichtig, dass er sich bei diesen besonderen Anstrengungen sowohl unserer Unterstützung als auch der Unterstützung der anderen amerikanischen Staaten gewiss sein kann.

Was die Art der entsprechenden Lösung angeht, so ist es an ihm, darüber zu urteilen und an ihnen, sich zu einigen. Es ist jedoch, wie ich zu Anfang bereits gesagt habe, ganz klar, dass wir die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung anstreben. Die Rückkehr von Präsident Zelaya ist eine Notwendigkeit, wenn es um die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung geht. Dies reicht aber sicherlich nicht aus

und aller Wahrscheinlichkeit nach werden noch andere Elemente vonnöten sein, um die verfassungsmäßige Ordnung vollständig wiederherzustellen.

Die von uns geforderte Rückkehr und Wiedereinsetzung von Präsident Zelaya ist daher notwendig, aber aller Wahrscheinlichkeit nach zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, die für unsere Beziehungen mit Honduras, für die Entwicklung von Honduras und für die Glaubwürdigkeit von verfassungsmäßiger Ordnung und Demokratie in diesem Teil der Welt von entscheidender Bedeutung ist, nicht ausreichend.

Der Präsident. – Die Aussprache wird geschlossen.

11. Mitteilung der Vorschläge der Konferenz der Präsidenten: siehe Protokoll

12. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

13. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 17.30 Uhr geschlossen)